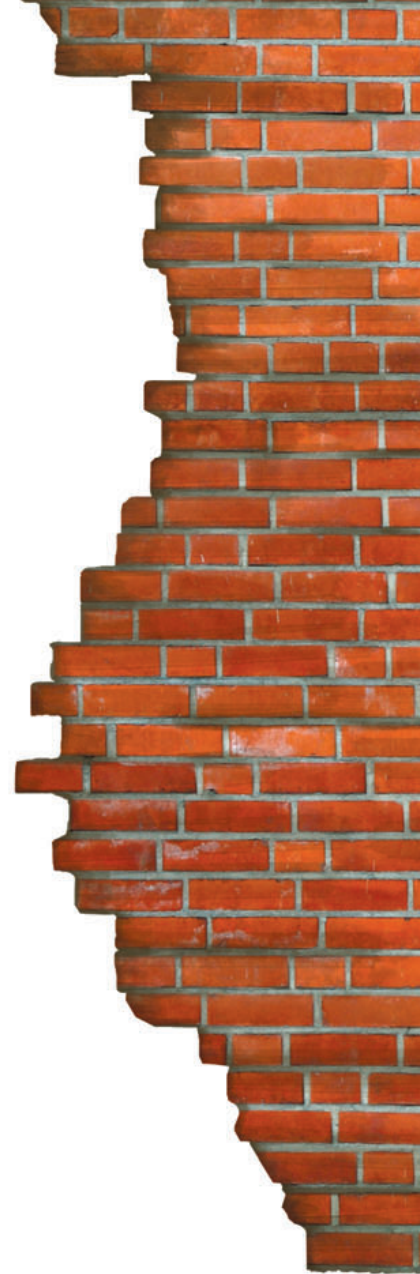
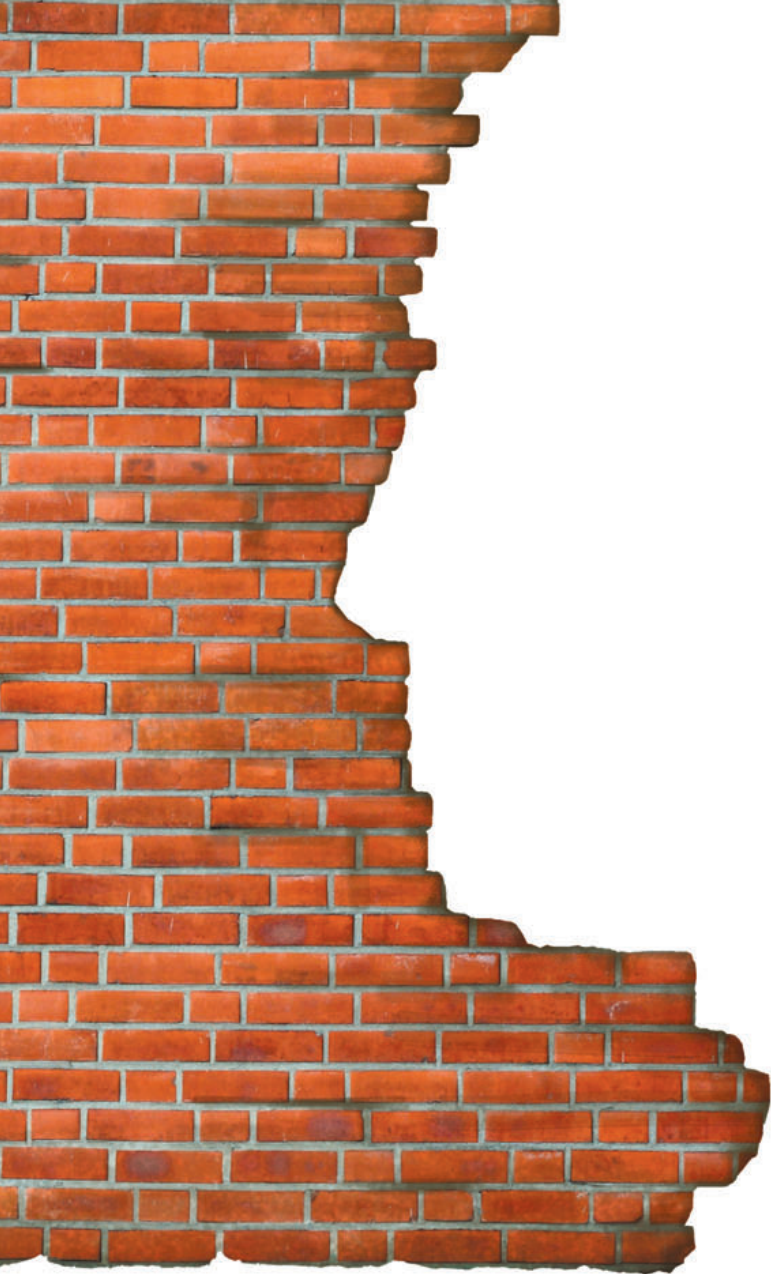




Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.

Wer offen ist, kann mehr erleben.

Herausgeber: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main / www.interkulturellewoche.de



INTERKULTURELLE WOCHEN 2013

INHALT

1 GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 1 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2013
Wer offen ist, kann mehr erleben.

3 WER OFFEN IST, KANN MEHR ERLEBEN.

- 3 Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
- 6 Rassismus in der Praxis der Sozialarbeit
Moussa Dieng
- 9 Antiziganismus – ein verkannter alltäglicher Rassismus
Alexander Häusler
- 11 Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa: Eine Herausforderung besonders für Beratung und Kommunen
Katharina Stamm
- 14 »Solidarität ist enorm wichtig.«
Interview mit Heike Kleffner über Reaktionen auf die rassistische Mordserie des NSU
- 16 Ergebnisse der Langzeitstudie
»Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« in Deutschland
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer et al.
- 17 Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012
Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al.
- 18 Kein Naziproblem?
Prof. Dr. Hajo Funke
- 20 Rechtsextreme Einstellungen machen vor Kirchentüren nicht halt!
Dr. Angelika Strube
- 22 Was ist antimuslimischer Rassismus?
Handreichung der DGB-Jugend
- 25 Wie Deutschland den Islam als Teil seines Erbes akzeptieren kann
Dr. Mohammed Khallouk
- 26 »Kritik und Gewalt«
Zehn Fragen an Prof. Klaus J. Bade
- 28 Deutsche ohne Wenn und Aber?
Dr. Elke Tießler-Marenda
- 31 »Ursachen für Flucht sind fast immer menschengemacht«
Bischof Norbert Trelle
- ## 33 ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2013
- 33 Migration – Pilgerweg des Glaubens und der Hoffnung
Botschaft von Papst Benedikt XVI.

36 ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 36 Wer offen ist, kann mehr erleben.
Assoziationen zum Motto
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
- 38 Liturgische Bausteine
- 41 Gott stellt keine Duldung aus.
OKR Thorsten Leißer
- 42 Häusliche Gewalt
PfarrerIn Dr. Ursula Schoen
- 43 Zimt – ein interkulturelles Aroma
Dr. Gyburg Beschnidt
- 44 Über die Tellerränder
Interreligiöse Feiern im Rahmen der Interkulturellen Woche
- 45 Predigt: »Im Ringen um die Wahrheit«
Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann

48 BEISPIELE UND ANREGUNGEN

- 48 Vergiss, dass Deine Kinder schwarz sind. Vergiss nie, dass Deine Kinder schwarz sind.
Claudia Khalifa
- 49 Sechs Thesen zum antimuslimischen Rassismus
Torsten Jäger
- 50 Initiative Schwarze Menschen in Deutschland mobilisiert gegen »Racial Profiling«
Jamie Schearer / Tahir Della
- 51 Schule ohne Rassismus – interreligiös und interkulturell kompetent
Werner Höbsch
- 52 Wettbewerb »Die Gelbe Hand«
Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt
- 53 Aktiv gegen Rechts: Aktionstag für Migration und Integration
Alexander Kirchner
- 54 Gemeinsam sind wir stärker!
Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt
- 57 Nichts Goldenes an dieser Morgenröte – to diko mas OXI
Manifest von in Deutschland lebenden Griechinnen und Griechen
- 58 Zur Situation der Zugewanderten aus den Neu-EU-Staaten Bulgarien und Rumänien nach Duisburg
Uli Kloeters
- 60 Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen
Khalid Asalati
- ## 61 AKTIONEN UND MATERIALIEN
- Filme, Bücher, Ausstellungen, Arbeitshilfen
- 65 WAS • WANN • WO?
Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2013

Begegnung – Teilhabe – Integration

WER OFFEN IST, KANN MEHR ERLEBEN.

»Wer offen ist, kann mehr erleben.« – unter diesem Motto steht die Interkulturelle Woche 2013. Wir sind dankbar, dass Jahr für Jahr hunderttausende Menschen ihre Offenheit dadurch zeigen, dass sie sich an der Interkulturellen Woche beteiligen. Offenheit ermöglicht Begegnungen und durch Begegnung entsteht Vertrauen, das den Weg zu einer gemeinsamen Zukunft ermöglicht.

»Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn« (Gen 1,27). Wir vertrauen auf das Zeugnis der Bibel: Alle Menschen sind von Gott nach seinem Bild geschaffen. Die in der Gott-ebenbildlichkeit des Menschen gründende Würde gilt uneingeschränkt für alle Menschen – und sie gilt in besonderer Weise für die, die des Schutzes und der Achtung ihrer Rechte bedürfen: für Flüchtlinge und Geduldete, für Fremde und fremd Gemachte, für Kranke und Alte, Gebrechliche und Traumatisierte.

Gott erinnert sein Volk an eigene Fremdheitserfahrung, wenn er Israel gebietet, Fremde zu schützen: »Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen« (Ex 23,9). Nach biblischer Maßgabe stehen also die Fremden unter dem besonderen Schutz Gottes: »Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst...« (Lev 19,33f).

Auch im Neuen Testament spielt die Zuwendung zum unbekannten Nächsten eine wichtige Rolle, ja sie wird sogar zum entscheidenden Merkmal der Christusbegegnung. »Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan!« In der Erzählung vom Weltgericht (Mt 25,31-36) wird der Umgang mit Fremden und anderen an den Rand gedrängten Personengruppen zum entscheidenden Kriterium für das Heil. In diesen Menschen begegnet uns Christus selbst.

Im deutschen Grundgesetz heißt es: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Diese Erkenntnis war für das Bundesverfassungsgericht leitend, als es im Juli 2012 angesichts der beschämend niedrigen Leistungen für Asylbewerber an die unveräußerlichen Grund-

rechte erinnerte. Wir begrüßen die Aussage, dass die Würde des Menschen migrationspolitisch nicht zu relativieren ist. Die Kirchen sehen sich darin in ihrer Auffassung bestätigt, nicht nur die Sozialleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz, sondern das Aufenthaltsrecht insgesamt an dieser Grundnorm zu messen.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen heraus betrachten wir einige gesellschaftliche und politische Entwicklungen mit Sorge.

Rassismus ist auch in Deutschland kein Relikt der Vergangenheit. Dabei ist offen rechtsextremistischer Terror, wie er in der NSU-Mordserie zum Ausdruck gekommen ist, nur ein – schrecklicher – Teil der Problematik. Beunruhigend ist es auch, dass sich rassistische Stimmungen und Gedanken schleichend verbreiten und versteckt äußern. Zugewanderte und Menschen mit anderer Hautfarbe stoßen nicht selten auf Ablehnung und Ausgrenzung. Rassistische Haltungen sind weit verbreitet. Die Macht von Vorurteilen und Ressentiments reicht bis in die sogenannte Mitte unserer Gesellschaft – und damit leider auch in unsere christlichen Gemeinden hinein. Wir müssen daher in unserer Haltung umso klarer sein und unmissverständlich dafür einstehen: Rechtsextremes oder rassistisches Denken und Handeln sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar! Sie verletzen die für Christen grundlegende Würde des Menschen, die in seiner Gottebenbildlichkeit gründet.

Wer die Würde und die Rechte von Menschen missachtet, wer andere Menschen mit Hass verfolgt, verletzt oder gar ermordet, handelt gegen den Willen Gottes. Als Christinnen und Christen sind wir überzeugt: Rassismus ist Sünde!

»Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.« Das ist die zentrale Botschaft des Plakates zur Interkulturellen Woche 2013. Als Kirchen treten wir ein für eine Gesellschaft in Vielfalt und Offenheit. Ein wichtiger Schritt zur Veränderung ist die Anerkennung von erlebtem Unrecht. Wir rufen insbesondere unsere Pfarreien und Kirchengemeinden dazu auf, Opfer von Rassismus einzuladen, ihnen zuzuhören und ihnen – z.B. in der Interkulturellen Woche – ein Forum zu geben.

Die diesjährige Interkulturelle Woche steht in zeitlicher Nähe zur Wahl des Deutschen Bundestages. Wir appellieren daher an alle Politikerinnen und Politiker, die sich um ein Mandat bewerben: Achten Sie im Wahlkampf auf die Worte, die Sie verwenden! Vermeiden Sie alle Äußerungen, die ablehnende und abwehrende Stimmungen gegenüber Fremden, Migrantinnen, Migranten und Benachteiligten fördern!

In den letzten Jahren ist in Deutschland die Erkenntnis gewachsen, dass unser Land ein Einwanderungsland ist. Erwartungen und rechtliche wie politische Maßnahmen richteten sich dabei vor allem an die Zugewanderten. Aber genauso ist ein Umdenken in der Aufnahmegesellschaft erforderlich. Für Menschen, die lange in Deutschland leben, muss der Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft offen stehen. Dazu gehört beispielsweise für Menschen mit humanitären Aufenthaltstiteln die Ermöglichung des Familiennachzugs. Die Kirchen weisen – nicht nur anlässlich der Interkulturellen Woche – auf die Situation von Menschen hin, die seit vielen Jahren nur mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Dies betrifft weit mehr als 100.000 Personen. Wer lange hier lebt, muss einen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Dies ist ein Schlüsselement für gelingende Integration.

Zu lösen ist auch das Problem der Langzeitgeduldeten. Trotz verschiedener Bleiberechtsregelungen leben Zehntausende immer noch in ständiger Angst vor der Abschiebung. Ohne eine echte Perspektive können sie kaum ihre Persönlichkeit entfalten und ihre Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen. Die Kirchen treten für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung ein, die aus humanitären Gründen auch für alte, kranke und traumatisierte Menschen gilt. Für sie und andere, die immer wieder um die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels bangen, müssen die Hürden beseitigt werden, die das Aufenthaltsrecht ihrer Integration entgegenstellt. Die Kettenduldungen müssen endlich abgeschafft werden!

»Wer offen ist, kann mehr erleben.« Die Interkulturelle Woche mit ihren zahlreichen Veranstaltungen ist jedes Jahr ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir uns auf einem guten Weg zu einer echten Willkommenskultur befinden und trennende Mauern durchbrechen können. Wir danken allen, die sich vor Ort für diese Anliegen einsetzen und wünschen ihnen Gottes Segen für ihr Engagement.



† Robert Zollitsch

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Nikolaus Schneider

Dr.h.c. Nikolaus Schneider
Vorsitzender des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland



+ ὁ Γρηγορίου Αὐγουστίνος

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

RASSISMUS ENTSTEHT IM KOPF. OFFENHEIT AUCH.

»Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.« Dies ist die zentrale Aussage auf dem Plakat zur bundesweiten Interkulturellen Woche 2013.

Die Interkulturelle Woche hat sich zuletzt vor allem mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Vielfalt in Deutschland die Gesellschaft prägt und bereichert. Die Fragen nach einer Willkommens- und Anerkennungskultur, einem besseren Miteinander und nach Partizipationsrechten von Zugewanderten sind von zentraler Bedeutung.

Die große Resonanz auf Thilo Sarrazins Behauptungen machte deutlich, dass erhebliche Teile der Bevölkerung massive Vorbehalte gegen Zuwanderinnen und Zuwanderer haben. Gleichzeitig stellen viele Studien wie das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates der deutschen Stiftungen fest: Die Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland ist weit besser als ihr Ruf.

ES FÄNGT IN DEN KÖPFEN AN

Die aktuellen Untersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderer Sozialforscher stellen eine erschreckend hohe Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu rassistischen und antidemokratischen Überzeugungen fest. An-

dere Untersuchungen, wie die zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, weisen auf die Ablehnung von Migrantinnen und Migranten hin. Fast die Hälfte der Menschen ohne Migrationsgeschichte stimmt der Aussage zu: »Es leben zu viele Ausländer in Deutschland«.

Die Ablehnung und Abwertung von Muslimen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Fast 60 Prozent der Bevölkerung sind der Auffassung, dass ihnen nicht die gleichen Rechte eingeräumt werden sollten (»Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung 2012).

Die diskriminierenden Einstellungen erfahren Muslime und Muslimas in Deutschland alltäglich. In den Medien geraten sie immer wieder unter Generalverdacht; ihre Religion wird als rückständig und antidemokratisch abgewertet. Bei Stellenbewerbungen werden Muslime diskriminiert. Eine ganze Bevölkerungsgruppe wird pauschal zur Bedrohung für eine vermeintlich homogene Mehrheitsgesellschaft stilisiert. Dies verstößt fundamental gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft, gegen die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die im Grundgesetz verankerten »unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte«.

Rassismus ist weltweit verbreitet und steckt auch in Deutschland in vielen Köpfen. Rassismus reicht bis in Kreise, die sich selbst für immun halten gegenüber rechtsextremistischem und demokratiefeindlichem Gedankengut.



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2013

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Plakat DIN A3, A2 und A1:

Dieses Motiv ist auch als Plakat im Format DIN A3, DIN A2 und DIN A1 erhältlich.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

RASSISMUS ZEIGT SICH IN WECHSELNDEN FACETTEN

Nach wie vor löst der Begriff »Rassismus« bei vielen Irritationen und Abwehr aus. Er wird in Deutschland oft gleichgesetzt mit »Rechtsextremismus«. Rassismus bedeutet aber, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen, nationalen, kulturellen oder religiösen Herkunft oder Identität als homogene Gruppe angesehen und ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben werden, die unveränderbar sind. Statt die Individualität von Menschen in den Vordergrund zu rücken, wird eine bestimmte Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Kultur in den Blick genommen und aufgrund eines Merkmals ab bzw. aufgewertet.

Die Gruppen, die in den Fokus der öffentlichen Ablehnung geraten, wechseln. Der Antisemitismus ist seit Jahrhunderten in vielen Gesellschaften verankert und war im Nationalsozialismus ideologische Grundlage für den Holocaust. Auch heute sind antisemitische Stereotype in Deutschland weit verbreitet. In den 1980er Jahren wurden vor allem »die Gastarbeiter« aus der Türkei Opfer der sogenannten Ausländerfeindlichkeit. Es folgten als Feindbild »die Asylanten«, abgelöst seit einiger Zeit durch »die Muslime«. Aktuell ruft an einigen Orten in Deutschland die Ankunft von Flüchtlingen erneut Ängste und emotionalisierte Abwehrreaktionen hervor, obwohl in einem Land

mit über 80 Millionen Einwohnern 65.000 Asylsuchende eine überschaubare Zahl sind.

»Katastrophenfall verschoben« titelte die Augsburger Allgemeine Zeitung im Januar 2013, als die Zahl der Asylsuchenden nicht den hohen Prognosen entsprach. Von »Asylnotstand« und »Ansturm« sprachen andere Tageszeitungen. Seit Herbst 2012 ist von einem »Strom« von Angehörigen der Roma die Rede.

Auch wenn die Zahlen gestiegen sind: Asylanträge von rund 8.477 Menschen aus Serbien und 4.546 Menschen aus Mazedonien – überwiegend Roma – sind keinesfalls exorbitant. Die Europäische Union hat gezielt die Visapflicht für Serbien und Mazedonien abgeschafft, auch um den Annäherungsprozess der Balkanländer an Europa zu fördern. Es wird reflexartig reagiert mit der Forderung, die Visumsfreiheit aufzuheben. Das zeugt von einer kurzsichtigen Politik, der eine gesamteuropäische und außenpolitische Perspektive zu fehlen scheint.

Wenn nun – nach jahrelangem Abbau von Kapazitäten – wieder Asylunterkünfte eröffnet werden, löst dies vielerorts Proteste aus. Bei Bürgerversammlungen im Zusammenhang mit der Eröffnung von Asylunterkünften treten häufig Rechtsextremisten im bürgerlichen Gewand auf und versuchen sie für ihre Ideologie zu instrumentalisieren.

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird indes in der öffentlichen Diskussion kaum mehr bestritten. Die Tatsache, dass Deutschland auch künftig Einwanderung braucht, beherrscht die öffentliche Diskussion. Gleichzeitig sind fast 30 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Ausländerinnen und Ausländer wieder in ihr Herkunftsland geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden.

Bei der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 lösten Forderungen nach erleichterter Einbürgerung unter Hinnahme der mitgebrachten Staatsangehörigkeit/en Proteststürme aus. Die Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft war das Instrument, mit dem viele ihrer rassistischen Stimmung Luft verschafften. Offen ist, wie sich die aktuellen Auseinandersetzungen

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte werden immer wieder Begriffe wie **Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** als Synonyme für Einstellungen, Verhaltensweisen, Gewaltanwendung oder auch bei strukturellen Diskriminierungen genutzt. Eindeutige und abschließende Definitionen der Phänomene sind nicht vorhanden.

um den sogenannten Optionszwang entwickeln.

Die aktuelle Debatte um die sogenannte Armutszuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern und den südeuropäischen Krisenländern wird vielfach populistisch geführt; Stereotype beispielsweise gegenüber Roma werden bedient und Rechtsansprüche, z.B. die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union, in Frage gestellt. Richtig ist, dass die Kommunen vor besonderen Herausforderungen bei der Gesundheitsversorgung oder im Bildungsbereich stehen, zu deren Bewältigung sie dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Integrationskonzepte sind erforderlich, aber auch eine Änderung beim Anspruch auf Zugang zu Integrationskursen, der Menschen aus EU-Staaten verwehrt bleibt. Statt diese Themen rational anzugehen und dabei auch die Vorteile der Freizügigkeit innerhalb Europas für den gesamten europäischen Raum in den Mittelpunkt zu stellen, werden einseitig Probleme hochgespielt und den Betroffenen angelastet.

RASSISMUS

Rassismus ist der Prozess, in dem Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher körperlicher oder kultureller Merkmale (z. B. Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion) als homogene Gruppen konstruiert, negativ bewertet und ausgegrenzt werden. Der klassische Rassismus behauptet eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen auf Grundlage angeblicher biologischer Unterschiede. Im Kulturrassismus wird die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit mit angeblichen Unterschieden zwischen den »Kulturen« zu begründen versucht. Rassismus ist die Summe aller Verhaltensweisen, Gesetze, Bestimmungen und Anschauungen, die den Prozess der Hierarchisierung und Ausgrenzung unterstützen, und beruht auf ungleichen Machtverhältnissen.

■ Quelle: Birgit Rheims, IDA-NRW, entnommen aus Glossar in ida-nrw.de am 25.02.2013

RECHTSEXTREMISMUS

»Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.« (Konsensuskonferenz zur Vorbereitung eines einheitlichen Fragebogens)

■ Quelle: Oliver Decker, Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006.

Demonstration zum Jahrestag der Aufdeckung der Terrorzelle NSU



© epd-bild/Stefan Boness/Ipon

RASSISMUS – NÄHRBODEN FÜR RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSEXTREMISTISCHE GEWALT

Rassismus zeigt sich in vielfachen Ausprägungen. Sie reichen von Vorurteilen und Stereotypen bis hin zu Einstellungen und verfestigten Weltbildern. Rassismus manifestiert sich in Diskriminierungen und Verhaltensweisen bis hin zu rassistischen Gewalt- und Straftaten. Er setzt sich in den Institutionen fort. Diskriminierungen erfolgen auch über Gesetze und über Alltagsentscheidungen in den Behörden, den Schulen, bei der Personalauswahl in Organisationen und Unternehmen und vielem anderen mehr.

Nicht erst seit der Aufdeckung der Morde und Bombenanschläge der sogenannten »Zwickauer Zelle« werden Menschen von Rechtsextremen angegriffen und ermordet. Fast 200 Menschen kamen seit 1990 aufgrund rechts-extremer Gewalttaten zu Tode. Hinzu kommen unzählige weitere Angriffe, bei denen Anzeigen oder die Strafverfolgung ins Leere liefen. Das galt auch für die Ermittlungen nach den Morden des »NSU«, die auf ein völliges Versagen der Sicherheitsbehörden hinweisen.

Die Morde des »NSU« und das Versagen der Sicherheitsbehörden müssen aufgeklärt sowie die Verstrickungen der Sicherheitsbehörden aufgearbeitet werden. Konsequenzen auch für den Einsatz sogenannter V-Leute müssen gezogen werden.

Der aktuelle Fokus auf den Rechtsterrorismus darf aber nicht den alltäglichen Rassismus verdecken, der einen Nährboden für rechtsextreme Gewalt darstellt. Gemeinsam stehen Politik, Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kirchen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Verantwortung, sich für die Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus einzusetzen sowie Anerken-

nung und Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft zu fördern.

OFFENHEIT IM KOPF

Rassismus entsteht in den Köpfen – Offenheit auch. Das heißt: Rassistische Denkstrukturen sind veränderbar. Der erste Schritt ist, Rassismus zu erkennen und zu benennen. Die Interkulturelle Woche kann ein Forum bieten, um Opfern von Rassismus Gehör zu verschaffen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Dazu gehört auch der selbst-reflexive Blick auf eigene Vorurteile und Klischees, mit dem Ziel, auch institutionellen Rassismus zu überwinden.

Seit über mehr als 30 Jahren wirbt die Interkulturelle Woche nicht nur für offene Köpfe, sondern auch für offene Herzen. Dies geschieht durch Möglichkeiten zu echter Begegnung und der Öffnung gemeinsamer Erlebnisräume, in denen Menschen mehr voneinander erfahren und füreinander Verständnis entwickeln. In diesem Sinne laden wir Sie ein, die Interkulturelle Woche 2013 mit uns zu feiern und Zeichen zu setzen für offenen Köpfe und eine für Vielfalt offene Gesellschaft.

■ Dieser Text wurde vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche verfasst.

■ Kontakt:
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) liegt einem zehnjährigen Forschungsprojekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld zugrunde. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Menschen mit unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden und mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind. Gemeinsames Merkmal der untersuchten sieben Facetten offener oder verdeckter Menschenfeindlichkeit ist die gesellschaftliche Konstruktion von Ungleichwertigkeit.

■ Quelle: Birgit Rheims, IDA-NRW, Entnommen aus Glossar in ida-nrw.de am 25.02.2013

RASSISMUS IN DER PRAXIS DER SOZIALARBEIT

Moussa Dieng

Im alltäglichen Sprachgebrauch wird der Begriff Rassismus oft mit »Ausländerfeindlichkeit« oder »Gewalt gegen Ausländer« gleichgesetzt. Dabei steckt viel mehr hinter diesem Phänomen. Rassismus kann in zahlreichen Erscheinungsformen auftreten, von welchen einige offensichtlicher bzw. sichtbarer sind als andere.

RASSISMUS IN DER PRAXIS ALS SOZIALARBEITER

Trotz der Tatsache, dass ich zu denjenigen Menschen zähle, welchen der Migrationshintergrund – bedingt durch meine dunklere Hautfarbe – quasi ins Gesicht geschrieben steht, habe ich in meiner Kindheit keine nennenswerten Rassismus- bzw. Diskriminierungserfahrungen sammeln müssen. So entwickelte ich in meiner Jugend eine sozialromantische Haltung zum Thema Rassismus und war optimistisch, dass dieses Thema mit meiner Generation aussterben und spätestens im Jahr 2020 keine Rolle mehr spielen würde. Mit der Aufnahme meiner beruflichen Tätigkeit war diese »Schonphase« aller-

dings vorbei. In meinem Umfeld sowie in Netzwerksitzungen zu den Themen Migration und Integration fallen häufig grenzwertige Äußerungen und Bemerkungen von Kolleg/-innen, welche diese selbst kaum noch als Rassismus wahrnehmen. Von Bedenken gegenüber der Beschäftigung von »Kopftuchfrauen« über rassistische Berichterstattungen über Türk/-innen als Paradebeispiel für eine gescheiterte Integration und »die HIV-positiven, schwer drogenabhängigen Schwarzafrikaner, die an jeder Ecke dealen«, bis hin zur wenig empathischen Überzeugung, dass »die meisten Zuwanderer/-innen doch nur nach Deutschland kommen, um die Hand aufzuhalten!«, wurden seitens vermeintlich professioneller Fachkräfte

Aussagen getätigt, die nicht gerade für interkulturelle Kompetenz und kulturelle Sensibilität sprechen. Ebenso hört bei vielen sich selbst als tolerant und rassismuskritisch bezeichnenden einheimischen Kolleg/-innen die Toleranz und Weltoffenheit auf, wenn die eigene Tochter einen Muslim heiraten will. Zum Schutz der Tochter vor Unterdrückung und Gewalterfahrungen, versteht sich.

Ein Beispiel bezieht sich auf meine vormalige sechsjährige Tätigkeit in einer Einrichtung der stationären Jugendhilfe. In der Einrichtung hat eine junge Frau mit einer massiven Lernbehinderung gelebt, welche kurz vor Vollendung ihres achtzehnten Lebensjahres einen jungen Mann aus dem Libanon kennenlernte. Der junge Mann ist zum damaligen Zeitpunkt 22 Jahre alt gewesen. Nachdem die beiden ungefähr ein halbes Jahr in einer festen Beziehung gelebt haben, planen sie ganz schnell zu heiraten. Ich erinnere mich



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2013

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche

Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

in diesem Kontext an eine Teambesprechung, in welcher die Teammitglieder ihre rassistischen Bedenken äußern: »Wir können sie nicht ins offene Messer rennen lassen!«, »Die glaubt die ganze Zeit, er liebt sie, dabei will der sich nur seinen Aufenthalt sichern!«, »Wir müssen was tun!« Ohne ein Gespräch mit den Beteiligten zu suchen, werden der Amtsvormund der mittlerweile volljährigen jungen Frau und der Kontaktpolizist im Stadtteil der Einrichtung von der vermeintlichen »unwissentlichen Scheinehe der Bewohnerin« informiert. Ein Tag später: Der junge Mann wird ins Büro der Betreuer/-innen zitiert und auf den Verdacht des Teams angesprochen. Der junge Mann zückt seinen Ausweis: »Ich bin in Deutschland geboren, ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit! Warum müssen immer alle so verdammt rassistisch sein?« Das Schlimmste an der Geschichte: Ich selbst war mir seit der ersten Begegnung mit diesem jungen Mann sicher, dass er die Bewohnerin ausschließlich aus aufenthaltsrechtlichen Gründen heiraten wollte. Warum konnte ich mir nichts anderes vorstellen? Genau, wie der junge Mann gesagt hat: Weil ich rassistisch begründete Bedenken hatte. Und das, obwohl ich selbst Sohn einer deutschen Mutter und eines senegalesischen Vaters bin, die mittlerweile seit über 32 Jahren glücklich verheiratet sind. Auch das junge Pärchen sehe ich heute noch sehr oft. Sie scheinen noch immer glücklich verheiratet zu sein.

SOZIALARBEIT GEGEN RASSISMUS

Bedingt durch meine aktuelle berufliche Tätigkeit als Case Manager im Bereich Migration und Integration, werde ich in meinem beruflichen Alltag regelmäßig mit diversen Erscheinungsformen von Rassismus konfrontiert.

Da sich der Fokus von Case Manager/-innen im Bereich Migration insbesondere auf die Unterstützung von Neuzuwandernden richtet, besteht ein nicht unwesentlicher Anteil meiner jetzigen Klientel aus EU-Bürger/-innen (mit Unionsbürgerstatus). Im Zuge der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Europäischen Union sowie infolge der Wanderungsbewegungen vieler Roma aus den EU-Ländern gerät die Akzeptanz der EU-Freizügigkeit und damit



Plakataktion gegen Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus.
Kontakt: referat-migration@kiel.de

© Markus Rullkötter und Tina Wagner

einhergehend die »gegenseitige europäische Solidarität« zunehmend in den Hintergrund. Entsprechend spielen Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus im Alltag meiner Klientel mit Unionsbürgerstatus eine zentrale Rolle.

»UNDERCOVER CASE MANAGER«

Um mir ein eigenes Bild von den Diskriminierungserfahrungen meiner Klientel zu verschaffen, beschloss ich, aktiv vorzugehen und meinen Migrationshintergrund bzw. meine Hautfarbe als Chance zu nutzen. So entschied ich, diejenigen Klient/-innen, deren Hautfarbe meiner zumindest ähnelte, als eine Art »Undercover Case Manager« zu den jeweiligen Institutionen zu begleiten. Wenn ich dann eine dieser Familien als Case Manager in ein Amt oder eine Behörde begleitete, machte ich die Erfahrung, dass die Sachbearbeiter/-innen mich und die Roma-Familie als »irgendwie nichtweiß« und damit automatisch als eine Gruppe wahrnahmen und davon ausgingen, ich gehöre zu der Familie. In jedem Fall wurde diesen nicht immer sofort auf den ersten Blick klar, dass ich der Case Manager der Roma-Familie war. So begleitete ich Familien zu den verschiedenen Ämtern, (Verwaltungs-) Behörden und sozialen Diensten und war entsetzt, wie dort mit den jeweiligen Familien umgegangen wurde. Sie wurden respektlos behandelt, Termine wurden

spontan auf den nächsten Tag verschoben, es wurden falsche Auskünfte gegeben, es fielen Beleidigungen, Beschimpfungen und vieles mehr. Da ich die Sachbearbeiter/-innen nicht sofort erkennen ließ, dass ich die Familien beruflich begleitete, musste auch ich mir Beleidigungen und Beschimpfungen anhören. So wurde ich von einem Leiter einer Behörde gefragt, welchen Auftrag ich überhaupt hätte? Ob ich alle Zigeuner dieser Welt nach Deutschland holen wolle? Eine Sachbearbeiterin fragte mich, nachdem sie festgestellt hatte, dass ich der deutschen Sprache mächtig bin, ob ich der neue »Löwe« der Mutter eines Klienten wäre, oder ob ich nur das Geld bräuchte, welches ich für die Scheinehe mit ihr bekommen würde.

Der menschenunwürdigste Fall war jedoch, als ich eine meiner Roma-Familien zu einem Amt begleitet habe, weil dieser – infolge eines durch das Amt verursachten buchhalterischen Fehlers – die Wasserzufuhr gesperrt worden war. Als ich die Familie das erste Mal zu dem Amt begleitete, versicherte die zuständige Sachbearbeiterin mir, dass sie unverzüglich mit dem Vermieter in Kontakt treten wolle, sodass schnellstmöglich die Wasserzufuhr entsperrt werden könnte. Drei Tage später hatte die Familie noch immer kein Wasser. Auf Nachfrage bestätigte mir der Vermieter der Familie, dass weder eine Zahlung eingegangen sei noch die Sachbearbeiterin sich bei ihm gemeldet

habe. Als ich daraufhin gemeinsam mit der Mutter der Roma-Familie bei dem sozialen Dienst aufschlug, grinste mich die Sachbearbeiterin an und äußerte, dass wir jetzt mal keinen Aufstand machen sollten, da wir in unseren Zelten schließlich auch kein fließendes Wasser gehabt hätten. Als ich dann entgegnete, dass es hier nicht um meine Wasserversorgung, sondern um die meiner Klientin ginge und meine Visitenkarte zückte, entschuldigte die Sachbearbeiterin sich zwar bei uns, beendete den Satz jedoch mit: »... aber ist doch wahr!« und zeigte somit, dass sie ihr Verhalten nach wie vor verständlich fand. Daraufhin reichte ich eine Beschwerde beim Vorgesetzten der Sachbearbeiterin ein. Dieser entschuldigte sich für die krassen Äußerungen seiner Mitarbeiterin, räumte aber ebenfalls Vermutungen bezüglich eventueller Hintergründe und Ursachen für das Fehlverhalten seiner Mitarbeiterin ein, die rein ökonomisch geleitet waren. So erläuterte er zwar, absolutes Verständnis für diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund zu haben, die aus ihrem Leben das Bestmögliche rausholen wollen, fügte aber im gleichen Atemzug hinzu, dass er »Verständnis für die aus rein ökonomischer Sicht vertretbaren Vorbehalte seiner Mitarbeiterin« hätte, weil sich Deutschland die Entrichtung von Sozialleistungen an Unionsbürger/-innen de facto nicht leisten könne. Nachdem ich das Gespräch vorzeitig beendet hatte, weil keine Einsicht zu erhoffen war, wunderte ich mich kaum noch über die Haltung der ihm unterstellten Mitarbeiter/-innen.

Letzten Endes bin ich froh, dass ich – bedingt durch meine Hautfarbe – diese furchtbaren Diskriminierungserfahrungen meiner Klientel miterleben konnte und hiergegen entsprechende Beschwerden bei zuständigen Stellen auf Landes- und Bundesebene erheben und im Sozialraum (z.B. in Arbeitskreisen, Gremien und Netzwerksitzungen sowie auf Fachtagungen) auf diese Missstände hinweisen konnte. Gleichzeitig muss ich jedoch feststellen, dass diese und zahlreiche weitere Diskriminierungserfahrungen an meinem optimistischen Weltbild gerüttelt haben. Ich begann zu fragen, ob mich vielleicht bisher immer nur meine überdurchschnittliche Größe und mein rhetorisches Talent vor Diskriminierungserfahrungen bewahrt hatten.

Ich fragte mich, ob ich vielleicht eher ein Rassismuspfer in meiner Kindheit und Jugend geworden wäre, wenn ich schlechter Deutsch gesprochen hätte, ob ich vielleicht noch häufiger an Ungleichbehandlungen während meiner Schulzeit gelitten hätte, wenn meine Mutter nicht immer als Elternsprecherin sowie im Elternbeirat aktiv gewesen wäre. Vielleicht wäre auch ich von meinen Mitschüler/-innen, Kolleg/-innen und Personen meines privaten Umfelds gemobbt worden, wenn ich weniger selbstbewusst gewesen wäre. Ich fragte mich, wie sich diese neuzugewanderten und alteingesessenen Menschen mit Migrationshintergrund mit einem Land identifizieren und sich eine Zukunft aufbauen sollen, wenn sie sogar von Amts- bzw. Behördenseite diskriminiert werden.

EIGENE GRENZEN

Weitaus schlimmer als den Umstand, dass meine Klientel regelmäßig auf Ämtern, Verwaltungsbehörden und sozialen Diensten diskriminiert wird, empfinde ich in diesem Kontext allerdings die Tatsache, dass ich mich gelegentlich – z.B. wenn eine größere Familie aus den EU-Ländern hier einreist und mich um Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen bittet – bei rassistischen Gedankengängen erwische. Obwohl ich selbst einen Migrationshintergrund habe, mich partout als rassismuskritischen Sozialarbeiter bezeichnen würde, der aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung vorgeht, habe auch ich mich teilweise gefragt, wie es sich der deutsche Staat im Zuge der aktuellen Finanzmittelknappheit leisten kann, Hunderttausenden von Arbeitslosen des sinkenden EU-Schiffes den Anspruch auf Sozialleistungen zuzusprechen.

So musste auch ich feststellen, dass in meinem Kopf ein durch künstlich geschaffene Grenzen konstruiertes »Mein« und »Dein« zu wurzeln scheint. Für weitaus weniger Unbehagen sorgt bei mir hingegen der Gedanke daran, dass zahlreiche Projekte, Einrichtungen und Dienste zu einem großen Teil aus EU-Töpfen finanziert werden. Ich begann mich zu fragen, ob nicht vielleicht auch in mir rassistische Haltungen und Bilder wirken und kam zu dem Fazit, dass jeder von uns Rassismus sowohl verinnerlicht als auch (re-)produziert. Wich-

tig ist, dass diese Strukturen aufgebrochen und selbst- und rassismuskritisch reflektiert und erforderlichenfalls an die realen Gegebenheiten angepasst werden.

Der Sozialen Arbeit obliegt der Auftrag, Ungleichbehandlungen, Ausschließungspraxen und somit auch Rassismus auf sämtlichen gesellschaftlichen Ebenen aktiv entgegenzuwirken. Entsprechend müssen wir auch die Haltungen, Einstellungen und Äußerungen unserer Kolleg/-innen rassismuskritisch reflektieren und erforderlichenfalls kritisieren. Wir sollten uns nicht von verinnerlichten, strukturell und historisch verwurzelten rassistischen Machtverhältnissen leiten lassen. Im Kontext der vorangegangenen Thematik gilt es kritisch zu hinterfragen, warum Leute, die zufällig vor einer (künstlich geschaffenen) Grenze geboren sind, mehr Ansprüche haben sollten als Leute, die zufällig hinter einer Grenze geboren sind. Ebenso gilt es zu hinterfragen, warum sich seitens der Bundesrepublik dagegen gesperrt wird, Menschen aus EU-Ländern Hilfen zu gewähren, während gleichzeitig Gelder aus EU-Töpfen beantragt werden. So lange »WIR« die Hand aufhalten dürfen, scheint die Welt in Ordnung. Sobald jedoch »DIE ANDEREN« etwas von »UNS« erhalten wollen, ist bei vielen Schluss mit der gegenseitigen (europäischen) Solidarität.

Aus: FORUM sozial, Die Berufliche Soziale Arbeit, Zeitschrift des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit e.V., Heft 2/2012, ISSN 1433-3945

■ Moussa Dieng ist Case Manager im Jugendmigrationsdienst und in der stationären Jugendhilfe.

■ Bezugsanschrift:
forum-sozial@dbsh.de

ANTIZIGANISMUS – EIN VERKANNTER ALLTÄGLICHER RASSISMUS

Alexander Häusler

Sinti und Roma sind in Europa massiver Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Obwohl sie in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der NS-Vernichtungspolitik besonderen Schutz genießen müssten, prägen nach wie vor antiziganistische Vorurteile und Anfeindungen hierzulande den Umgang mit dieser ethnischen Bevölkerungsgruppe.

»ZIGEUNER«-BILDER

Die Roma gelten mit 12 Millionen als größte ethnische Minderheit in Europa, in Deutschland leben rund 70.000 alteingesessene Sinti und Roma. Als ethnische Menschengruppe, deren Vorfahren aus Indien vor langer Zeit nach Europa eingewandert sind, kennzeichnet sie mit dem Romanes ein gemeinsamer Sprachursprung. Während die Bezeichnung Roma eine Art Oberbegriff darstellt, existieren für unterschiedliche Abstammungsgruppen auch unterschiedliche Bezeichnungen – so etwa Sinti für deutschsprachige Roma, Manouches für französischsprachige, Kalé für südeuropäische oder Kalderaš für Roma aus Südosteuropa.

Ihre Lebensweisen und kulturellen Besonderheiten sind so vielfältig, dass von einer »Roma-Kultur« im engen Sinne gar nicht gesprochen werden kann.

Vielmehr sind es die lange existenten rassistischen Stereotype, welche das Bild von den »Zigeunern« erst geschaffen und dann immer weiter tradiert haben. Die seit dem 15. Jahrhundert in Deutschland existente Fremdbezeichnung »Zigeuner« bezog sich auf unterschiedliche ethnische und soziale Gruppen, denen abweichende Verhaltensweisen zugeschrieben wurden, welche dann unter dieser Bezeichnung rassifiziert worden sind: Wildheit, Ungebundenheit und unstete Lebensweisen und Nomadentum ebenso wie das Vorurteil, faul und kriminell zu sein, wurden darunter gefasst und der Gruppe der Roma zugeschrieben, unter dem Begriff »Zigeuner« verallgemeinert und biologisiert.

Die Fremdheit wurde demnach durch Zuschreibungen und Diskriminierung erst konstruiert. Dieser Konstruierung erwuchs die Verfolgung, welche institu-

tionell betrieben wurde: Schon im 19. Jahrhundert wurden etwa in Bayern sogenannte Landfahrerzentralen eingerichtet, in denen Sinti und Roma registriert und kontrolliert wurden.

MASSENMORD

Im Nationalsozialismus gipfelte diese rassistische Zuschreibung in dem planmäßigen und systematisch betriebenen Mord an den Sinti und Roma, der 1936 im »Erlass zur Bekämpfung der Zigeunerplage« seinen ersten institutionellen Ausdruck fand. Daraus resultierte die systematische Erfassung aller deutschen Sinti und Roma durch die »rasenhygienische Forschungsstelle« mit dem Ziel der »endgültige(n) Lösung der Zigeunerfrage«, wie es im bürokratischen Amtsdeutsch der Mörder hieß. Nach der Diskriminierung und der Erfassung erfolgte die Vernichtung durch den von SS-Führer Heinrich Himmler verordneten sogenannten »Auschwitz-Erlass« Ende 1942. In Auschwitz-Birkenau wurde 1943 von der SS das »Zigeunerfamilienlager« eingerichtet: Allein in diesem KZ wurden etwa 15.000 Menschen unter dieser Kennzeichnung systematisch ermordet. Insgesamt ermordeten die Nazis schätzungsweise eine halbe Million Sinti und Roma, über die genaue Anzahl der Toten liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

VERDRÄNGTE ERINNERUNG

In der Nachkriegszeit setzte sich die Geschichte der Stigmatisierung fort: Die deutsche Polizei arbeitete mit den aus dem NS-Faschismus übernommenen Erfassungsakten und in deutschen Amtsstuben der fünfziger und sechziger Jahre saßen zum Teil dieselben Bürokraten zur Abwehr von Entschädigungsforderungen, die sich im NS-Regime der Mitwirkung an Verfolgung und Vernichtung schuldig gemacht hatten. Jahrzehntlang wurde staatlicherseits versucht, das rassistische NS-Verbrechen an den Roma zu relativieren, indem die damaligen Justizurteile und



Das Mahnmal für Sinti und Roma in Berlin.

Inhaftierungen als Resultate »krimineller und asozialer Haltungen« gerechtfertigt wurden. Damit wurden Entschädigungsforderungen oftmals abgewehrt – eine offizielle Anerkennung der Taten als Völkermord blieb bis in die achtziger Jahre hinein aus.

Nachdem im Jahr 1980 deutsche Sinti im KZ Dachau einen Hungerstreik veranstalteten, um gegen Diskriminierung und für die deutsche Anerkennung der NS-Verbrechen zu protestieren, wurde die Problematik öffentlich sichtbar. Die offizielle Anerkennung der NS-Verbrechen an den Sinti und Roma wurde erst 1982 durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgesprochen, zehn Jahre später erfolgte im Bundestag der Beschluss zur Errichtung eines zentralen Mahnmals. Erst Ende des Jahres 2012 wurde dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt und das Denkmal offiziell im Beisein der Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht.

DISKRIMINIERUNG AKTUELL

Doch trotz später Anerkennung historischer Verbrechen ist hierzulande von besonderer Verantwortung gegenüber dem Leid und Elend der Roma in Europa nichts zu spüren. Trotz verheerenden Verelendungsentwicklungen und massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber Roma in Osteuropa versucht der deutsche Staat, seine Grenzen dichtzumachen, verweigert Hilfszahlungen und betreibt eine restriktive und unmenschliche Abschiebungspolitik von Roma-Flüchtlingen zurück in die Armutsregionen, in denen sie ganz unten auf der gesellschaftlichen Stufenleiter stehen. Zu den pogromartigen Gewaltwellen in Bulgarien und rechtsradikalen Hetzjagden in Ungarn gegen Roma schweigt die deutsche Politik weitestgehend, während deutsche Neonazis dies zum Anlass für Krawall- und Menschenjagd-Tourismus in jene Länder nehmen. Auch hierzulande häuft sich rechtsextreme Hetze gegenüber Sinti und Roma – Hetze, die auf fruchtbarem Boden erwächst. Denn hier prägen antiziganistische Einstellungen nach wie vor die Gesellschaft. Laut den Umfragen des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung aus dem Jahr 2011 bekunden rund 40 Prozent der Deutschen, nicht in der Nachbarschaft von Sinti und Roma wohnen zu wollen, jeder Vierte stimmt gar der For-

derung zu, dass sie »aus deutschen Innenstädten verbannt werden«. Jeder zweite Befragte stimmt dem Vorurteil zu, dass »Sinti und Roma zur Kriminalität neigen«. Der in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelte Antiziganismus wird sogar institutionell bestätigt: Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bekundet, dass die Ablehnung gegenüber Roma »bis tief in die Mitte der Gesellschaft« hineinreiche. In einem Ende 2012 erstellten Gutachten, das der Antiziganismusforscher Markus End für das Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung »RomnoKher« erstellt hat, wird der deutschen Gesellschaft kein gutes Zeugnis ausgestellt: Vorurteile, Anfeindungen und institutionelle Diskriminierung prägen nach wie vor den Umgang mit Sinti und Roma hierzulande. In Deutschland bestehe besonders im Bereich der Sensibilisierung zu Antiziganismus »erheblicher Nachholbedarf«, so das Fazit der Studie.

SPIEL MIT DEM FEUER

Doch augenscheinlich erfüllen antiziganistische Ressentiments im politischen Alltag immer noch eine nützliche Funktion, wenn es um die Durchsetzung restriktiver Maßnahmen in der Asylpolitik geht. Derzeit kommen die meisten Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien, ungefähr 80 Prozent der Antragsteller sind der Bevölkerungsgruppe der Roma zuzuordnen. Sie versuchen, bitterster Armut und Verfolgung zu entfliehen. Auf dem CSU-Parteitag im Oktober 2012 sprach Innenminister Hans-Peter Friedrich den Asylsuchenden die Legitimität zur Antragsstellung ab, mit dem Verweis, sie wüssten, dass sie nicht berechtigt seien: »Das ist ein Ausnutzen unseres Systems und ich nenne es Missbrauch«, so Friedrich. Der Geschäftsführer von PRO ASYL, Günter Burkhardt, wertete solche Aussagen als »populistische Stimmungsmache im Vorwahlkampf«. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma, fand ebenso deutliche Worte: »Das Thema Asylmissbrauch an einer Minderheit wie den Sinti und Roma abzuhandeln, halte ich für mehr als diskriminierend. Da betreibt man ein Stück weit Hetze«, so Rose.

Vor zwanzig Jahren wurden in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft durch einen von Neonazis verübten

Brandanschlag ermordet. Diese Mordtat markierte einen der Höhepunkte rassistisch motivierter Brandanschläge, die die politische Diskussion um eine Änderung des deutschen Asylrechts beeinflussten. Damals kam in den Protesten gegen diese Entwicklung das Schlagwort von den »Biedermännern und Brandstiftern« auf. Denn in der Ablehnung von Flüchtlingen überschritten sich die Hetze der Rassisten und Neonazis und politische Parolen in Medien, Politik und an vielen Stammtischen.

Heute sammeln rechtsextreme Gruppierungen Unterschriften gegen die Unterbringung von Asyl suchenden Roma in Sammelunterkünften. In rechtsextremen Internetforen finden sich Forderungen nach »Sonderbehandlung« für Roma – mit diesem Begriff tarnten die Nazis die Einweisung in die Gaskammern. Die Ernsthaftigkeit offizieller Bekundungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus bemisst sich nicht zuletzt an der Frage, wie mit Minderheiten und Hilfsbedürftigen umgegangen wird. Der Einsatz gegen Antiziganismus und für Schutz vor Verfolgung sind handfeste Gradmesser dafür.

■ Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher. Er ist tätig als Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf.

■ Kontakt:
Alexander Häusler
alexander.haeusler@fh-duesseldorf.de

ZUWANDERUNG AUS SÜD- UND OSTEUROPA: EINE HERAUSFORDERUNG BESONDERS FÜR BERATUNG UND KOMMUNEN

Katharina Stamm*

Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in Ost- und Südeuropa und die damit verbundenen Themen wie Arbeitsmarktzugang und Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland sind nicht neu. Die aktuell aufgeheizte Debatte in Politik und Medien zeigt jedoch, dass es vor allem auch bei der Zuwanderung von mittellosen Unionsbürgern gilt, einen nüchternen Blick auf die Fakten und die den Zuwandernden zustehenden Rechte zu werfen. Besonders bei den Angehörigen der Roma aus Bulgarien und Rumänien, die im Stadtraum sichtbar sind und zur Zeit im Fokus der Berichterstattung stehen, werden bei uns bestehende Vorurteile und Ressentiments wach. Der beginnende Bundestagswahlkampf tut ein Übriges, dass Innenminister Hans-Peter Friedrich sich veranlasst fühlte, die Ausweisung von »Sozialhilfebetrügern« zu fordern und ein Veto bei der Aufhebung von Binnengrenzkontrollen für Rumänien und Bulgarien einzulegen. Beides ist europarechtlich mindestens bedenklich und von der eigentlichen Abhilfe der Problemlagen weit entfernt. Sowohl Beschönigungen als auch das Schüren von Ängsten helfen hier keinesfalls weiter.

STATISTIK

Zunächst ein Blick auf die Zahlen: In Deutschland gibt es generell aus guten Gründen keine Erhebungen zur ethnischen Zugehörigkeit von Minderheiten. Daher können die Zuwanderungszahlen aus Bulgarien und Rumänien in keinem Fall 1:1 auf die »Armutszuwanderung« übertragen werden. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die der Deutsche Städtetag in seinem

im Januar veröffentlichten Hilferuf an Bund und Länder verwendet hat, sind daher nicht aussagekräftig, da sie auch Nicht-Roma-Zuwanderer, Studenten und hochqualifizierte Beschäftigte und Saisonarbeitnehmer umfassen. Gerade das Kontingent der Saisonarbeiter wurde in den letzten Jahren erhöht, die Abwanderung jedoch nicht in der Statistik einberechnet. Die Zahlen der Armutszuwanderung, die tatsächlich zum großen Teil die Angehörigen der Roma

betrifft, dürften daher in jedem Fall erheblich niedriger sein als in der Berichterstattung angenommen. Es wäre zudem falsch anzunehmen, dass Armutszuwanderung gleichbedeutend ist mit Einwanderung in das deutsche Sozialleistungssystem. Das Potenzial und der Bildungshunger der zu uns kommenden Menschen, besonders der jungen Generation, werden als sehr groß eingeschätzt. Ihre Chancen auf Bildung und Qualifizierung stehen in Deutschland um ein Vielfaches besser als in den Herkunftsländern.

VERSCHIEDENE ROMA-GRUPPEN IN DEUTSCHLAND

Zum Verständnis der aktuellen Debatte ist es zudem sinnvoll, Roma als Unionsbürger von anderen hier lebenden Roma zu unterscheiden.

Erstens sollte differenziert werden zwischen den Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit, die seit Jahrhunderten im deutschen Sprachraum beheimatet sind. Sinti sind hierbei eine Teilgruppe der Roma, die nur in Westeuropa lebt. Auch ihre Situation in Deutschland ist wegen intergenerationaler Traumatisierung durch Verfolgung und Vernichtung in der Nazizeit, aktuellen Diskriminierungserfahrungen und fehlenden Teilhabechancen oft prekär, nur wenige schaffen den Aufstieg in die Mittelschicht. Ihnen stehen jedoch selbstverständlich alle Teilhaberechte in Deutschland zu.

Zudem leben in Deutschland Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern Ende der 60er Jahre nach Deutschland gekommen sind. Sie sind teilweise gut integriert, haben einen dauerhaften Aufenthaltsstatus und verschweigen dennoch oft ihre Zugehörigkeit, um einer Stigmatisierung vorzubeugen.



Eine weitere Gruppe stellen Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien als einstige Bürgerkriegsflüchtlinge dar. Sie leben seit den 90er Jahren in Deutschland, sind jedoch teilweise nur geduldet, und können und wollen nicht mehr in ihr Herkunftsland zurück.

Eine neue Gruppe betrifft Roma aus Serbien und Mazedonien. Sie machen von der seit 2010 im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen eingeführten Visafreiheit Gebrauch und leiten ihr Aufenthaltsrecht oft aus der Aufenthaltsgestattung eines Asylantrags ab. Auch hier gab es im Herbst 2012 eine Debatte darüber, ob dies ein Missbrauch darstellt oder ob die erhebliche strukturelle und kumulative Diskriminierung als Minderheit zu einer Schutzgewährung führen kann.

Der Fokus dieses Beitrags soll jedoch auf freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern liegen: Menschen aus EU-Staaten, die im Rahmen der Freizügigkeit aus Rumänien und Bulgarien seit 2007 zunehmend nach Deutschland kommen. Wie auch bei Menschen aus den Ländern der EU-Osterweiterung 2004 sind sie bis zum 31.12.2013 als Arbeitnehmer nur eingeschränkt freizügigkeitsberechtigt. Das heißt, sie können sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse nur nachrangig eingehen, d.h. wenn Deutsche oder uneingeschränkt freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger nicht zur Verfügung stehen. Die Angehörigen der Roma unter ihnen machen sich aus zwei Gründen nach Westeuropa auf. Nicht nur, um dem rassistischen und diskriminierenden Alltag zu entgehen, sondern besonders auch, weil sie in extremer Armut leben – bei einer fast 100 % Arbeitslosenquote ohne Perspektive auf baldige Besserung. Wer sich und seine Familie dauerhaft nicht ernähren kann, macht verständlicherweise von der EU-Freizügigkeit Gebrauch. Dies trifft aber nicht nur für Roma zu, sondern auch für Griechen, Spanier und Portugiesen, die mit gegenwärtig hohen Zuwachsraten ihre Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ergreifen wollen.

BESTANDSAUFNAHME: ARMUTSWANDERUNG VON UNIONS- BÜRGERINNEN UND UNIONSBÜRGERN

Die Roma, die mittelos einreisen und zudem nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, befinden sich bei uns gemessen an unseren Maßstäben oft am Rande oder unterhalb des Existenzminimums. Sie sind auf selbstständige Tätigkeiten beschränkt, so dass sie oft in rechtswidrige und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse geraten und sich als moderne Tagelöhner verdienen müssen, wenn sie kein Gewerbe anmelden können. Vielen Frauen verbleibt eine Erwerbsarbeit zumeist nur im Bereich der Prostitution. Auch der Zugang zu Bildung für Kinder und Jugendliche ist vielerorts nicht ausreichend gewährleistet, da Schulen abweisend reagieren, nicht genügend vorbereitet und ausgestattet sind und Schulbesuch von Roma auch in Bulgarien und Rumänien nicht selbstverständlich ist. Ebenso entstehen Probleme bei der Wohnungssuche und daraus folgend zum Teil extremer Mietwucher in sogenannten Schrottimmobilien. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den wohlfahrtsverbandlichen Beratungsstellen kommen an Grenzen, da die Bedarfslagen teilweise neu sind und Angebote erfordern, die sie bisher nicht bereithalten. Die Mischung aus fehlenden Angeboten, unklarer Rechtslage, falschen Erwartungen und Misstrauen auf der einen Seite und Überforderung

auf der anderen Seite kann bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern das Gefühl hinterlassen, angesichts der für Deutschland dramatischen Lebenssituationen dieser Menschen keine wirkliche Hilfestellung oder gar Lösung bieten zu können.

AUFENTHALTSRECHT JA, SOZIALLEISTUNGEN NEIN?

Hinsichtlich der Sozialleistungsansprüche für mittellose Unionsbürger besteht bei den Beteiligten oft viel Unwissen, im Kreis der Politik und Behörden zum Teil auch migrationspolitisch motivierter Widerwillen, die Rechtslage zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen: Es besteht seit Mai 2010 ein europarechtlicher Gleichbehandlungsanspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Sicherheit, darunter auch die des SGB II, die sogenannten Hartz IV-Leistungen. Die Gleichbehandlung ist niedergelegt in der EU-Verordnung zur Koordinierung der Leistungen der Sozialen Sicherheit, der VO EG 883/2004, die in Deutschland gegenüber einem Bundesgesetz vorrangig zu beachten ist. Dennoch sieht das deutsche Gesetz Leistungsausschlüsse für arbeitssuchende Unionsbürger in § 7 SGB II und § 23 SGB XII vor, auf die sich die JobCenter nach wie vor durchgehend berufen.

Der europarechtliche Gleichbehandlungsanspruch auf SGB II Leistungen besteht unter den allgemeinen Voraus-



Norbert Mappes-Niediek

**ARME
ROMA,
BÖSE
ZIGEUNER**

Was an den Vorurteilen
über die Zuwanderer stimmt

Ch. Links Verlag

■ Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Bitte wenden Sie sich hierfür an
Edda Fensch
Tel.: 030 / 44 02 32-10
presse@christoph-links-verlag.de
www.christoph-links-verlag.de

ISBN 978-3-86153-684-0

setzungen für alle EU-Bürger, die ihren Wohnsitz dauerhaft nach Deutschland verlagern. Die Bundesregierung selbst hat die SGB II Leistungen in den Anwendungsbereich der Verordnung gestellt, damit diese nicht exportiert, also in einem anderen EU-Land bezogen werden können. Dass damit auch ein Gleichbehandlungsanspruch für Unionsbürger geschaffen wurde, ist entweder übersehen oder bewusst in Kauf genommen worden. Es verwundert sehr, wie lange sich die europarechtswidrige Praxis derzeit hält. Allerdings tut sich etwas bei den Gerichten: Inzwischen gewähren die meisten deutschen Sozialgerichte folgerichtig zumindest in vorläufigen Beschlüssen Hartz IV-Leistungen und erklären die Leistungsausschlüsse für nicht anwendbar. Leider ist es bisher zu keiner Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichtes oder einer Vorlage an den EuGH gekommen, die klar feststellt, dass die Leistungsausschlüsse europarechtswidrig sind. Daher berufen sich vor allem die Job-Center weiterhin auf die anderslautenden Anweisungen der Bundesagentur. Auch Politik und Verwaltung sehen zum Teil wider besseres Wissen ohne die höchstrichterliche Klarstellung keinen Änderungsbedarf der deutschen Sozialgesetzbücher.

Würden den mittellosen Unionsbürgern europarechtskonform Leistungen gewährt, wären viele der aktuellen Probleme gelöst: Bei fehlender Ausbildung und Sprachkenntnis kann zusätzliche Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration erbracht werden, damit der Sozialleistungsbezug entbehrlich wird. Automatisch wären die Betroffenen auch gesetzlich krankenversichert, durch sichere Gewährleistung der Kosten der Unterkunft könnten adäquate Wohnbedingungen sichergestellt werden. Allein in der Bildungsförderung müssten besondere Hilfsangebote geschaffen werden.

Die Menschen auf Dauer in der momentanen prekären Situation zu belassen, könnte auch eine Verletzung des im Juli 2012 vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Grundrechts auf das physische und sozio-kulturelle Existenzminimum darstellen.

AUF POLITISCHER EBENE: EU-STRATEGIEN ERFOLGLOS UND DER BUND BISHER UNTÄTIG

Auf EU-Ebene wurde die Lage der Roma in Rumänien und Bulgarien als gesamteuropäische Herausforderung erkannt und infolgedessen Integrationsprogramme verfasst, die Gelder für Projekte in Rumänien und Bulgarien bereitstellen. Ernüchternder Weise kommt offensichtlich bei den dort lebenden Roma so gut wie nichts an. Auch die »Dekade der Roma Inklusion 2005-2015« geht ihrem Ende zu, doch die Lage der Roma hat sich kaum verbessert. Vielmehr ist in Bulgarien und Rumänien eine sogenannte Gypsie-Industrie zu beobachten, die nicht von echtem Veränderungswillen getragen ist, sondern dem dominanten Geld der EU »hinterherläuft«, wie der Journalist Norbert Mappes-Niediek in seinem aktuellen Buch beschreibt. Er weist auch auf die Tatsache hin, dass Roma für sich seit jeher außerhalb ihrer Familien keine hierarchischen Strukturen oder Eliten geschaffen haben. Sie sind nicht verfasst wie andere Minderheiten. Die Ansprechpartner für die EU sind daher oft nur selbst ernannte Repräsentanten, die keinesfalls als Interessenvertreter für alle Roma im Land fungieren könnten. Hier scheitert oft die EU-Logik an der informellen Roma-Struktur.

Auf nationaler Ebene erhebt der neue EU-Rahmen zu nationalen Strategien zur Integration der Roma seit 2011 klare Indikatoren für die Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2020. Das Bundesministerium des Innern hat hierzu einen Bericht an die EU-Kommission mit Erläuterungen vorgelegt, welche Integrationsmaßnahmen es in Deutschland allgemein gebe, von denen auch Roma profitieren könnten. Eine explizite Integrationsstrategie für Roma-Angehörige in Deutschland, ob Zugewanderte oder deutsche Sinti, sei nicht notwendig. Der Bericht wurde ohne Beteiligung der Länder und Kommunen verfasst. Eine Bund-Länder-AG der Arbeits- und Sozialministerkonferenz unter Einbeziehung des Deutschen Städtetags soll daher nun Abhilfe schaffen, um einen Grundkonsens über die notwendigen Veränderungsbedarfe herzustellen.

Das aktuelle Positionspapier des Deutschen Städtetags, das unter ausdrücklicher Anerkennung der derzeitigen Armutswanderung zum Dialog darüber, unter welchen Bedingungen die Integration der Zuwanderer gelingen kann, aufruft, hat seinerseits außer der Forderung nach Bereitstellung von öffentlichen Geldern noch keine überzeugenden Lösungsansätze gefunden. Es fehlen offenkundig Konzepte für bedarfsorientierte und niedrigschwellige Angebote. Freilich sollte vor einer parallelen Roma-Hilfe-Industrie außerhalb der allgemeinen Teilhabeleistungen gewarnt werden. Blinder Aktionismus vor allem ohne die Einbeziehung der Betroffenen und der lokalen Beratungsangebote selbst ist nicht weiterführend.

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Duisburg, einer Stadt mit großer Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, hat es in der Stellungnahme von Februar auf den Punkt gebracht: Vorrangige Aufgabe und erster wichtiger Schritt zur Abhilfe der prekären Lebenssituationen ist es, den Zuwanderern den Zugang zu legalem Erwerbsleben zu ermöglichen. Dazu gehört der baldige Zugang zum Spracherwerb, die Einrichtung von orts-nahen Schulplätzen, die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Unterstützung bei der Findung von angemessen ausgestatteten Wohnraum und – last but not least – die Information über Rechte und Pflichten in Deutschland.

* mit Dank an Sebastian Ludwig, Arbeitsfeld Flüchtlings- und Asylpolitik, Diakonie Deutschland.

■ Katharina Stamm ist Mitarbeiterin der Diakonie Deutschland und dort zuständig für den Bereich Migrationsspezifische Rechtsfragen und Internationale Migration.

■ Kontakt:
Katharina Stamm
flucht@diakonie.de

»SOLIDARITÄT IST ENORM WICHTIG.«

EIN INTERVIEW VON KARL GRÜNBERG MIT HEIKE KLEFFNER ÜBER POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN AUF DIE RASSISTISCHE MORDSERIE DES NSU

Die Debatten um den sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) konzentrieren sich vor allem auf das Versagen staatlicher Behörden wie den Verfassungsschutzämtern und den Polizeibehörden. Wie sieht es aber mit einer gesellschaftlichen Debatte über Rassismus, über alltägliche Diskriminierungen aus?

Weite Teile der Gesellschaft reagieren mit Schweigen auf die Mordserie der NSU. Vor allem Migrant_innen und Menschen, die aufgrund ihrer – vermeintlichen oder realen – Herkunft, Hautfarbe oder anderer Merkmale im Weltbild der extremen Rechten als Gegner_innen bzw. als »lebensunwert« definiert werden, sind von diesem Schweigen schockiert.

Die Gesellschaft reagiert in den Jahren 2011 bis 2012 ganz anders als in den 1990er Jahren, als es die ersten Wellen rassistischer Gewalt und tödlicher Brandanschläge wie in Mölln und Solingen gab. Damals kamen zehntausende Menschen in West- und Ostdeutschland zu Lichterketten, aber auch Schutzaktionen zusammen. Die Solidarität mit den Opfern rechter und rassistischer Gewalt war damals oft direkt, sehr praktisch und für die Betroffenen sofort wahrnehmbar.

Auch viele Kirchengemeinden und engagierte Christ_innen beteiligten sich daran. Sie unterstützten beispielsweise Flüchtlinge, die aus zum Teil lebensbedrohlichen Heimsituationen in den neuen Bundesländern zurück nach Westdeutschland flohen.

Welche Hilfe oder Unterstützung brauchen Opfer rassistischer oder rechter Gewalt?

Aus der Erfahrung der spezialisierten Opferberatungsstellen wissen wir, dass die Solidarisierung von Augenzeug_innen, Nachbar_innen bis hin zu Politiker_innen enorm wichtig ist für Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Das hilft ihnen das Erlebte zu bewältigen und zu verarbeiten. Genau diese praktische Solidarität aus der Mehrheitsgesellschaft fehlt den Angehörigen der NSU-Opfer.

Aber Bundeskanzlerin Angela Merkel hat doch beim Staatsakt für die NSU-Opfer im Februar 2012 in Berlin als Hauptrednerin gesprochen und sich offiziell bei den Angehörigen für die Fehler staatlicher Stellen entschuldigt.

Das ist richtig. Mit dem Staatsakt haben wir tatsächlich einen dringend notwendigen Paradigmenwechsel erlebt. Das Bundeskanzleramt unter dem da-

maligen Bundeskanzler Helmut Kohl hatte nach dem tödlichen Brandanschlag von Mölln am 23. November 1992, bei dem Bahide Arslan (51), Ayse Yilmaz (14) und Yeliz Arslan (10) starben, die Frage nach einer Anwesenheit Kohls in Mölln noch brüsk zurückgewiesen und lediglich verlauten lassen, man wolle keinen »Beileidstourismus«.

Lassen sich denn die NSU-Morde auf den Rechtsextremismus der frühen 1990er Jahre zurückführen?

Ja. Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren, Ende August 1992, hat die Geschichte und die Gesellschaft der gerade vereinigten Bundesrepublik bis heute geprägt und verändert. Die Botschaft des brennenden Vertragsarbeiterwohnheims von Rostock-Lichtenhagen, in dem über 100 vietnamesische Männer, Frauen und Kinder sowie ein ZDF-Fernsteam eingeschlossen waren, während sich die Polizei vor dem Brandflaschenwerfenden Mob zurückgezogen und die Eingeschlossenen schutzlos sich selbst überlassen hatte, kam bei rassistischen Gelegenheitstätern und organisierten Neonazis gleichermaßen an. Migrant_innen hatten keinen Schutz des Staates zu erwarten und entsprechend würden auch schwerste Straftaten folgenlos bleiben. Diese Botschaft formte das Selbstbild und Selbstbewusstsein eben jener Generation junger Neonazis, aus der sich auch das Unterstützer_innen-Netzwerk und der Kern des NSU rekrutiert hat.

Welche Auswirkungen hatte es, dass engste Angehörige der NSU-Mordopfer jahrelang im Fokus der Ermittlungen standen? Wie reagierten sie auf die immer neuen Enthüllungen über Vertuschungen, Aktenschreddern und Ermittlungsspannen?



© Steffi Burmester



Flashmob am 17. September 2012
in Kassel – 18 junge Frauen sagen
»NEIN zu Rassismus und Intoleranz«

Semiye Simsek, die Tochter des ersten NSU-Mordopfers Enver Simsek, hat im Februar 2012 bei der zentralen Trauerfeier sehr bewegend darüber berichtet, welche Konsequenzen es für ihre Familie hatte, jahrelang Zielscheibe von Verdächtigungen und Polizeiaktionen gewesen zu sein: »Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein.« Der Sänger und Pädagoge Kutlu Yurtseven lebte zur Zeit des NSU-Nagelbombenanschlags in Köln in der betroffenen Keupstraße. Er spricht davon, dass der permanente Verdacht, ein Bewohner der Straße sei für den Anschlag verantwortlich gewesen, auch jegliche Solidarität unter den Verletzten verhinderte und ein Klima des Misstrauens untereinander schürte. Zu den psychischen Belastungen, die der Tod und die permanenten Verdächtigungen eines Familienangehörigen zur Folge haben, kommen auch die finanziellen Nöte. Viele Familien wurden durch den Tod der Ernährer auch ökonomisch an den Rand gedrängt. Kinder konnten dadurch ihr Studium oder ihre Ausbildung nicht beenden. Insgesamt hat die traumatische Belastung sehr lange ange dauert beziehungsweise dauert sogar noch an.

Opfer von rassistischen oder rechtsextremen Übergriffen zögern häufig, sich der Polizei anzuvertrauen und Anzeige zu erstatten. Hat sich diese Tendenz seit dem Bekanntwerden des NSU und dem Versagen staatlicher Behörden noch einmal verstärkt?

Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern und Berlin kennen dieses Phänomen seit Jahren: Allzu oft wird Opfern von Neonaziangriffen oder rassistischen Gelegenheitstätern nicht geglaubt, wenn sie auf eine einschlägige Tatmotivation für Brandanschläge oder Überfälle hinweisen. Ihnen wurde und wird häufig eine Mitverantwortung für die erlebte Gewalt zugeschrieben: »Warum gehen Sie nachts alleine zum Bahnhof?«, »Warum müsst ihr die Nazis immer mit euren Kundgebungen provozieren?«. Diese ohnehin schon schlechten Erfahrungen spiegeln sich aus der Perspektive vieler Betroffener rechter Gewalt jetzt auch in allem wider, was sie über die Fehler bei der Fahndung nach dem NSU erfahren.

Was wäre eine politische Forderung oder ein echter Fortschritt im Umgang mit Menschen, die Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt wurden?

Drei Punkte sind aus meiner Sicht zentral.

1. Die Betroffenen und ihre Wahrnehmung sind ernst zu nehmen.
2. Die rechte bzw. rassistische Tatmotivation muss angemessen ermittelt und dann auch bei der Strafzumessung berücksichtigt werden.

3. Außerdem müssen wir zurückfinden zu einer Kultur der Solidarität mit den Betroffenen. Das heißt, dass wir uns selbst ins Verhältnis stellen zu den Angriffen, Bedrohungen oder Aktionen der extremen Rechten an den Orten, wo wir leben.

Das Interview führte Karl Grünberg.

Aus: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste:
Zeichen Nr. 3 / Herbst 2012

■ Heike Kleffner ist Journalistin und Mitglied im Beirat der Mobilen Opferberatung sowie im Sprecher_innenrat der »Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus«.

ERGEBNISSE DER LANGZEITSTUDIE »GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT« IN DEUTSCHLAND

Die Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland untersucht seit 2002 mit 10jähriger Laufzeit die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen. Es geht um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen.

Es wird davon ausgegangen, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden, in dessen Zentrum eine Ideologie der Ungleichwertigkeit steht. Dies konnte empirisch nachgewiesen werden. Das Projekt ist das weltweit größte Vorurteilsprojekt, sowohl durch die 10-jährige Laufzeit als auch aufgrund der differenzierten Berücksichtigung verschiedener Vorurteile und ihrer Ursachen. Seit 2002 findet jährlich eine telefonische Befragung einer repräsentativen Auswahl der deutschen Bevölkerung statt. Im

Mai/Juni 2011 wurden 2000 Personen befragt.

ZENTRALE ERGEBNISSE FÜR 2011:

Wieder ansteigend: Rassismus und die Abwertung von Obdachlosen sind nach einer bis dato leicht rückläufigen Entwicklung in der deutschen Bevölkerung von 2010 auf 2011 signifikant angestiegen. Bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen setzt sich der ansteigende Trend seit 2009 in diesem Jahr signifikant fort. Ein ebenfalls ansteigender Trend lässt sich aktuell bei der Fremdenfeindlichkeit und bei der

Abwertung von Behinderten beobachten, wobei hier das Niveau immer noch niedriger ist als in der jeweiligen Ersterhebung des Vorurteils in 2002 bzw. 2005. Die Ansicht: »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken« ist in diesem Jahr um fünf Prozentpunkte auf 29,3 gestiegen. Mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) der Befragten meint in 2011 »Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.« 35,4 Prozent stimmen in 2011 der Aussage zu: »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden« und befürworten damit die Ungleichbehandlung und den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.

Relativ gleichbleibend: Die Betonung von Etabliertenvorrechten hat in die-



VANILLE RAUS?

*Deutschland ohne Vielfalt ist wie
Vanillekipferl ohne Vanille.*

Wer offen ist, kann mehr erleben.

 **INTERKULTURELLE WOCHE**

Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2013

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

sem Jahr nach einem sprunghaften Anstieg von 2009 auf 2010 wieder signifikant abgenommen und befindet sich aktuell auf einem niedrigeren Niveau als zum ersten Erhebungszeitpunkt. Auch die Islamfeindlichkeit ist nach einem signifikanten Anstieg von 2009 auf 2010 wieder deutlich zurückgegangen. In 2011 fühlen sich 30,2 Prozent »... durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«. In 2010 waren dies noch 38,9 Prozent. Die Ansicht »Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben« teilen aktuell 54 Prozent der Befragten, während 2010 noch

64,7 Prozent diese Auffassung vertraten.

Relativ abnehmend: In den letzten drei Erhebungsjahren haben sich Antisemitismus, Homophobie und Sexismus leicht abnehmend gezeigt. Ein Viertel der Befragten findet es in 2011 »... ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.« Während dies in 2005 noch zehn Prozentpunkte mehr waren. »Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss« meinen derzeit 13 Prozent in der deutschen Bevölkerung, in 2002 stimmten der Aussage 21,6 Prozent zu.

Dieser Beitrag dokumentiert Auszüge aus der Presseinformation des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld vom 12. Dezember 2011.

■ Die Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland wurde von Prof. Wilhelm Heitmeyer herausgegeben und ist erschienen in: Deutsche Zustände, Folge 10, 2011.

DIE MITTE IM UMBRUCH. RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEUTSCHLAND 2012

DIE »MITTE-STUDIE« DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al.

Seit Jahren weist die Friedrich-Ebert-Stiftung anhand eindeutiger empirischer Befunde darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein »Randproblem«, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen »Mitte«-Studien« belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Auch 2012 wurde wieder eine bundesweite repräsentative Befragung durchgeführt: »Die Mitte im Umbruch« ist ein Barometer aktueller antidemokratischer Einstellungen in Deutschland.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN BLEIBEN AUF HOHEM NIVEAU

In Deutschland verharren rechtsextreme Einstellungen auf einem hohen Niveau. Während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur abnimmt, ist Chauvinismus bundesweit bei knapp 20 % der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25,1 % bezogen auf ganz Deutschland die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension. Der Antisemitismus ist bei rund jedem elften Deutschen manifest und findet sich zum ersten Mal bei Ostdeutschen häufiger als bei Westdeutschen. Schien die Verharmlosung des Nationalsozialismus bisher vor allem ein Problem in Westdeutschland zu sein, ist sie nun ebenfalls im Osten deutlicher ausgeprägt.

Dabei finden sich zwischen den Bevölkerungsgruppen differenziert nach Merkmalen wie Alter, Bildungsgrad

oder Migrationshintergrund deutliche Unterschiede. Über alle Dimensionen hinweg ist Bildung ein »Schutzfaktor« gegen rechtsextreme Einstellungen:

Personen mit Abitur neigen prozentual deutlich weniger zu rechtsextremem Denken als Personen ohne Abitur. Besonders ausländerfeindlich eingestellt zeigen sich Arbeitslose, und Antisemitismus ist unter Ruheständlern am weitesten verbreitet. Bei den über 60-Jährigen finden sich bundesweit in allen Dimensionen die höchsten Werte.



Bezogen auf ganz Deutschland ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2 auf 9,0 % zu verzeichnen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland (von 7,6 auf 7,3 %), steht ein massiver Anstieg in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8 %) gegenüber.

ZUSTIMMUNG ZUR DEMOKRATIE

Gleichzeitig ist die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform erfreulich hoch (Gesamtdeutschland 94,9 %) und in Ost wie West gegenüber 2010 auch noch gestiegen. Diese Ergebnisse können allerdings nicht wirklich beruhigen, denn das Bild trübt sich ein, fragt man nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik, wie sie tatsächlich funktioniert (hier liegt der Wert für Gesamtdeutschland bei 50,6 %).

PRIMÄRER UND SEKUNDÄRER ANTISEMITISMUS

Die »Mitte-Studien« belegen seit Jahren, dass mit leichten Schwankungen knapp 10 % der Deutschen manifest antisemitisch eingestellt sind. Deutsche äußern ihren Antisemitismus nicht im selben Maße offen wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit. Erstmals in einer »Mitte-Studie« wurde neben der Zustimmung zu »klassischen« antisemitischen Aussagen auch sekundärer Antisemitismus gemessen (»Antisemitismus trotz und wegen Auschwitz«).

Beispielsweise stimmen 31,9 % der Deutschen dem Satz zu: »Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus.« Durchgängig ist die Zustimmung zu sekundär-antisemitischen Aussagen noch höher als die zu primär-antisemitischen Aussagen. Beim primären Antisemitismus fällt zudem auf, dass dieser gerade in der muslimischen Bevölkerung sehr ausgeprägt ist. Beim sekundären Antisemitismus erreichen Muslime in Deutschland dagegen eher durchschnittliche Werte.

ISLAMFEINDSCHAFT UND ISLAMKRITIK

Wie die Ausländerfeindlichkeit allgemein, so ist insbesondere die Islamfeindschaft in den letzten Jahren zunehmend zum Propagandafeld für rechtsextreme Parteien geworden. Warum, das belegen die Zahlen der Erhebung: Eine Rückständigkeit des Islams behaupten 57,5 % der Deutschen, 56,3 % halten den Islam für eine »archaische Religion«. Es zeigt sich, dass sich Rassismus in hohem Maße auf den Islam verschiebt und damit im neuen Kleid des Kulturalismus daherkommt: Die rassistischen Ressentiments werden mit einer religiös-kulturellen, nicht mehr mit einer phantasierten biologischen Rückständigkeit begründet.

Wir dokumentieren eine gekürzte Zusammenfassung der Ergebnisse.

Die vollständige Studie finden Sie unter:
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

KEIN NAZIPROBLEM?

Prof. Dr. Hajo Funke

Kameradschaften und Freie Netze haben es in den letzten Jahren geschafft, ihre gewalttätige rechtsextreme Struktur auf kommunaler Ebene, also in den Dörfern und Städten zu verankern. Sie überfallen linke Jugendliche und Migranten, schüchtern Mitglieder lokaler Bündnisse gegen Rechts ein, verüben Anschläge auf Jugendclubs und Parteibüros. Ein ganz normaler Alltagsterror hat sich in so mancher deutschen Stadt etabliert, der den betroffenen Menschen das Leben zur Hölle macht.

 Auch nach dem Bekanntwerden der Mordserie der rechten Terrorzelle NSU im November 2011 fehlt es bundesweit an einer Strategie zur Eindämmung des Alltags-terrors. Es ist bisher keine wirksame Absenkung der etwa tausend rechten Gewaltstraftaten pro Jahr in Sicht. Konsequenzen aus dem Entsetzen über die Mordserie der Neonazi-Terrorzelle NSU sind zwar öffentlich und durch die Parlamente massiv angemahnt worden. Doch bisher wurde davon kaum etwas auf den Ebenen der Länder und Kommunen umgesetzt. Nicht in Thü-

ringen, nicht in Sachsen und auch nicht in Bayern – neben einigen Aktivitäten im Rhein-Main-Gebiet und in Brandenburg hat nur Nordrhein-Westfalen mit der Entscheidung, drei der aggressivsten gewaltbereiten Kameradschaften zu verbieten, ein positives Beispiel gesetzt. An den drei Ende August endlich verbotenen Organisationen »Kameradschaft Aachener Land«, »Nationaler Widerstand Dortmund« und »Kameradschaft Hamm« lässt sich gut der Organisationsgrad und die Gefährlichkeit dieser Gruppierungen erkennen. Insgesamt durchsuchten 900 Polizisten

150 Wohnungen und Geschäfte in 32 Städten, beschlagnahmten Pfefferspray, Schlagringe, Springmesser, Baseballschläger, einen Morgenstern, eine Zwille und eine Handgranate. Allein die Verbotsverfügung des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen gegen die »Kameradschaft Aachener Land« war 66 Seiten stark und zählte insgesamt 589 eingeleitete Strafverfahren gegen ihre Mitglieder seit 2008. Das NRW-Innenministerium spricht davon, der rechtsextremen Szene einen empfindlichen Schlag versetzt zu haben. Doch das Verbot kommt reichlich spät. Die »Kameradschaft Aachener Land« konnte elf Jahre ihr Unwesen treiben.

»WIR HABEN KEIN NAZIPROBLEM«

Neonazis sind dort »erfolgreich«, wo die kommunale Politik und die Polizei das Problem leugnen oder beschwichtigen. Hier können gewalttätige Neonazis ihren Spielraum ausdehnen und

ungestört agieren. Die Stadt Limbach-Oberfrohna in Sachsen, die es aufgrund ihres Naziproblems in den letzten Jahren immer wieder in die bundesweiten Schlagzeilen geschafft hat, ist nur ein Beispiel – dafür aber ein besonders verstörendes. Es zeigt auf, worum es in einer integrierten Prävention von Polizei, Politik und Zivilgesellschaft eigentlich gehen muss.

Zum Fall: In Limbach-Oberfrohna und einigen Nachbarorten treibt seit Jahren eine Gruppierung von Neonazis ihr Unwesen. Insgesamt sind es zwischen 20 und 30 Rechte, die auch auf Unterstützung von ehemaligen Mitgliedern des verbotenen »Sturm 34« zählen können. Sie ziehen nachts durch die Innenstadt, provozieren und schlagen zu. Über Jahre hinweg schafften sie es, eine lebensgefährliche Drohkulisse für alle diejenigen aufzubauen, die sie zu ihren Feinden erklärten. Wer sich gegen Rechts stellte oder irgendwie anders auffiel, hatte ein Problem. Allein im Jahr 2010 gab es mehr als 30 rechts-extreme Straftaten in der Stadt, darunter fällt ein Brandanschlag auf das einzige selbstverwaltete alternative Jugendzentrum. Von April bis Dezember 2011 waren es 20 Straftaten. Die Dunkelziffer lag sicher um einiges höher, da viele Opfer vor einer Anzeige zurückschrecken.

Eines dieser Opfer kennt die Neonaziszene vor Ort und gibt Auskunft über ihr Treiben: »2008 hat sich hier die Naziszene verändert. Die ältere Generation hat sich an ihre Stammtische zurückgezogen und jüngere Personenkreise, zwischen 16 und 23 Jahre alt, sind dazugekommen. Sie organisieren sich im Stil der Autonomen Nationalisten und verüben vor allem gezielte Angriffe, zu denen dann zwischen 20 und 40 Neonazis aus Limbach und Umgebung zusammenkommen.« Immer wieder belagern bis zu 50 Neonazis das alternative Jugendzentrum, versuchen die Tür einzudrücken und die jungen Linken zu verprügeln – bis dann der Anschlag 2010 das Zentrum komplett zerstört.

SORGE UMS IMAGE

Der eigentliche Skandal besteht aber darin, dass die Stadt und die Polizei über Jahre hinweg ihr Neonazi-Problem totschweigen und die Schuldigen



© Gerhard Mester

vor allem in den linken Jugendlichen und ihren Eltern sehen, die um das Leben ihrer Kinder bangen. Die Stadtverwaltung sorgt sich eher um das Image ihrer Stadt, als um die Unversehrtheit der linken Jugendlichen. Nach heftiger Medienschelte in den Jahren 2011 und 2012 wird der Tatbestand einer aggressiven gewalttätigen neonazistischen Szene inzwischen nicht mehr bestritten – immerhin ein Fortschritt. Ein anderes Problem: Die Polizeipräsenz in der Stadt ist zu gering, die Polizei zu wenig wachsam. Dass noch niemand zu Tode gekommen ist, liegt nur daran, dass die Opfer es immer wieder geschafft haben sich noch gerade zu schützen oder zu wehren. Doch bis heute haben weder der Oberbürgermeister noch die Stadtverwaltung und auch nicht die Polizei erkannt, dass es darum geht, die angegriffene Gruppe der jugendlichen Opfer zu stützen und sich solidarisch als Demokrat_innen an ihre Seite zu stellen. Dadurch bleibt die akute Gefahr, dass es immer wieder zu Übergriffen auf diese oder andere Menschen kommt, die die Neonazis als ihre Feinde betrachten.

SOLIDARITÄT MIT DEN OPFERN

Um ein örtliches Neonaziproblem in den Griff zu bekommen, bedarf es einer integrierten Prävention von Polizei, den politischen Autoritäten vor Ort und der Zivilgesellschaft. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich beherzt gegen die Übergriffe wehren, sehen sich in einer oft verzweiferten Defensivposition, solange sie nicht erheblich unterstützt werden. Es ist, um es persönlich

zu formulieren, enttäuschend, dass – obwohl jeder dank der Medien um das Problem in Limbach-Oberfrohna in Sachsen weiß – nicht endlich das Selbstverständliche für den Rechtsstaat und die Sicherung seiner Bewohner_innen getan wird. Hier wie an vielen anderen Orten in Deutschland ist die Botschaft aus dem Entsetzen darüber, dass die Zwickauer Terrorzelle die Mordserie unentdeckt hat verüben können, nicht verstanden worden. Seit dem November 2011 besteht das erste Mal seit über zwanzig Jahren eine realistische Chance, endlich entschieden und umfassend im Sinne einer integrierten Prävention dem aggressiven, neonationalsozialistisch inspirierten Rechtsextremismus zu Leibe zu rücken: durch eine klare solidarische Haltung gegenüber den Bedrohten und Opfern, durch Verbote der ansonsten oft ungehindert agierenden Kameradschaften und »Freien Netze« und durch die öffentliche Selbstverständigung gegen Rassismus, Antisemitismus und muslimfeindlichen Rechtspopulismus.

Aus: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste:
Zeichen Nr. 3 / Herbst 2012

■ Prof. Dr. Hajo Funke ist emeritierter Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin, Rechtsextremismusexperte und Mitglied bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN MACHEN VOR KIRCHENTÜREN NICHT HALT!

Dr. Angelika Strube

Kein Zweifel: Die Kirchen in Deutschland und viele Christinnen und Christen engagieren sich für Gerechtigkeit und die Unantastbarkeit der Menschenwürde, gegen Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen verschiedene Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Interkulturelle Woche mit ihrer inzwischen 38-jährigen Geschichte ist selbst ein lebendiges Beispiel dafür. Der christliche Glaube an die Gottebenbildlichkeit aller Menschen ist mit rechtsextremen Positionen schlichtweg unvereinbar.

Dennoch machen rechtsextreme Einstellungen auch vor Kirchentüren nicht halt. Christinnen und Christen sind eine unworbene Zielgruppe rechtspopulistischer Parteien wie beispielsweise »PRO-NRW« sowie der »Neuen Rechten«. Auch gibt es Gruppierungen, die sich selbst »christlich« oder »katholisch« nennen, zugleich aber eine bedenkliche Nähe zu neurechten Medien haben. Im Internet treten sie selbstbewusst auf und versuchen, ein breites bürgerliches Publikum für sich zu gewinnen. Eine solide Information der kirchlichen Öffentlichkeit tut daher not. Das Buch »Rechtsextremen Tendenzen begegnen« gibt engagierten Christen alle notwendigen Hintergrundinformationen sowie Materialien für Gesprächskreise und Infoabende an die Hand. – Hier eine gekürzte und bearbeitete Leseprobe aus den Kapiteln 2, 3 und 5.

»WORTERGREIFUNGEN« IN KIRCHLICHEN VERANSTALTUNGEN

Manchmal kommt die Gefahr von außen. Wer eine Veranstaltung gegen Rassismus und/oder Rechtsextremismus oder vielleicht einfach nur ein interkulturelles Fest plant, muss bisweilen erleben, dass die Veranstaltung von Rechtsextremen gestört wird. »Wortergreifung« – in Anlehnung an »Macht ergreifung« – nennen Rechtsextreme eine Strategie, mit der sie Versammlungen, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen gezielt stören und zerstören wollen. Zu diesem Zweck nehmen sie an den betreffenden Veranstaltungen teil, um sich zu Wort zu melden und die Diskussion mit ihren Redebeiträgen regelrecht zu »fluten« und zu dominieren. Erklärtes Ziel der Wortergreifungen ist es, eine Diskussion über Rechtsextreme zu unterbinden und die Teilnehmenden zu einer Diskussion mit Rechtsextremen zu zwingen. Dass aber eine echte Diskussion, bei der Argumente ausgetauscht und geprüft werden und Perspektiven sich auf beiden Seiten verändern können, bei einer »Wortergreifung« auf Seiten der Rechtsextremen von vornherein nicht gewollt ist, muss den nichtrechten Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einer solchen Situation klar sein.

Erlebt man eine »Wortergreifung«, macht es deshalb wenig Sinn, sich auf die aufgezwungene Diskussion einzulassen oder sich gar in seinen eigenen Positionen verunsichern zu lassen. Bildungsveranstalter können von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und die Rechtsextremen als »Störer« des Hauses verweisen, u. U. durch die Polizei. Darauf, dass Neonazis ihnen dann vorwerfen, sie würden die Meinungsfrei-

heit unterdrücken, muss man gefasst sein, sollte sich den Schuh aber keinesfalls anziehen. Viele Bildungsträger kündigen im Vorfeld bestimmter Veranstaltungen auf der Einladung bereits an, dass Rechtsextreme von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Das gibt Veranstaltern das Recht, entsprechende Personen gar nicht erst einzulassen bzw. im Falle einer »Wortergreifung« des Hauses zu verweisen.

Gerade Christinnen und Christen haben oft Skrupel, solche deutlichen Maßnahmen durchzusetzen und empfinden sie leicht als »zu hart« oder »intolerant«, doch genau genommen sind sie einfach nur klar und konsequent: Sie schützen die Veranstaltung und ihre Teilnehmenden vor Personen, die sich ganz bewusst nicht auf eine echte Diskussion und inhaltliche Auseinandersetzung einlassen, sondern die Diskussion der anderen Anwesenden einfach nur torpedieren, zerstören und unterbinden wollen. Beim Gebrauch des Hausrechts gegen Rechtsextreme geht es um den Schutz der übrigen Veranstaltungsteilnehmenden vor rechtsextremer Intoleranz.



OKR Thorsten Leißer, Dr. Angelika Strube und Hanns Thomä (v. links n. rechts) moderierten die AG »Strategien gegen Rechts in der Kirche« bei der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur IKW 2013 in Berlin-Spandau.

NEURECHTE MEDIEN BUHLEN AUCH UM CHRISTLICHE LESERINNEN UND LESER

Neurechte Medien haben ein Interesse daran, konservative Christinnen und Christen für sich zu gewinnen, denn Christentum und Kirchen stellen einen wesentlichen Kern der »Mitte der Gesellschaft« dar. Neurechten Zeitungen, Magazinen und Internetseiten wie »Junge Freiheit«, »Blaue Narzisse«, »eigentlich frei« oder dem rechts-populistischen islamfeindlichen Weblog »Politically Incorrect« ist gemein, dass sie aktiv um christliche Leser werben. Obwohl diese Medien sich nicht als christlich, kirchlich oder religiös verstehen und obwohl sie eine teilweise aggressiv antichristliche Leserschaft haben, greifen sie immer wieder aktuelle kirchliche, besonders gerne konservativ-christliche oder traditionalistische Themen auf.

Die Leserwerbung gelingt am einfachsten im Internet: Wenn dort jemand nach Artikeln zu aktuellen kirchlichen Themen sucht und ein entsprechendes Stichwort in eine Suchmaschine eingibt, dann erhält er eine lange Liste von passenden Artikeln. Indem neurechte Internetmagazine auch Artikel zu aktuellen kirchlichen Themen veröffentlichen, kommen Internetnutzerinnen und -nutzer über Suchmaschinen auf diese Seiten. Wenn die kirchlichen Artikel sie ansprechen, werden sie auch andere Artikel lesen und die Seiten regelmäßiger besuchen. Auf diese Weise können neurechte Medien auf kirchliche Internetnutzer Einfluss gewinnen. Nicht immer ist den Betroffenen bewusst, dass sie ein neurechtes Magazin lesen; manche würden dies womöglich gar nicht wollen. Hier hilft es, sich und andere über die »Neue Rechte«, ihre Medien, ihre Strategien und ihre Ziele zu informieren.

NEURECHTEN MEDIEN UND POSITIONEN BEGEGNET MAN AUCH AUF CHRISTLICHEN INTERNETSEITEN

Allerdings kann es auch passieren, dass man neurechten Medien und neurechtem Gedankengut in einigen sich christlich nennenden Zeitschriften und Internetseiten begegnet. Im evangelischen Bereich sind es vor allem die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) und die ihr nahe stehenden Medien wie »idea«

WAS SIND BRÜCKENMEDIEN, SCHARNIERORGANE UND DIE »NEUE RECHTE«?

»Scharnierorgane« oder »Brückenmedien« nennt man in der Rechtsextremismusforschung Medien, durch die rechtsextremes Gedankengut in die »Mitte der Gesellschaft« hineingetragen werden soll. Deshalb verzichten Scharnierorgane auf grobe Hetze und plakative rechtsextreme Parolen, sondern geben sich bürgerlich, gegebenenfalls intellektuell, was rechte Ideologen selbst als »politische Mimikry« (Verstellung) propagieren.

Die »Neue Rechte« entstand 1968 in Frankreich. Rechte Intellektuelle entwickelten neue Strategien mit dem erklärten Ziel, gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen und den bestehenden demokratischen Grundkonsens westeuropäischer Gesellschaften zu untergraben. Dabei setzten und setzen sie nicht auf Parteien und den »Kampf um die Parlamente«, sondern sie wollen den »Kampf um die Köpfe« gewinnen. Sie wollen das Denken möglichst vieler Menschen möglichst weitreichend beeinflussen und auf diese Weise die Gesellschaft insgesamt nach rechts verschieben. Der »Neuen Rechten« begegnet man deshalb vor allem in ihren Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Internetseiten.

Historisches Vorbild der »Neuen Rechten« ist die sogenannte »Konservative Revolution« in der Weimarer Republik, die die junge Demokratie mit antidemokratischem Gedankengut nachhaltig untergrub und auf diese Weise zu einem geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus wurde. Deren Vordenker, etwa Oswald Spengler, Ernst Jünger oder Carl Schmitt, werden in neurechten Medien gerne als geistige Gewährsmänner genannt. In Deutschland hat die »Neue Rechte« vor allem seit 1989 an Einfluss gewonnen. In den letzten Jahren ist es zudem durch das Internet sehr leicht geworden, neurechtes Gedankengut zu verbreiten und neurechte Medien miteinander zu vernetzen.

und »medrum«, die sich positiv auf die »Junge Freiheit« und ähnliche Scharnierorgane beziehen. Im katholischen Bereich sind es Internetseiten von extrem konservativen bis hin zu traditionalistischen Gruppen, die der Piusbruderschaft nahe stehen. Die bekannteste und einflussreichste Internetseite dieser Art ist »kath.net«, eine private Initiative aus dem österreichischen Linz – nicht zu verwechseln mit dem offiziellen Internetportal der katholischen Kirche in Deutschland, »katholisch.de« oder der Seite »kath.de«, einer katholischen Pionierin des Internets.

»Kath.net« macht sich durch Werbung und Berichterstattung regelmäßig zu einer Plattform neurechter Medien und Gedanken. Besonders offensiv wirbt diese sich katholisch nennende Seite für die »Junge Freiheit«: Zum einen durch Werbebanner, zum anderen, indem regelmäßig positiv auf die »JF« Bezug genommen und aus ihr zitiert wird. Auf diese Weise wird die »Junge Freiheit« kath.net-Lesenden als zuverlässige Informationsquelle vorgestellt. Als im Herbst 2010 die Deutsche Bischofskonferenz beschloss, die konservativ-christliche Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« einzustellen und als Beilage zur ZEIT zu geben, wo sie heute unter dem Titel »Christ & Welt« er-

scheint, erschienen auf kath.net mehrere Artikel, die sich dafür aussprachen, sie stattdessen der »Jungen Freiheit« einzugliedern und ihre Leserschaft an dieses neurechte Blatt zu binden. Mehr noch: »kath.net« sympathisierte auch mit extrem islamfeindlichen, als volksverhetzend eingestuften Medien wie »Politically Incorrect«. Vier Jahre jedenfalls, vom 04.10.2007 bis Ende September 2011, konnte man auf »kath.net« ein ausgesprochen sympathisierendes Interview mit Stefan Herre, dem Gründer und Betreiber dieses Hetzportals, finden, in dem er Gelegenheit hatte, seine Internetseite und seine islamfeindlichen Thesen ausführlich vorzustellen.

»KREUZ.NET«: EIN RECHTS-EXTREMES MEDIUM, DAS SICH SELBST »KATHOLISCH« NANNTE

Das wohl extremste Beispiel einer mit unverhohlenen rechtsextremem Gedankengut gespickten Internetseite, die sich »katholisch« nannte, war die im Dezember 2012 vom Netz gegangene Seite »kreuz.net«. Die Betreiber der Seite verschanzten sich in der Anonymität, gaben aber an, »hauptberuflich im kirchlichen Dienst tätig« zu sein. Diese Anonymität und Geheimniskrämerei hatten ihren Grund, denn viele Inhalte



dieser Seite erfüllten Straftatbestände. Über die Jahre hatte die Internetseite bereits Ermittlungsverfahren sowie Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf sich gezogen, unter anderem wegen Verwendung des Hitlergrüßes. Im Februar 2009 distanzierten sich die Deutsche und die Österreichische Bischofskonferenz erstmals öffentlich von »kreuz.net«.

Im Herbst 2012, nach einer kreuz.net-Hetzkampagne gegen den verstorbenen Entertainer Dirk Bach, gelang es der Initiative »Stoppt kreuz.net«, einige Macher und Autoren der Internetseite namentlich zu ermitteln; tatsächlich gab es darunter Kirchenmitarbeiter und römisch-katholische Priester. Das gesammelte Material wurde im November 2012 an die Staatsanwaltschaft in Berlin übergeben, die derzeit

ermittelt. Am 2.12.2012 schließlich verschwand die Seite aus dem Netz. Damit jedoch ist das Problem keinesfalls aus der Welt, sondern die selbstkritische innerkirchliche Auseinandersetzung, wie es zu einer solchen Internetseite und derartigen rechtsextremen Exzessen kommen konnte, hat gerade erst begonnen.

■ Dr. Angelika Strube ist katholische Theologin.

Die Autorin kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden. Bitte wenden Sie sich hierfür an den Herder Verlag: kundenservice@herder.de

WAS IST ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS?

HANDREICHUNG DER DGB-JUGEND

Heute sind antimuslimische Vorurteile gesellschaftlich weit verbreitet. Dieses Klima versuchen nicht nur Nazis für ihre menschenverachtende Propaganda zu nutzen. Auch bürgerlich auftretende rechtspopulistische Initiativen und Parteien machen damit Stimmung.

■ Antimuslimischer Rassismus (auch Islamophobie oder Islamfeindlichkeit) ist eine Form von Rassismus, die sich gegen Menschen richtet, denen eine muslimische Religionszugehörigkeit zugeschrieben wird. Betroffen sind also nicht nur gläubige Muslime, sondern alle, denen aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale, ihrer Herkunft oder Kultur ein islamischer Glaube unterstellt wird.

Dabei geht es nicht darum, wie sich die Menschen selbst verstehen, welche Rolle der Glaube in ihrem persönlichen Leben spielt und es findet auch keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Strömungen des Islams statt. Vielmehr gilt der Islam an sich als schlecht. Ihm wird vorgeworfen, grundsätzlich rückständig, frauenfeindlich, aggressiv oder terroristisch zu sein. Auf dieser Grundlage werden alle Menschen, die der Gruppe der Muslime zu-

gerechnet werden, abgewertet. Wie bei allen Rassismusformen geht mit dieser Abwertung des anderen (hier: »muslimisch«) die Aufwertung des eigenen (hier: die »christlich-westliche Kultur«) einher.

»DER ISLAM IST EINE UNS GANZ FREMDE KULTUR. DIE PASSEN NICHT ZU UNS.«

Hier ist zunächst einmal die Frage zu stellen, wer denn eigentlich mit »uns« gemeint ist. Sehr schnell wird dann deutlich, dass dieses »Wir« sehr viele unterschiedliche Menschen und Gruppen umfasst: Männer und Frauen, Alte und Junge, Sportfreaks und Couchpotatoes, Religiöse und Atheisten, Reiche und Arme, Stadt- und Landbewohner/-innen, Opern- und Rockfans – und viel mehr und alles dazwischen.

■ »Das Thema »antimuslimischer Rassismus« betrifft mich leider persönlich. Ich habe mein Studium »Management & Economics« im Frühjahr erfolgreich an der Ruhr-Universität abgeschlossen. Trotz Praktika im Ausland werden meine Bewerbungen abgelehnt. Bisher stehen mir Arbeitgeber nicht positiv und neutral gegenüber, weil ich ein Kopftuch trage. Meine Persönlichkeit würde sich natürlich nicht ändern, wenn ich das Tuch ablegen würde, trotzdem ist das Grund genug, zu keinem Gespräch eingeladen zu werden. Ich finde es sehr beunruhigend, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt. Müssen erst anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt werden, damit auch ich eine Chance bekomme? Ich bin keine schlechtere oder unqualifiziertere Bewerberin, im Gegenteil, deshalb werde ich nicht aufgeben und mich weiterhin bewerben!«

Cahide T.

Genauso verhält es sich mit »dem Islam«. Der Islam ist eine vielfältige Religion, die aus ganz unterschiedlichen Strömungen besteht. Noch vielfältiger ist die Art und Weise, wie Muslime ihre Religion im Alltag leben. Und nicht nur das. Nehmen wir die religiöse Zugehörigkeit einmal als das, was sie ist: ein Merkmal unter tausenden, die einen Menschen ausmachen. Dann ergibt sich plötzlich ein ganz neues Koordinatensystem: Denn höchstwahrscheinlich trennt die 20-jährige atheistische Auszubildende aus Bochum mehr von Familienministerin Kristina Schröder als von ihrer 22-jährigen muslimischen Kollegin.

Antimuslimischer Rassismus wird häufig mit einer angeblich andersartigen Kultur begründet. Dabei wird Kultur als etwas Einheitliches und Unveränderbares verstanden. Sie würde dem einzelnen Menschen quasi per Geburt verliehen und ihn fortan ohne eigenes Zutun prägen.

Solch ein starres Konzept von Kultur verleugnet, dass Kulturen einer ständigen Veränderung unterliegen, sich wechselseitig beeinflussen und durchlässig sind. Sie sind nicht abgeschottet und unvereinbar. Menschen lassen sich nicht auf »ihre Kultur« reduzieren. Sie können sich zudem auch verschiedenen Kulturen zugehörig fühlen.

»DER ISLAM IST EINE RELIGION DER GEWALT UND DES TERRORISMUS«

Wie andere Religionen auch dient der Islam einigen politischen Gruppierungen als Rechtfertigung für Gewalt und terroristische Angriffe. Deswegen ist der Islam aber genauso wenig eine Religion der Gewalt, wie es beispielsweise das Christentum ist. Die Gleichsetzung von Islam und gewalttätigem islamischem Fundamentalismus ist ein Kernstück des antimuslimischen Rassismus. Muslime werden nicht bloß zu »Fremden«, sondern zugleich zu einer Bedrohung für die Sicherheit und das Zusammenleben erklärt. Als Belege dafür dienen neben Verweisen auf Terroranschläge vor allem einzelne Suren (Abschnitte) des Korans. Nun verhält es sich mit dem Koran ähnlich wie mit der Bibel: Es lassen sich sowohl Stellen finden, die als Rechtfertigung von Gewalt dienen könnten, als auch Stellen, die als Verurteilung von Gewalt zu lesen

»Ablehnung oder Vorbehalte erlebe ich in meinem Alltag kaum. Ich bekomme vielmehr Aussagen zu hören wie »Du bist doch eine von uns, du trägst kein Kopftuch, du siehst ja nicht aus wie die anderen«. Und genau da beginnt meiner Meinung nach Rassismus. Woran wird fest gemacht, dass ein Mensch besser, schlecht, gleich oder qualifiziert ist? Wenn wir von dem Grundgedanken, dass alle Menschen gleich behandelt werden sollen, ausgehen, dann haben wir noch einen sehr weiten Weg vor uns. Lasst uns nicht in die Vergangenheit zurückkehren, sondern gemeinsam für Aufklärung, Respekt und Gleichbehandlung sorgen.«

Gülen, aktiv in der IG Metall

sind. Zudem lassen sich einzelne Suren nicht sinnvoll ohne die Berücksichtigung ihres Kontextes interpretieren. Ein Blick auf die Debatten in der islamischen Theologie offenbart, dass um die Auslegung des Korans ebenso vielfältige und heftige Diskussionen kreisen wie in anderen Religionen auch.

»IST DOCH SO!?« ANTIMUSLIMISCHEN VORURTEILEN ARGUMENTATIV BEGEGNEN »DIE WOLLEN SICH DOCH GAR NICHT INTEGRIEREN.«

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie kann sich nicht ausschließlich als Forderung an Zugewanderte und ihre Nachkommen richten. Ebenso muss die Mehrheitsgesellschaft Migranten/-innen als gleichberechtigte Bürger/-innen anerkennen und ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. An dieser Bereitschaft hat es in Deutschland jahrzehntelang gemangelt, eine staatliche Integrationspolitik war quasi nicht existent. Die deutsche Gesellschaft hat sich mehrheitlich nicht als Einwanderungsgesellschaft verstanden. Damit Integration gelingen kann, müssen Chancengleichheit, Partizipationsmöglichkeiten und rechtliche Gleichstellung gewährleistet sein. Integration ist also vielmehr eine politische und soziale Frage als eine kulturelle.

»MINARETTE UND MOSCHEEN SIND ZEICHEN DER ÜBERFREMDDUNG.«

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die Religionsfreiheit (Artikel 4). Zur Religionsfreiheit zählt übrigens auch die Freiheit, keiner Religion anzugehören. Zudem muss die ungestörte Religionsausübung gewährleistet sein. Moscheen sind als Gebetsräume und Gotteshäuser wichtige Bestandteile islamischer Religionsausübung. Deswegen darf ihr Bau oder Betrieb auch nicht einfach untersagt werden.

Doch gerade am Neubau von Moscheen entzündeten sich vielerorts Konflikte. Denn Moscheen und Minarette machen den Islam im Stadtbild sichtbar. Das wiederum lehnen diejenigen ab, die in Moscheen Symbole einer unerwünschten Einwanderung sehen.

Nun ist aber erstens der Islam keine fremde Kultur, sondern eine Religion neben anderen. Zweitens sind Moscheen nicht nur notwendige Räume zur freien Religionsausübung, sondern auch Ausdruck davon, dass aus ehemaligen Gastarbeitern/-innen inzwischen Bürger/-innen geworden sind. Bürger/-innen, die bleiben und ihre Religion nicht länger in provisorischen Räumen praktizieren möchten, sondern gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen.

»SO LANGE CHRISTEN IN MUSLIMISCHEN LÄNDERN KEINE KIRCHEN BAUEN DÜRFEN, SOLLEN DIE HIER AUCH KEINE MOSCHEEN BAUEN DÜRFEN.«

Nicht in allen Ländern der Welt ist Religionsfreiheit gewährleistet, religiöse Minderheiten werden teilweise massiv unterdrückt. Diskriminierung und Intoleranz in anderen Teilen der Welt können aber kein Argument dafür sein, selbst diskriminierend zu handeln.

Das Absurde an der Aussage oben wird deutlich, wenn wir kurz das Thema wechseln: In einigen Ländern wird die Todesstrafe vollstreckt. Folgt daraus, dass in Deutschland ebenfalls Menschen hingerichtet werden sollen, und zwar so lange, bis dies auch in anderen Teilen der Welt nicht mehr geschieht? Sicher nicht. Ebenso verhält es sich auch in Fragen der Religionsfreiheit. Menschenrechte dürfen nicht für ungültig erklärt werden, bloß weil sie nicht weltweit durchgesetzt sind. Stattdessen sollte man sich für ihre welt-



weite Verwirklichung engagieren. Und außerdem: Mit welchem Recht werden in Deutschland lebende Muslime für staatliches Handeln im Ausland verantwortlich gemacht, auf das sie keinen Einfluss haben?

»DAS KOPFTUCH IST EIN ZEICHEN FÜR DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU. ES MUSS DESHALB FÜR LEHRERINNEN VERBOTEN WERDEN.«

Die Kopftuchdebatte ist nicht mit einfachen Wahrheiten zu beantworten, denn hier vermischen sich durchaus berechnete Überlegungen zu einem Pauschalurteil. Versuchen wir es aufzudröseln: Islamische Fundamentalisten/-innen und auch extrem traditionelle Auslegungen des Islam vertreten in der Tat die Ansicht, die Frau sei weniger wert als der Mann und ihm zu Gehorsam verpflichtet. Dieser Auffassung

verleihen sie mit dem Kopftuchgebot oder noch weitergehender Verschleierung Ausdruck. Genau aus diesem Grund und in deutlicher Abgrenzung zu solchen Positionen treten zahlreiche muslimische Frauen für ein Kopftuchverbot in öffentlichen Berufen ein.

Gegner/-innen eines Kopftuchverbotes stellen das Recht auf Selbstbestimmung der Frau in den Mittelpunkt. Sie machen geltend, dass das Tragen eines Kopftuches allein noch nichts über die individuellen Motive seiner Trägerin aussagt. Weder der Staat, noch die Familie, noch die Männern hätten das Recht, darüber zu entscheiden, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht.

Das Kopftuch kann also nicht einfach pauschal als Symbol frauenfeindlicher Unterdrückung interpretiert werden. Doch es ist ein religiöses Symbol und

in der Schule kollidiert dies mit der Trennung von Staat und Religion. Das Grundrecht der Lehrerin, ihre Religion auszuüben und ihr Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Ämtern steht hier dem Grundrecht der Schüler/-innen gegenüber, keine Religion ausüben zu müssen sowie von einer ungewollten Konfrontation mit Religion verschont zu bleiben.

Klar ist: Religiöse Missionierung, Propaganda und Beeinflussung gehören nicht an die Schule. Das gilt übrigens für den Islam genauso wie für das Christentum und andere Religionen. Allerdings kann die Erfüllung dieser Anforderung nicht an äußerlichen Merkmalen wie einem Kopftuch festgemacht werden. Dafür müssen vielmehr inhaltliche Maßstäbe gelten, also zum Beispiel die Frage, was unterrichtet wird. Das Augenmerk sollte also darauf liegen, Lehrpläne, Schule und Gesellschaft so zu gestalten, dass kritisches Denken und politische Urteils-kraft gefördert werden.

Aus: blickpunkt, DGB-Jugend: Antimuslimischer Rassismus.

■ Den Volltext finden Sie unter www.dgb-jugend.de. Dort kann die Broschüre als pdf heruntergeladen und auch als Papierfassung bestellt werden.

■ »Vor neun Jahren, mit gerade mal 16, begann ich nach meinem Realschulabschluss die Ausbildung zur Chemielaborantin. Bis zu diesem Zeitpunkt war ich nicht mit Rassismus in Kontakt gekommen. In der Ausbildung erfuhr ich dann zum ersten Mal Diskriminierung am eigenen Leib: Einer der Ausbilder hatte es auf mich abgesehen. Ich konnte machen, was ich wollte – nichts machte ich richtig. Anfeindungen wie ›Wieso tragen Sie kein Kopftuch, sind Sie keine richtige Muslimin?‹ oder ›Verstehen Sie überhaupt deutsch?‹ und vieles mehr bestimmten meinen Arbeitstag. Meine Freunde wurden gefragt, warum sie denn mit mir befreundet seien, ich sei schließlich eine Muslimin. Weil meine Freunde und Kollegen immer zu mir gehalten haben, konnte ich dem psychischen Druck standhalten und die Ausbildung erfolgreich absolvieren. Heute kenne ich meine Rechte und setze mich dafür ein, dass so etwas nicht wieder vorkommt.«

Ayşe İlgi, aktiv bei der IG BCE



WIE DEUTSCHLAND DEN ISLAM ALS TEIL SEINES ERBES AKZEPTIEREN KANN

Dr. Mohammed Khallouk

Häufig wird im vorherrschenden gesellschaftspolitischen Diskurs die Modernität und Progressivität Ostasiens hervorgehoben und gelegentlich sogar der deutschen Gesellschaft als Vorbild vorgehalten. Demgegenüber wähnt sich die europäische Civil Society dem Vorderen Orient, speziell der dort dominierenden Religion, dem Islam, stets einen Schritt voraus. Aus dieser verbreiteten Selbstsicht leitete sich die Forderung an die Muslime ab, sie hätten sich von ihrer Religion zu distanzieren und an der westlichen Aufklärung zu orientieren.

Die Erkenntnis, dass in Deutschland seit mindestens drei Generationen eine zahlenmäßig nicht zu vernachlässigende muslimische Minorität existiert, vermag jene Ressentiments gegenüber dem Islam nicht zu beseitigen. Vielfach attestiert man der deutschen Nation eine »christlich-abendländische Identität« und verlangt von den Muslimen für die vollständige Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft, sich einer sogenannten »Leitkultur« unterzuordnen.

Dieser kämpferische Identitätsbegriff dient der Selbstvergewisserung und der Ausschließung des vom Eigenen als Norm gesetzten abweichenden Anderen. Der Andere, in diesem Fall der Muslim, wird als »nicht dazugehörig« definiert. Ihn gilt es dementsprechend in die vordefinierte Totalität hineinzuziehen. Das dahinter stehende kolonialistische Sendungsbewusstsein, das im 19. Jahrhundert die außereuropäischen Gesellschaften mit der »modernen Zivilisation« anzuvertrauen beanspruchte, richtet sich nun als Forderung einer »Assimilation in das europäische Kulturerbe« auf die Muslime in der eigenen Civil Society.

Trotz des Arrangements der Muslime mit der hierzulande bestehenden Demokratie und ihres expliziten Verweises auf die darin verfassungsmäßig garantierte Freiheit zu offenem Bekenntnis und Ausübung divergenter Religionen werden sie im vorherrschenden Diskurs aufgrund des Islam nicht als vollwertiger Teil der »deutschen Kulturnation« angesehen.

Besonders ihre religiös begründete Zurückweisung eines in der säkularisier-

ten deutschen Mehrheitsgesellschaft dominierenden Liberalitätsverständnisses, im weiblichen Kopftuch nach außen sichtbar, jedoch ebenso anhand wertkonservativer Positionen in ethischen Fragen, betreffend das Verhältnis von Ehe, Familie und Sexualität, wird als Argument angeführt, der Islam sei mit der europäischen Moderne nicht in Kompatibilität zu bringen.

In mehrheitlich muslimisch geprägten Gesellschaften auftretende Phänomene, die in der Tat mit dem neuzeitlichen Begriff von Humanität nicht vereinbar sind, wie Zwangsehen und Ehrenmorde, werden unreflektiert dem Islam angelastet. Sie dienen als Beleg für die verbreitete These, der Islam stelle eine archaische, inhumane und unzeitgemäße Religion dar.

Dass die humanistischen Grundsätze ohne den Ideentransfer im mittelalterlichen maurisch-muslimischen Andalusien im neuzeitlichen Europa nicht entwickelt worden wären, wird bei dieser Sichtweise stets ignoriert. Diese verbreitete Ausschließung des Islam aus dem für erhaltenswert erachteten »Europäischen Erbe« basiert auf einem selektiven Identitätsbegriff. Die Identität stellt sich hierbei als geschlossene Zugehörigkeit zu einem mit unveränderlichen Kriterien assoziierten »Eigenen« dar und sieht sich nicht in der Lage, das Andere hierin einzubeziehen.

Um Anhängern divergenter Religionen eine gemeinsame Identität zubilligen zu können, ist es erforderlich, ein Verständnis von Identität zu entwickeln, das die aufrichtige Begegnung mit dem Anderen frei von jeglichem Missionierungs- oder Überheblichkeitsbewusst-

sein einschließt. Levinas fordert eine »Ohne-Identität«, die das Andere in sich aufnehmen kann, ohne ein vorherbestimmtes, fest definiertes Eigenes abstoßen zu müssen. Man präsentiert sich aufgeschlossen gegenüber den Gedanken und Wertvorstellungen des Anderen und begreift sie als Aufforderung, das Eigene beständig zu hinterfragen.

Mit dieser Aufgeschlossenheit gegenüber dem Anderen war es den muslimischen Denkern des Mittelalters möglich, in der heidnischen Antike entwickelte Leitgedanken für ihre Gesellschaft als förderlich anzuerkennen. Die Scholastiker sahen sich hernach ebenfalls mit diesem dynamischen Identitätsbegriff in der Lage, ihr christlich geprägtes Menschenbild um die Erkenntnisse muslimischer Philosophen wie Averroes zu erweitern.

Die Akzeptanz des Islam als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft und die angemessene Würdigung der

**DER TAG DER OFFENEN
MOSCHEE FINDET IN GANZ
DEUTSCHLAND JEDES JAHR
AM 3. OKTOBER STATT.**



© Rolf Zöllner, epd-bild

unter islamischem Vorzeichen formulierten, jedoch prinzipiell universalistischen Ethik wird nur gelingen, wenn die deutsche Gesellschaft lernt, Identität als dynamisch zu verstehen, die durch die Begegnung mit dem Anderen bereichert wird.

In der unvoreingenommenen Begegnung mit dem Anderen lassen sich auch Elemente des Eigenen erschließen, die in der Fixierung auf die Suche nach Abgrenzung verborgen bleiben. Man entdeckt beispielsweise, dass ein wesentli-

cher Teil der häufig als »reaktionär« abqualifizierten, mit dem Islam assoziierten Sichtweisen im Juden- wie im Christentum ebenfalls existieren. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft sieht sich aufgefordert, in der Pluralität und permanenten Offenheit für die Wertvorstellungen des Anderen den entscheidenden Fortschritt ihres demokratischen Systems zu erkennen. Hiermit wird sie die Courage entwickeln, den Islam als ein bestehendes, wertvolles, nicht auszuschließendes Element darin einzubeziehen.

■ Dr. Mohammed Khallouk ist Politologe, Arabist und Islamwissenschaftler sowie Beauftragter für wissenschaftliche Expertise des Zentralrats der Muslime in Deutschland.

■ Kontakt:
Dr. Mohammed Khallouk
mohammed.khallouk@zentralrat.de

»KRITIK UND GEWALT«

ZEHN FRAGEN AN DEN MIGRATIONSFORSCHER UND POLITIKBERATER KLAUS J. BADE

Ihr neues Buch heißt »Kritik und Gewalt«. Es geht um die Sarrazin-Debatte, um Islamkritik und rechten Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Sehen Sie da Ursache-Folge-Zusammenhänge?

Verurteilungen auf der Schiene »Wort und Mord« sind kurzschlüssig. Persönliche Schuldzuschreibungen können aus ideellen Übereinstimmungen zwischen publizistischen Äußerungen und sogar direkt darauf bezogenen Begründungen von Gewalttätigkeiten nicht abgeleitet werden. Die wortgewaltigen Vertreter der islamfeindlichen sogenannten »Islamkritik« hätten sich also nach dem Breivik-Massaker und erst recht nach der Aufdeckung der schon älteren NSU-Serienmorde gar nicht so hysterisch gegen persönlichen Tatverdacht verwahren brauchen. Es geht hier weniger um persönliche Haftung als um ethische Verantwortung. Und da müssen die noch einiges lernen.

Was müssen »wortgewaltige Islamkritiker« da lernen?

Der ethischen Verantwortung kann sich kein Publizist entziehen, der mit zündfähigen, z.B. latent kulturrassistischen bzw. so zu verstehenden Argumenten in hochexplosivem Gelände hantiert. Dazu gehört, solche Argumente so zu präsentieren, dass sie nicht unter Berufung auf die Autoren als Brandsätze missbraucht werden können und, sollte dies doch geschehen,

sich entschieden dagegen zu verwahren. Das ist aus opportunistischen, genauer gesagt kommerziellen Gründen nicht geschehen, denn es hätte zweifels- ohne wichtige Leserkreise irritiert.

Wie bewerten Sie das?

Das war der eigentliche Skandal im Verhalten von demagogischen, populistischen und opportunistischen »islamkritischen« Publizisten: Sie haben mit ihrer Agitation emsig Geld verdient, viel Schaden angerichtet und dann versucht, sich mit verschwurbeltem Geschwafel oder sogar dreisten Gegen-

angriffen davonzumachen oder sich obendrein noch in der bekannten Täter-Opfer-Umkehr als Märtyrer des wahren Wortes zu gerieren. Das habe ich in meinem Buch in der nötigen Klarheit gesagt.

Was verstehen Sie unter Kulturrassismus?

Heute geht es bei rassistischen Dispositionen weniger um Rasse, Blut und Boden. Es geht mehr um pauschalisierende Kulturkonfrontationen. Islamkritik z.B. kann zu Kulturrassismus werden, wenn sie sich gegen »die islamische



Prof. Klaus J. Bade (links) im Gespräch mit Günter Burkhardt bei der bundesweiten Vorbereitungstagung zur IKW im Februar 2013.

Kultur, ›den‹ Islam und ›die‹ Muslime richtet, denn: ›Die islamische Kultur‹ gibt es in dieser Pauschalisierung gar nicht. ›Der‹ Islam besteht aus den verschiedensten Lehrtraditionen, die sich weit stärker unterscheiden als z.B. die christlichen Konfessionen. Und ›die‹ Muslime unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zu ›dem‹ Islam mindestens so wie die Christen in ihrem Verhältnis zu ihrer Religion, die für viele oft nur noch auf dem Papier steht, mit einem gravierenden Unterschied: Aus ›dem‹ Islam kann man, von bestimmten Glaubensrichtungen abgesehen, in der Regel nicht so persönlich problem- und folgenlos austreten wie aus einer christlichen Kirche oder gar einem Schwimmverein.

Sie kritisieren das ›Rechtsextremismus‹ Feindbild der Behörden, sprechen da von einem ›Tunnelblick‹. Was ist das Problem?

Die Konzentration auf ›Rechtsextremismus‹ und dabei sogar noch auf die ›klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster‹ (BMI) erzeugt einen amtlichen Tunnelblick, der blind macht gegenüber anderen gesellschaftlichen Gefahren: Nicht nur das Gewaltpotenzial von herkömmlichem Rechtsextremismus und islamistischem Fundamentalismus, auch der völkisch-kulturrassistische antiislamische Fundamentalismus der Mitte ist eine Lebensgefahr für die Einwanderungsgesellschaft; denn die ist essentiell angewiesen auf Anerkennung durch Teilhabe und auf die aktive Akzeptanz kultureller Vielfalt in sozialem Frieden.

Sie beklagen die unzureichende gesellschaftspolitische Reaktion auf den NSU-Schock in Deutschland. Wie hätte die denn aussehen können?

Die antiislamischen Serienmorde kann man nicht zeremoniell wegtrauern. Man muss sich dieser faktisch vorhandenen extremistischen und kulturrassistischen Unterwelt mit klaren Gegenentwürfen stellen. Die Norweger haben in Reaktion auf das Breivik-Massaker gezeigt, wie sowas aussehen kann. In Deutschland hat es bei der Regierungsamtlichen Reaktion auf den NSU-Schock nur zu Trauerbekundungen und zu Warnungen vor ›Rechtsextremismus‹ gereicht. Selbst in der Konfrontation mit den in Reihe auf-

gedeckten neo-nationalsozialistischen antiislamischen Mordtaten war die Hürde zu einem Bekenntnis zu den Grundwerten der de facto seit langem multikulturellen Einwanderungsgesellschaft in Deutschland offenkundig noch immer zu hoch. Wo waren die Warnungen vor der hasserfüllten antiislamischen Bewegung? Wo war und bleibt die gesellschaftliche Ächtung der immer einflussreicher und mächtiger werdenden, geschickt an der Grenze der Verfassungskonformität operierenden antiislamischen Netzwerke, die treffender Hetzwerke heißen sollten? Sie werden zumeist noch nicht einmal vom Verfassungsschutz beobachtet, im Gegensatz zu friedlichen Moscheevereinen einerseits und der demokratischen Partei ›Die Linke‹ andererseits. Das ist unerträglich.

Was meinen Sie konkret mit dem geschickten Operieren an der Grenze der Verfassungskonformität?

Nehmen wir z.B. einmal den aggressiv islamfeindlichen Hardcore-Pranger ›Madrasa of Time‹ der den ›Counterdihad‹ predigt: Die machen das sehr geschickt, um dem Zugriff des Verfassungsschutzes zu entgehen, der nach ›Rechtsextremismus‹ sucht, der aber nach dessen ›klassischen‹ Kriterien bestimmt ist durch Antisemitismus, Rassismus etc. Deshalb setzt man aufs Cover oben links den Zwiebelturm einer katholischen Kirche mit frommem Kreuz, das christliche Nächstenliebe signalisiert, und oben rechts drei Davidsterne, die Israelfreundschaft bzw. Philosemitismus signalisieren. Kombiniere, sagt Nick Knatterton, das können keine Rechtsextremisten sein – und schon blättert der ›Verfassungsschutz‹ weiter. Unsere Behörden haben nicht begriffen, dass die Islam- und Muslimhetze in einer Einwanderungsgesellschaft, die das Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung braucht, gefährlich ist, zumal diese Ausgrenzung in Deutschland immerhin mehr als 4 Mio. Menschen trifft, von denen fast 2 Mio. deutsche Staatsbürger sind.

Sie sprechen von ›Islamkritik‹ in distanzierenden Anführungszeichen. Warum?

Es gibt fließende Grenzen zwischen einer Islamkritik im Sinne der wissenschaftlichen oder wertebezogenen Aus-



ISBN 978-3-89974893-2

einandersetzung mit den unterschiedlichen islamischen Lehrtraditionen bzw. religiös geprägten Lebensformen in Geschichte und Gegenwart und einer aggressiven, ganze Religions- und Bevölkerungsgruppen denunzierenden und diffamierenden islamfeindlichen Agitation. Die zwischen diesen beiden Polen oszillierende ›Islamkritik‹ hat den Boden bereitet für eine fundamentalistische Islamophobie, die in den sumpfigen Abgründen mancher Internetblogs wütet und deren giftiger Smog zunehmend die Kommentarspalten der ganzen medialen Online-Welt überzieht. Dies ist eine Gefahr für die demokratische Einwanderungsgesellschaft. Und dort, wo sogar immer wieder die religiös-kulturellen Freiheitsrechte von Einwanderern in Frage gestellt werden, ist dies ein klarer und strafbarer Verfassungsbruch. Weil es diese fließenden Grenzen und diese dazwischen opportunistisch auf den Wellen der Islamskepsis surfenden Agitatoren gibt, rede ich von ›Islamkritik‹ nur noch in Anführungszeichen.

Sie sprechen von einem Integrationsparadox in Deutschland. Was ist damit gemeint?

Es gibt eine paradoxe Entwicklung: Integration ist viel besser als ihr Ruf im Land. Die staatlichen Institutionen akzeptieren heute Integration als Mainstream-Thema. Kulturelle Vielfalt ist für eine wachsende Mehrheit beson-

ders von jüngeren Menschen eine völlig normale Alltagsrealität. Aber genau deswegen formiert sich umso mehr das Lager der antiislamischen Kulturpessimisten, der desintegrativen Apokalyptiker und zivilisationskritischen Mentelektiker, die sich als Verlierer fühlen, das Abendland untergehen sehen und mit kulturalistischen Alarmrufen Rettung in der negativen Integration suchen.

Was meinen Sie mit ›negativer Integration‹?

Eine starke, wenn auch tendenziell abnehmende, aber gerade deshalb umso lautere und aggressivere Gruppe der Mehrheit fühlt sich durch den rasanten

eigendynamischen Wandel der Einwanderungsgesellschaft bedroht in ihrer ›kulturellen Identität‹, von der viele gar nicht wissen, was sie damit meinen über nationale Folklore hinaus. Sie flüchten aus dieser Identitätskrise in eine Abgrenzung von Minderheiten, vorzugsweise von Muslimen, nach dem Motto: Unter dem Druck der rapiden kulturellen Veränderungen wissen wir zwar kaum mehr, wer wir selber sind, aber doch wenigstens, wer wir nicht sind und auch nicht werden wollen. Diese negative Koalition betreibt eine eskapistische Ersatzdiskussion anstelle der verdrängten Diskussion um die neue Identität in der Einwanderungsgesellschaft. Das ist ein Grund mehr, ›Integrationspolitik‹ endlich als Gesell-

schaftspolitik für alle zu verstehen, auch für die Menschen ohne Migrationshintergrund.

■ Klaus J. Bade, Univ. Prof. em. (Neueste Geschichte), Universität Osnabrück bis 2007, lebt heute in Berlin. Er ist Historiker, Migrationsforscher und Politikberater. www.kjbade.de

Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden. Bitte wenden Sie sich hierfür an Raoul Pra, Presseabteilung Wochenschau-Verlag, Tel.: 06196/76 13 53 8 raoul.pra@wochenschau-verlag.de www.wochenschau-verlag.info

DEUTSCHE OHNE WENN UND ABER?

Dr. Elke Tießler-Marenda

Volle politische Teilhabe haben in Deutschland nur deutsche Staatsangehörige, sie sind Träger der Staatsgewalt und nur sie dürfen die Politik durch Wahlen bestimmen. Entsprechend widmet sich laut Amtseid die Staatsspitze auch »nur« dem Wohle des deutschen Volkes.

■ Wer zu diesem deutschen Volk gehört, bestimmen Tradition¹, das Grundgesetz und das Staatsangehörigkeitsgesetz. Laut Grundgesetz ist Deutscher, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder deutscher Volkszugehörigkeit ist (Art. 116 GG). Deutschsein und die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, bedeutet also nicht unbedingt dasselbe. Diese Unterscheidung knüpft daran an, dass Abkömmlinge von Deutschen als Deutsche gelten, auch wenn ihre Vorfahren vor Jahrhunderten ausgewandert sind. Einwandernde Ausländer/innen können die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie eingebürgert werden. Tun sie das nicht, bleiben ihre Abkömmlinge in Deutschland über Generationen hinweg Ausländer/innen. Das war zumindest so, bis 1999 das

neue Staatsangehörigkeitsrecht geschaffen wurde.

Ursprünglich war vorgesehen, dass Kinder von Ausländer/innen mit einem längerfristigen Aufenthalt kraft Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten. Dieses Vorhaben scheiterte dann allerdings an der besonders im hessischen Wahlkampf geführten Kampagne gegen den sogenannten Doppelpass. Die Unterschriftenaktion wurde von vielen Unterzeichner/innen als eine Möglichkeit verstanden, »gegen die Ausländer« unterschreiben zu können. Auch deshalb wurde sie seinerzeit als rassistisch kritisiert. Sie war jedenfalls erfolgreich, die politischen Mehrheiten änderten sich. Eingeführt wurde dann nach langen Verhandlungen das Optionsmodell,

das das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht zumindest teilweise vom strengen Abstammungsprinzip löste und Aspekte des ius soli (Geburtsortprinzip) einführte.

Seit 1.1.2000 erwerben in Deutschland geborene Kinder von Ausländer/innen neben der elterlichen auch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren ununterbrochen rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat (§ 4 Abs. 3 StAG). Ein unbefristetes Aufenthaltsrecht haben beispielsweise Ausländer/innen mit einer Niederlassungserlaubnis, EU-Bürger/innen und ihre Familienangehörigen oder türkische Arbeitnehmer, die unter das Assoziationsrecht fallen, sowie ihre Familienangehörigen.

Für Kinder, die sich bei der Einführung dieser Regelung rechtmäßig in Deutschland aufhielten und noch keine zehn Jahre alt waren, gab es eine Übergangsregelung. Bis zum 31.12.2000 konnten sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn ein Elternteil seit acht Jahren ununterbrochen rechtmäßig in Deutschland gelebt und eine Aufenthaltsberechtigung oder mindestens seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hatte (§ 40b StAG).

1 Wer als Deutsche/r gilt, bestimmt sich nicht allein nach geltendem Recht, sondern ist stark historisch geprägt. Zu diesen historischen Prägungen/Traditionen gehört insbesondere die starke Betonung des Abstammungsprinzips: Auch wer nicht in Deutschland lebt und nicht deutschem Recht unterworfen ist, kann Deutsche/r sein, wenn er/sie sich zum Deutschsein bekennt. Diese Herangehensweise geht bis auf die Entwicklung der National- und Verfassungsstaaten im Europa des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts sowie die Betonung des Nationalen und Völkischen ab dem späten 19. Jahrhundert zurück.

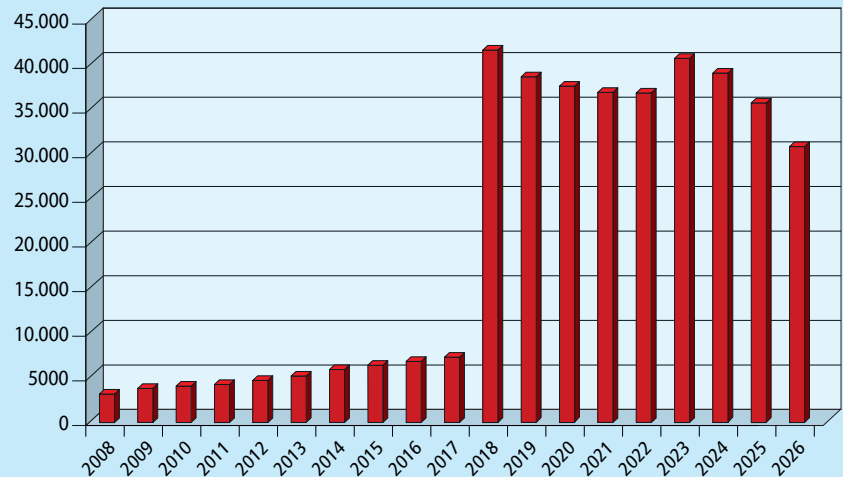
Diese jungen Menschen, die durch Geburt oder nach § 40b StAG die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben oder noch erwerben, unterliegen der Optionsregel. Sie müssen zwischen dem 18. und dem 23. Geburtstag eine Entscheidung treffen zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit oder der ebenfalls kraft Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit des elterlichen Herkunftsstaates (§ 29 StAG). Tun sie nichts, verlieren diese sogenannten Optionskinder kraft Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit.

Für einen Teil der Optionskinder ist es möglich, dieser Entscheidung auszuweichen, und beide Staatsangehörigkeiten zu behalten. Das gilt immer dann, wenn es unmöglich oder unzumutbar wäre, die ausländische Staatsangehörigkeit aufzugeben. Dass die Optionspflicht als Zumutung empfunden wird, reicht dafür nicht. Unzumutbarkeit ist beispielsweise zu bejahen, wenn die bei der Entlassung zu entrichtenden Gebühren ein durchschnittliches Bruttomonatseinkommen der antragstellenden Person übersteigen oder (derzeit) mindestens 1.279 Euro betragen. Bei Unionsbürger(inne)n und Staatsangehörigen der Schweiz wird generell von der Pflicht zur Aufgabe der anderen Staatsangehörigkeit abgesehen. Für alle gilt: Die Beibehaltung beider Staatsangehörigkeiten muss beantragt und genehmigt werden (§§ 29 Abs. 4, 12 Abs. 2 StAG). Dieser Antrag muss bis zum 21. Geburtstag gestellt werden.

Die Optionspflicht betrifft keine kleine Gruppe: Zurzeit gibt es etwa eine halbe Millionen Personen, die ihr unterliegen. Ca. 50.000 Kinder hatten von der Übergangsregelung Gebrauch gemacht und wurden/werden zwischen 2008 und 2017 optionspflichtig. Das heißt für die Ersten läuft dieses Jahr die Entscheidungsfrist ab.

Die Optionspflicht wirft viele grundsätzliche und praktische Fragen auf. Zu den grundsätzlichen gehört die Frage, ob die Regelung verfassungskonform ist. Sie verstößt möglicherweise gegen das Verbot der Ausbürgerung (Art. 16 Abs.1 S.1 GG). Dagegen lässt sich allerdings einwenden, dass es ja jedem Optionskind frei stehe, sich für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Der Verlust träte also durch eigenes Tun ein und sei somit nicht ver-

ZAHLE DER OPTIONSPLICHTIGEN JUGENDLICHEN PRO JAHR ENTWICKLUNG BIS 2026



Aus: »Demokratie fördern – Vielfalt leben«, IG Metall Vorstand (Hg.), 2012

»SO RICHTIG GEHÖRE ICH NICHT DAZU«

Selma und Maria-José haben Eltern, die vor vielen Jahrzehnten nach Deutschland eingewandert sind. Sie selbst aber sind in Deutschland geboren. Wie ihre Klassenkameraden im Gymnasium haben sie daher einen deutschen Pass. Sie fühlen sich als gleichberechtigte Teile der Gesellschaft. Ganz selbstverständlich diskutieren sie in der Abiturklasse, wen sie bei der nächsten Bundestagswahl wählen werden; denn sie halten es für wichtig, Einfluss zu nehmen und dürfen zum ersten Mal wählen. Kurz vor ihrem 18. Geburtstag wurden ihnen die Wahlunterlagen zugeschickt.

Kurz danach erreicht Selma ein behördliches Schreiben, das sie vor eine »Wahl« ganz anderer Art stellt. Bisher dachte sie, sie wäre Deutsche ohne Wenn und Aber. Das Schreiben aber zeigt ihr, dass das so nicht stimmt. Wenn sie nicht erkläre, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten wolle und die türkische aufgeben – ihre Eltern kommen beide aus der Türkei – werde sie die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verlieren. Selma ist reichlich verstört. Als Signal kommt bei ihr an: »So richtig gehöre ich nicht dazu.« Sie fühlt sich diskriminiert und abgelehnt. Eine Frage, an die sie nie gedacht hat, stellt sich ihr erstmals: Soll sie Staatsangehörige eines Staates bleiben, der ihre Zugehörigkeit mit einem dicken Fragezeichen versieht? Auch Maria-José hat zwei Staatsangehörigkeiten, die chilenische und die deutsche. Sie erhält die Aufforderung, sich zu entscheiden, allerdings nicht. Weil nur ihre Mutter aus Chile kommt, ihr Vater aber Deutscher ist.

Aus: Interkultureller Rat in Deutschland und IG Metall Vorstand (Hrsg.): Demokratie fördern – Vielfalt leben. Neue Perspektiven für mehr politische Partizipation



Die Broschüre können Sie unter www.interkultureller-rat.de downloaden.

■ BAGFW (Hg.), **Die Optionspflicht in der Beratungsarbeit**, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 2012, Download unter: <http://www.caritas.de>

■ BAMF (Hg.), **Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen**, Nürnberg 2012, Download unter: <http://www.bamf.de>

■ Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.), **Das staatsangehörigkeitsrechtliche Optionsverfahren** Berlin Juni 2012, Download unter: <http://www.bundesregierung.de>

»ICH GEHE, WENN MAN MICH HIER NICHT HABEN WILL«

 Serhat ist 21 Jahre alt und in Frankfurt am Main geboren. Weil seine aus der Türkei eingewanderten Eltern im Jahr 2000 einen Antrag nach § 40b Staatsangehörigkeitsrecht gestellt haben, besitzt er die deutsche und die türkische Staatsangehörigkeit.

Er studiert im 2. Semester Jura und arbeitet neben dem Studium als offizieller Gästeführer seiner Heimatstadt. Immer wieder, erzählt er mit verhaltenem Lächeln, wird er nach Führungen durch seine Stadt dafür »gelobt«, wie gut er Deutsch spricht, und gefragt, wo er herkommt.

Die Post, die er vor drei Jahren erhielt, traf ihn daher wie ein Blitz aus heiterem Himmel. »Ich habe erst durch ein Behördenschreiben erfahren, dass ich optionspflichtig bin«, sagt er. »Meine Eltern hatten zwar damals einen Antrag gestellt, wussten aber nicht, was das für mich nach meinem 18. Lebensjahr konkret bedeutet.«

Serhat ist der Türkei über seine Familie und viele Urlaube eng verbunden. Er hat es nach eigenen Angaben immer sehr genossen, mit seiner Familie die Sommerferien auf dem Land in der Türkei zu verbringen. Zu Hause aber hat er sich ganz selbstverständlich in Frankfurt gefühlt, wo seine Eltern und seine Freunde leben, er aufgewachsen und zur Schule gegangen ist. »Meine deutschen und meine türkischen Wurzeln gehören zusammen und machen mich als Person aus«, betont er. »Sie sind so miteinander verwachsen, dass ich sie gar nicht trennen kann, selbst wenn ich es wollte.«

Als er mit 18 Jahren aufgefordert wurde, sich zwischen der deutschen und der türkischen Staatsangehörigkeit zu entscheiden, war das ein Schock. Das Gefühl, ganz selbstverständlich ein Teil von Deutschland zu sein, wurde zutiefst erschüttert. »Ich verstehe das als Forderung, mir die eine Hälfte meiner Identität wegzureißen und nur mit der anderen Hälfte zurechtkommen«, unterstreicht er. »Aber das kann ich nicht, ohne nicht mehr der zu sein, der ich bin.«

Außerdem findet er es ungerecht, dass man von ihm wegen seiner türkischen Staatsangehörigkeit etwas verlange, was vielen seiner Freunde und Kommilitonen aus Ländern wie Tunesien oder Spanien nicht zugemutet werde. »Die dürfen Deutsche bleiben und ihre Staatsangehörigkeiten einfach behalten.«

Serhat hat bisher auf das Schreiben der Behörde nicht geantwortet. Er hofft darauf, dass die Optionspflicht abgeschafft wird und er hier dauerhaft mit der deutschen und der türkischen Staatsangehörigkeit leben kann. Für ihn ist das eine Frage, die auch über seinen weiteren Lebensweg mitbestimmt: Denn er würde nach dem Studium gerne in Deutschland bleiben und arbeiten. »Wir brauchen hier dringend gut ausgebildete Juristen. Und ich könnte ein Vorbild und Beispiel für viele Migranten sein, denen es schwer fällt, ihren Platz in Deutschland zu finden«, glaubt er.

Er kann sich aber auch eine Zukunft in der Türkei vorstellen, wenn man »mich hier nicht so haben will, wie ich bin«.

■ Aus: Interkultureller Rat in Deutschland und IG Metall Vorstand (Hrsg.): **Demokratie fördern – Vielfalt leben. Neue Perspektiven für mehr politische Partizipation**

boten. Wichtiger als diese rechtliche Frage, die nur das Bundesverfassungsgericht klären kann, ist die emotionale Seite der Regelung: Sie wird von vielen als ungerecht empfunden.

Als Begründung des Optionszwangs dient das Ziel, Mehrstaatigkeit zu vermeiden. Ein Ziel das mittlerweile aber keine völkerrechtliche Priorität mehr hat: Mit dem 2005 für Deutschland in Kraft getretenen Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. November 1997 bleibt es Deutschland überlassen, ob es Mehrstaatigkeit vermeiden will. Die Statistik zeigt seit Jahren, dass die Vermeidung von Mehrstaatigkeit nicht mehr der Realität entspricht: Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit, ohne dass sich daraus nennenswerte Probleme ergeben. Dazu gehören als größte Gruppen Spätaussiedler/innen und ihre Familienangehörigen, die neben der deutschen meist auch die Staatsangehörigkeit des Staates haben, in dem sie zuletzt angesiedelt waren. Weiter Kinder, die in deutsch-ausländischen Familien geboren wurden. Mittlerweile wird Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung in der Mehrzahl der Fälle hingenommen: 2011 erfolgten 50 Prozent aller Einbürgerungen unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Bei EU-Bürger/innen lag die Quote bei 96,7 %, Nordamerikaner/innen lagen bei 90 %, wohingegen Staatsangehörige der EU-Kandidatenländer einschließlich Kroatien und Türkei nur auf 26 % kamen (Statistisches Bundesamt. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Einbürgerungen 2011).

Vor diesem Hintergrund von einem Teil der Optionskinder zu verlangen, dass sie sich anders als die Angehörigen der genannten Gruppen und anders als die Optionskinder, denen die doppelte Staatsangehörigkeit zugestanden wird, entscheiden müssen, verstößt eventuell gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes. Sicher verstößt es gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Betroffenen. Die Mehrheit von ihnen will sich nicht entscheiden müssen, auch wenn wohl eine Mehrheit für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren wird. Diese Wahl steht unter dem Manko, dass sie aus Vernunftgründen fällt und nicht aus einem Gefühl der Zugehörigkeit. Denn wie soll sich ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln, wenn diesen

jungen Deutschen signalisiert wird, dass sie nur Deutsche auf Zeit sind, Deutsche zweiter Klasse.

Ein praktisches Problem des Optionsmodells ist, dass viele Betroffene nicht wissen, dass sie unter die Optionspflicht fallen. Das wird ihnen erst bewusst, wenn sie das entsprechende Schreiben seitens der zuständigen Behörde erhalten, in dem sie aufgefordert werden, sich zu entscheiden. Die Behördenschreiben sind oft nicht so verfasst, dass sie verstanden werden. Der Behördenkontakt wird – auch aus diesem Grund – oft so lang wie möglich gemieden. Teilweise wird nach dem ersten Behördenschreiben aber auch auf weitere Schritte der Behörde gewartet. Notwendige eigene Verfahrensschritte

unterbleiben deswegen. Oft bestehen Unsicherheiten und Fehlinformationen vor allem bezüglich der Fristen, die es einzuhalten gilt, sowie generell zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft. Zu diesen Fehlinformationen gehört insbesondere, dass EU-Bürger/innen und Schweizer keinen Antrag stellen müssen, um beide Staatsangehörigkeiten behalten zu dürfen. Auf Grund dieser Informationsdefizite besteht das Risiko, dass künftig eine erhebliche Zahl die deutsche Staatsangehörigkeit verliert, ohne dies gewollt zu haben.

Neben der politischen Frage über Sinn und Nutzen bzw. über die ausgrenzende Wirkung der Optionspflicht stellt sich also die Frage, wie die Betroffenen besser erreicht und informiert werden

können. Damit diese jungen Menschen mit der Staatsangehörigkeit nicht auch die Möglichkeit verlieren, durch politische Teilhabe zu einem Bewusstseinswandel beizutragen: Deutschsein ist keine Frage der Abstammung, sondern im besten Fall der Zugehörigkeit. Und ausgrenzende Kampagnen bringen in Wahlkämpfen keine Stimmen.

■ Dr. Elke Tießler-Marenda ist Referentin beim Deutschen Caritasverband im Referat Migration und Integration.

■ Kontakt:
Dr. Elke Tießler-Marenda
elke.tiessler-marenda@caritas.de

»URSACHEN FÜR FLUCHT SIND FAST IMMER MENSCHENGEMACHT«

BISCHOF NORBERT TRELLE ZUM UMGANG MIT ASYLBEWERBERN

Im Herbst 2012 einigten sich die Bundesländer auf höhere Sätze für Asylbewerber – für den Hildesheimer Bischof Norbert Trelle, der in der katholischen Deutschen Bischofskonferenz für Migrationsfragen zuständig ist, ein längst überfälliger Schritt. Der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz sprach im August 2012 im Interview mit Sabine Kleyboldt von der Katholischen Nachrichten-Agentur über die Situation von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen, über Flucht-Ursachen und persönliche Erfahrungen mit dem Thema.

Herr Bischof, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz vom Juli haben sich jetzt die Bundesländer darauf geeinigt, dass Flüchtlinge künftig mehr Geld erhalten. Wie bewerten Sie das?

Trelle: Die Kirchen haben das Asylbewerberleistungsgesetz schon seit seiner Verabschiedung 1993 kritisiert. Es dient eher der Abschreckung als der angemessenen Versorgung von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen. Ich bin froh, dass das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt hat, dass der Maßstab für die Leistungen die Menschenwürde und das soziale Existenzminimum sind und eine migrationspolitisch motivierte Relativierung nicht zulässig ist. Dennoch diskriminiert vor allem das Sachleistungsprinzip die Flüchtlinge weiterhin.

Daher sollte der Gesetzgeber Asylbewerber mit anderen Sozialhilfeempfängern gleichstellen und das umstrittene Gesetz abschaffen.

Auch sollen Asylbewerber, deren Verfahren länger dauert als wenige Monate, leichter Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten ...

Das ist erfreulich. So können sie den Vorwurf, sie lebten ausschließlich von Sozialleistungen, entkräften. Mindestens genauso wichtig ist aber, sie nicht zu einer langen Untätigkeit zu verdammen, während der ihre Potenziale und Fähigkeiten brachliegen – Arbeit ist für den Menschen auch sinnstiftend. Auch wird für diejenigen, die in Deutschland bleiben können, eine spätere Integration erleichtert, wenn sie eher Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

Wo sehen Sie derzeit Schwachpunkte im deutschen Asylrecht?

Im internationalen Vergleich verfügen wir in Deutschland über ein gutes rechtliches Instrumentarium und angemessene Verwaltungsstrukturen, um Asylbegehren zu prüfen und Schutzbedürftigen Asyl zu gewähren. Zwei wichtige Kritikpunkte möchte ich dennoch nennen: Das deutsche Asylsystem ist eingebunden in das europäische System. Ein großer Schwachpunkt dieses Systems ist die Gefahr, dass auch legitime Asylbegehren nicht vorgetragen werden können. Viele Flüchtlinge werden bereits an den Außengrenzen der EU abgewiesen.

Die Asylsysteme in einigen Grenzstaaten wie Griechenland oder Italien sind überlastet und unzureichend. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Auch bei der Kooperation mit den Nachbarstaaten der EU in Osteuropa und Nordafrika ist bislang die Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards trotz gegenteiliger Versicherungen der EU keinesfalls gesichert.

Wie sollte man mit sogenannten lang-jährig Geduldeten umgehen, die zwar keinen offiziellen Asylstatus haben, aber dennoch nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können?

Hier ist in den letzten Jahren in Deutschland einiges in Bewegung gekommen. Vor allem für die Jugendlichen mit guter Integrationsperspektive gibt es endlich eine Chance auf einen Aufenthaltstitel. Es wäre dringend notwendig, auch für Erwachsene ähnliche Regelungen zu schaffen. Und wir dürfen auch diejenigen nicht vergessen, die unverschuldet die wirtschaftlichen Anforderungen der bisherigen Altfallregelungen nicht erfüllen können. Gerade alte, kranke oder traumatisierte Menschen brauchen Sicherheit über ihren Aufenthaltsstatus. Eine angemessene Berücksichtigung dieser humanitären Aspekte sehe ich bisher nicht.

Werden die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen durch die internationale Politik ausreichend in den Blick genommen?

In der Tat ist es so, dass die Ursachen für Flucht fast immer menschen gemacht sind. Offensichtlich ist das bei Kriegen, auch Bürgerkriegen, wie das

Beispiel Syrien gerade wieder in beklemmender Weise zeigt. Aber auch weniger dramatische innere Konflikte oder Korruption und Vetterwirtschaft behindern eine positive Entwicklung in vielen Staaten. In Verbindung mit Ernteausfällen durch Wetterschwankungen und Klimawandel kommt es – wie im Sudan – zu Hungersnöten, die unter besseren Umständen vermeidbar wären.

Auch die Industriestaaten stehen in der Verantwortung: Sie müssen den Klimawandel, dessen Folgen viele Entwicklungsländer härter treffen als die Verursacher, konsequenter bekämpfen. Auch wäre eine gerechte Handels- und Wirtschaftspolitik notwendig, die eine wirtschaftliche Entwicklung fördert und Menschen einen Weg aus der Armut ermöglicht. Hier vermisste ich bisher weitgehend glaubwürdige Politikansätze.

Gerade wenn es um das Thema Flüchtlinge geht, beziehen Sie klar Position. Warum ist Ihnen das Thema so wichtig?

Schon als Weihbischof in Köln gehörte die Seelsorge für Migranten zu meinen Aufgaben als Bischof. In vielen persön-

lichen Begegnungen habe ich erfahren, wie sehr die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen das Leben der Menschen prägen. Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gehören nun einmal zusammen. Ich habe mich sehr gefreut, dass das Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz in aller Klarheit festgestellt hat: Menschenwürde darf nicht aus migrationspolitischen Gründen relativiert werden. Dieser Satz gilt für alle Bereiche des Lebens. Er beschreibt gut, was mich beim Thema Migration bewegt.

Gibt es persönliche Bezüge aus Ihrer Biografie heraus?

Ja, ich fühle mich mit dem Schicksal von flüchtenden Menschen seit meiner Kindheit emotional stark verbunden, da die Erzählungen meiner Mutter von ihrer Flucht im Januar 1945 – sie hat dies kurz vor ihrem Tod auch schriftlich festgehalten – sich mir tief und unvergesslich eingeprägt haben.

© 2012 KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH – Alle Rechte vorbehalten



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2013

Postkarte:

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €. Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Plakat DIN A3, A2:

Dieses Motiv ist auch als Plakat im Format DIN A3 und DIN A2 erhältlich. Im unteren Drittel des Plakates ist Platz zum Eindruck Ihrer Veranstaltungen.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

MIGRATION – PILGERWEG DES GLAUBENS UND DER HOFFNUNG

BOTSCHAFT VON PAPST BENEDIKT XVI.

Die Katholische Kirche weltweit begeht jedes Jahr am 2. Sonntag im Januar den Welttag der Migranten und Flüchtlinge. In diesem Jahr hat der emeritierte Papst Benedikt XVI. seine Botschaft für diesen Tag dem Thema Migration als Pilgerweg des Glaubens und der Hoffnung gewidmet. Die Botschaft wurde am 12. Oktober 2012 veröffentlicht.

In Deutschland wird der Welttag der Migranten und Flüchtlinge regelmäßig im Rahmen der Interkulturellen Woche begangen, in diesem Jahr am 27. September 2013.

Liebe Brüder und Schwestern!

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil hat in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* daran erinnert, dass »die Kirche den Weg mit der ganzen Menschheit gemeinsam« geht (Nr. 40). Denn »Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände« (ebd., 1). ...

In meiner Enzyklika *Caritas in veritate* lag mir daran, in einer Linie mit meinen Vorgängern darzulegen, dass »die ganze Kirche, wenn sie verkündet, Eucharistie feiert und in der Liebe wirkt, in all ihrem Sein und Handeln darauf ausgerichtet ist, die ganzheitliche Entwicklung des Menschen zu fördern« (Nr. 11). Dabei bezog ich mich auch auf die Millionen von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Gründen die Erfahrung der Migration machen. Tatsächlich bilden die Migrationsströme ein Phänomen, das einen erschüttert »wegen der Menge der betroffenen Personen, wegen der sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Probleme, die es aufwirft, wegen der dramatischen Herausforderungen, vor die es die Nationen und die internationale Gemeinschaft stellt« (ebd., 62), denn »jeder Migrant ist eine menschl-

che Person, die als solche unveräußerliche Grundrechte besitzt, die von allen und in jeder Situation respektiert werden müssen« (ebd.).

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Welttag des Migranten und des Flüchtlings 2013 dem Thema »Migration – Pilgerweg des Glaubens und der Hoffnung« widmen. ...

Tatsächlich bilden Glaube und Hoffnung im Herzen so vieler Migranten ein untrennbares Wortpaar, denn in ihnen lebt der Wunsch nach einem besseren Leben, oft auch vereint mit dem Versuch, die »Verzweiflung« darüber hinter sich zu lassen, dass es ihnen verwehrt ist, sich eine Zukunft aufzubauen. Gleichzeitig sind die Wege vieler vom tiefen Vertrauen getragen, dass Gott seine Geschöpfe nicht im Stich lässt, und dieser Trost lässt die Wunden der Entwurzelung und der Trennung erträglicher werden, vielleicht in der geheimen Hoffnung einer zukünftigen Rückkehr an ihren Herkunftsort. Glaube und Hoffnung finden sich daher häufig im Gepäck derer, die in dem Bewusstsein auswandern, dass wir durch sie »unsere Gegenwart bewältigen können: Gegenwart, auch mühsame Gegenwart, kann gelebt und angenommen werden, wenn sie auf ein Ziel zu führt und wenn wir dieses Ziels gewiss sein können; wenn dies Ziel so groß ist, dass es die Anstrengung des Weges rechtfertigt« (Enzyklika *Spe salvi*, 1).

In dem weiten Gebiet der Migrationen entfaltet sich die mütterliche Fürsorge der Kirche in verschiedene Richtungen. Einerseits sieht sie die Migrationen unter dem vorherrschenden Aspekt der Armut und des Leidens, der nicht selten Dramen und Tragödien hervorruft. Hier geht es um konkrete Hilfsmaßnahmen, um die zahlreichen Notsituationen abzuwenden durch den großzügigen Einsatz von Einzelnen und Gruppen, von Organisationen Freiwilliger und von Bewegungen, von Einrichtungen der Pfarrgemeinden und der Diözesen in Zusammenarbeit mit Menschen, die guten Willens sind. Andererseits versäumt es die Kirche aber auch nicht, die positiven Aspekte hervorzuheben, das Potential und die Ressourcen, die die Migrationen mit sich bringen. In dieser Richtung nehmen dann die Maßnahmen für eine Aufnahme, die eine volle Eingliederung der Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge in das neue soziokulturelle Umfeld fördern und begleiten, konkrete Form an. Dabei wird die religiöse Dimension nicht vernachlässigt, die für das Leben eines jeden Menschen wesentlich ist. Eben dieser Dimension hat die Kirche entsprechend der Sendung, die ihr Christus anvertraut hat, besondere Aufmerksamkeit und Sorge zu widmen: Dies ist ihre wichtigste und ganz spezifische Aufgabe. Gegenüber den Christen aus verschiedenen Teilen der Welt umfasst die Beachtung der religiösen Dimension auch den ökumenischen Dialog und die Begleitung der neuen Gemeinschaften. Gegenüber den katholischen Gläubigen drückt sie sich unter anderem darin aus, neue seelsorgerische Strukturen zu schaffen und die unterschiedlichen Riten zur Geltung kommen zu lassen bis hin zu einer vollen Beteiligung am Leben der örtlichen Kirchengemeinden. ...



© KNA-Bild

Die Kirche und die verschiedenen Einrichtungen, die mit ihr verbunden sind, sind dazu aufgerufen, Migranten und Flüchtlingen gegenüber die Gefahr einer bloßen Sozialhilfe zu vermeiden, um eine echte Integration in eine Gesellschaft zu fördern, in der alle aktive Mitglieder sind, jeder für das Wohl des anderen verantwortlich ist und großzügig einen eigenständigen Beitrag leistet und alle bei vollem Heimatrecht die gleichen Rechte und Pflichten teilen. Auswanderer hegen Gefühle des Vertrauens und der Hoffnung, die ihre Suche nach besseren Lebenschancen beleben und stärken. Doch suchen sie nicht nur eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation. Es trifft zwar zu, dass die Auswanderung oft mit Angst beginnt, vor allem, wenn Verfolgung und Gewalt zur Flucht zwingen, verbunden mit dem Trauma der Trennung von der Familie und der eigenen Habe, die bis zu einem gewissen Grade das Überleben sicherstellte. Dennoch zerstören das Leid, der enorme Verlust und mitunter ein Gefühl der Entfremdung angesichts einer unsicheren Zukunft nicht den Traum, sich voller Hoffnung und Mut in einem fremden Land eine neue Existenz aufzubauen. Wer auswandert, hegt in Wahrheit das Vertrauen, Aufnahme und solidarische Hilfe zu finden sowie Menschen anzutreffen, die für die Entbehrungen und die Tragödie ihrer Mitmenschen Verständnis auf-

bringen, aber auch die Werte und Fähigkeiten, die diese mit sich bringen, anerkennen und bereit sind, Menschlichkeit und materielle Güter mit denen zu teilen, die bedürftig und benachteiligt sind. In der Tat muss man festhalten: »Die Solidarität aller, die etwas Wirkliches ist, bringt für uns nicht nur Vorteile mit sich, sondern auch Pflichten« (Enzyklika *Caritas in veritate*, 43). Migranten und Flüchtlinge können neben den Schwierigkeiten auch neue und gastfreundliche Beziehungen erleben, die ihnen Mut machen, mit ihren beruflichen Kenntnissen und ihrem soziokulturellen Erbe zum Wohlstand des Gastlandes beizutragen und oft auch mit ihrem Glaubenszeugnis, das den Gemeinden alter christlicher Tradition Auftrieb gibt, zur Begegnung mit Christus ermutigt und dazu einlädt, die Kirche kennenzulernen.

Natürlich hat jeder Staat das Recht, die Migrationsströme zu lenken und eine Politik umzusetzen, die von den generellen Bedürfnissen des Gemeinwohls bestimmt wird, dabei aber immer die Achtung der Würde jedes Menschen gewährleistet. Das Recht der Person auszuwandern gehört – wie die Konzilskonstitution *Gaudium et spes* unter der Nr. 65 in Erinnerung bringt – zu den Grundrechten des Menschen. Jeder ist berechtigt, sich dort niederzulassen, wo er es für günstiger hält, um seine Fähigkeiten, Ziele und Projekte besser

zu verwirklichen. Vor dem derzeitigen soziokulturellen Hintergrund muss jedoch noch vor dem Recht auszuwandern – das heißt, in der Lage zu sein, im eigenen Land zu bleiben – bekräftigt werden, um mit dem seligen Johannes Paul II. zu wiederholen, dass »das erste Recht des Menschen darin besteht, in seiner eigenen Heimat zu leben. Dieses Recht wird aber nur dann wirksam, wenn die Faktoren, die zur Auswanderung drängen, ständig unter Kontrolle gehalten werden« (Ansprache an den IV. Weltkongress der Migration, 1998). Heute können wir feststellen, dass die Migrationen häufig als Folge von wirtschaftlicher Unsicherheit, vom Mangel an Grundgütern, von Naturkatastrophen, von Kriegen und sozialen Unruhen auftreten. Statt eines Unterwegsseins, das von Vertrauen, Glauben und Hoffnung getragen ist, wird das Auswandern dann zu einem Leidensweg, um zu überleben, auf dem die Männer und Frauen eher als Opfer, denn als verantwortlich Handelnde in den Angelegenheiten ihrer Auswanderung erscheinen. Während es Migranten gibt, die eine gute Position erreichen und ein angemessenes Leben führen aufgrund einer rechten Integration in die Umgebung, in der sie Aufnahme gefunden haben, gibt es so auch viele, die am Rande der Gesellschaft leben und zuweilen ausgebeutet und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt wer-

den oder aber Verhaltensweisen annehmen, die schädlich sind für die Gesellschaft, in der sie leben. Der Weg zur Integration umfasst Rechte und Pflichten, Achtung und Fürsorge den Migranten gegenüber, damit sie ein Leben in Würde führen können, verlangt aber Achtung auch von Seiten der Migranten gegenüber den Werten, die ihnen die Gesellschaft bietet, in die sie sich eingliedern.

In diesem Zusammenhang dürfen wir die Frage der illegalen Einwanderung nicht außer Acht lassen. Dieses Thema wird umso brisanter, wenn sie in Gestalt von Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen auftritt, wobei Frauen und Kinder besonders gefährdet sind. Diese Schandtaten müssen nachdrücklich verurteilt und bestraft werden, während andererseits eine Regelung der Migrationsströme – diese darf sich jedoch weder auf eine her-

metische Schließung der Grenzen beschränken, noch auf eine Verschärfung der Sanktionen gegen die illegalen Einwanderer oder auf die Anwendung von Maßnahmen zur Abschreckung neuer Einreisen – für viele Migranten die Gefahr zumindest begrenzen könnte, dass sie Opfer des genannten Menschenhandels werden. Tatsächlich sind insbesondere planmäßige und multilaterale Eingriffe in den Herkunftsländern erforderlich, wirksame Gegenmaßnahmen, um den Menschenhandel zu bezwingen, einheitliche Programme für die Ströme legaler Einwanderung sowie eine größere Bereitschaft, Einzelschicksalen Rechnung zu tragen, die neben politischem Asyl auch Eingriffe zum Schutze der Person erfordern. Zu den angemessenen Regelungen muss eine geduldige und fortgesetzte Arbeit hinzukommen, um die Mentalität und das Gewissen zu bilden. In all dem ist es wichtig, die einvernehmlichen Bezie-

hungen und die Zusammenarbeit zwischen den kirchlichen Einrichtungen und den Institutionen, die im Dienste einer ganzheitlichen Entwicklung des Menschen stehen, zu verstärken und weiterzuentwickeln. Nach christlicher Auffassung bezieht das soziale und humanitäre Engagement seine Kraft aus der Treue zum Evangelium in dem Bewusstsein, dass, »wer Christus, dem vollkommenen Menschen, folgt, auch selbst mehr Mensch wird« (*Gaudium et spes*, 41).

Liebe Brüder und Schwestern Migranten, dieser Welttag möge euch helfen, euer Vertrauen und eure Hoffnung auf den Herrn zu erneuern, der immer an unserer Seite steht. Lasst euch die Gelegenheit nicht entgehen, ihm zu begegnen und sein Angesicht in den Gesten der Güte zu erkennen, die ihr im Laufe eures Unterwegsseins empfangt. Freut euch, denn der Herr ist euch nahe, und gemeinsam mit ihm könnt ihr alle Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden und das Zeugnis der Offenheit und der Aufnahme beherzigen, das so viele Menschen euch geben. Das Leben ist nämlich »wie eine Fahrt auf dem oft dunklen und stürmischen Meer der Geschichte, in der wir Ausschau halten nach den Gestirnen, die uns den Weg zeigen. Die wahren Sternbilder unseres Lebens sind die Menschen, die recht zu leben wussten. Sie sind Lichter der Hoffnung. Gewiss, Jesus Christus ist das Licht selber, die Sonne, die über allen Dunkelheiten der Geschichte aufgegangen ist. Aber wir brauchen, um zu ihm zu finden, auch die nahen Lichter – die Menschen, die Licht von seinem Licht schenken und so Orientierung bieten auf unserer Fahrt« (*Enzyklika Spe salvi*, 49).

...

Benedictus PP. XVI
zum 99. Welttag des Migranten
und Flüchtlings 2013

■ Leicht gekürzte Fassung.
Den vollständigen Text finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de

50 JAHRE GRIECHISCH-ORTHODOXE METROPOLIE VON DEUTSCHLAND

■ Zu den Initiatoren und Trägern des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche gehört seit dem Entstehen im Jahre 1975 die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland, die erste »Migrantenkirche«, die den Mut gefunden hat, engagiert in diesen Dialog-Prozess einzusteigen und Verantwortung zu übernehmen. Eine der ersten Sitzungen des Ausschusses fand in der Geschäftsstelle der Metropole in Bonn statt. Aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung der Metropole hat Metropolit Augoustinos eine Botschaft veröffentlicht. Zu Ehren dieses Jubiläums drucken wir einen Auszug aus dieser Botschaft ab:

»Mit diesem Schreiben möchte ich dem Herrn der Herrlichkeit dafür danken, dass er es möglich gemacht hat, dass aus Bitterem Süßes wurde und aus Migranten gleichberechtigte Bürger, und dass wir weiterhin Zeugnis von unserem orthodoxen Glauben im Herzen Europas ablegen können. Ich möchte Euch allen von Herzen aufrichtig danken, die Ihr von der ersten Stunde an bis heute in diesem Weinberg des Herrn in Deutschland mitgewirkt und moralische und materielle Unterstützung gewährt habt. Einen besonderen Dank schulde ich auch unseren Schwesterkirchen in diesem Land dafür, dass sie uns tatkräftig zur Seite gestanden haben: mit Gebäuden, mit Geld, mit Rat und Tat. Ich bete für die gottgefälligen Seelen derer, die nicht mehr unter uns weilen und ihre Ruhe in heimischer Erde oder auf den Friedhöfen unserer neuen Heimat gefunden haben. Ich bitte Gott und bete zu ihm, dass er die nunmehr gelegten Grundlagen unserer Kirche in Deutschland segne, damit sie bewahrt bleibe, wachse und stets ein Zufluchtsort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe für jedes ihrer Glieder und für jeden Menschen guten Willens bleibe. In Zeiten der Entheiligung und der Gottverlassenheit möge sie die Schönheit der Heiligkeit, die verwandelnde Kraft der christlichen Liebe und Solidarität, die Wertschätzung der menschlichen Person und den Sinn des Lebens in Erinnerung rufen und schenken.

Das Geheimnis unserer orthodoxen kirchlichen Überlieferung war stets die Mitmenschlichkeit, die Offenheit, das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft besonders gegenüber dem ohnmächtigen und gefallenen Nächsten. Es ist mein Wunsch, dass wir den fünfzigsten Jahrestag der Gründung unserer Metropole in diesem Geist feiern.«

■ Den Volltext finden Sie unter: www.orthodoxie.net

WER OFFEN IST, KANN MEHR ERLEBEN.

ASSOZIATIONEN ZUM MOTTO DER INTERKULTURELLEN WOCHEN 2013

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

1. DAS MOTTO

Das Motto propagiert Offenheit. Man fragt sich sofort: Offenheit wofür? Und: Wer ist so verschlossen, dass ihm Öffnung gut täte? Das Plakat mit der Backsteinwand, in die jemand ein großes Loch geschlagen hat, gibt die Antwort. Es geht um eine Öffnung der Köpfe, gegen rassistische Weltbilder.

Rassismus entsteht im Kopf, in der Tat. Wer nicht so ist wie wir, der ist minderwertig. Das ist der Grundsatz des Rassisten. Wer eine andere Hautfarbe hat, wer aus einem anderen Volk stammt, wer anders aussieht als wir, der ist nicht wert, als Mensch behandelt zu werden. Unsere Rasse ist die einzig wahre, wir haben das Recht zu herrschen, die Anderen sind geboren, um Sklaven zu sein.

Die Angst vor dem Fremden ist ein Gefühl, das zum Menschsein dazugehört. Jedes Kind hat eine Zeit, in der es »fremdelt«, wie es im Deutschen so schön heißt. Der bloße Anblick eines fremden Menschen genügt, und das Kind gerät in Panik. Vertrauen hat es nur in die, die es kennt: Mama, Papa, die Geschwister.

Rassismus ist Fremdeln unter Erwachsenen. Er ist ein untrügliches Zeichen einer unreifen Kultur, die noch nicht gelernt hat, was jedes Kind in den ersten Jahren lernt: Dass auch Fremde freundliche Menschen sein können, dass ich auch Anderen vertrauen kann.

In Deutschland haben wir seit dem Ende des Krieges eine Rechtsordnung, die den Rassismus entschlossen hinter sich lässt. »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«, heißt es in Artikel 3 unseres Grundgesetzes. »Niemand darf wegen seiner Rasse benachteiligt oder bevorzugt werden.« Damit ist nach

vielen Irrungen der europäischen Geschichte und den Gräueltaten der Nazi-Zeit zu geltendem Recht geworden, was Jesus seine Anhänger mit der Geschichte vom barmherzigen Samaritaner gelehrt hat: Wir Menschen sind untereinander »Nächste«, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe und Religion (Lk 10,29–37).

2. BIBLISCHE ASSOZIATIONEN

2.1. Barbaren in der Bibel

Wenig ist nötig, damit eine rassistische Weltsicht entstehen kann. Schon die Antike kannte Rassismus bzw. »Proto-Rassismus«, wie Benjamin Isaac die frühen Formen des Rassismus genannt hat (The invention of racism in classical antiquity, Princeton 2004).

Spuren der Entstehung eines proto-rassistischen Weltbilds finden sich auch in der Bibel. Einer der Begriffe, die im Zentrum des antiken Rassismus stehen, ist der Begriff des »Barbaren« (griechisch bárbaros). Der lautmalerische Begriff bezeichnet in seiner Grundbedeutung den nicht Griechisch sprechenden Mann, von daher den »Nicht-Griechen«, den »Eingeborenen«, den Fremden, Unzivilisierten, Wilden.

In der Bibel steht das Wort dreizehn Mal, zwei Mal in der griechischen Übersetzung des Alten Testaments, fünf Mal in den Makkabäerbüchern und sechs Mal im Neuen Testament (Apg 28,2,4; Röm 1,14; 1Kor 14,11 [2x]; Kol 3,11).

Besonders interessant sind die beiden Texte in der griechischen Übersetzung des Alten Testaments. Ps 114,1 verwendet das Wort in seiner neutralen Grundbedeutung, als Bezeichnung für ein Volk, das eine für Hebräer unver-

ständliche Sprache spricht (das »stammelnde Volk«, Buber/Rosenzweig; hebräisch am loez, Luther: das »fremde« Volk). Die griechische Übersetzung von Ez 21,36 hingegen sagt »barbarisch«, wo in der hebräischen Bibel von »dummen«, »rohen« (Luther), »viehischen« Männern die Rede ist (Buber/Rosenzweig; hebräisch anaschim boarim; vgl. 2Makk 4,25; 5,22; 10,4, wo »barbarisch« die Bedeutung »wild« hat).

Kombiniert man beide Bedeutungen, ist es nur ein kleiner Schritt hin zu einem proto-rassistischen Weltbild: Das Volk, das eine fremde Sprache spricht, ist ein wildes, ein unzivilisiertes Volk, es ist dumm und roh, kein Kulturvolk wie wir. Wohl gemerkt: das Alte Testament ist weit davon entfernt, diesen Schluss zu ziehen. Aber sein griechischer Text ist ein Zeuge der allgemeinen Entwicklung, die zu solchen Weltbildern geführt hat.

Von den neutestamentlichen Texten ist Kol 3,11 der wichtigste. Der Verfasser erweitert hier die aus Gal 3,28 und 1Kor 12,13 bekannte Liste der in Christus aufgehobenen Konstruktionen des Anderen um den »Barbaren«: »Da ist nicht mehr Grieche oder Jude, Beschnittener oder Unbeschnittener, Nichtgrieche (bárbaros), Skythe, Sklave, Freier, sondern alles und in allen Christus« (Luther). Mit heutigen Worten formuliert und um die Mann/Frau-Opposition aus Gal 3 ergänzt: Da ist nicht mehr Migrant oder Deutscher, nicht Geisttaufe oder Wassertaufe, nicht Ausländer, nicht Schwarzer, nicht Illegaler oder Staatsbürger, nicht Mann und Frau, sondern alles und in allen Christus. In der Kirche und einer von ihr gestalteten Gesellschaft hat Rassismus keinen Platz.

2.2. Die Proprien des Sonntags

Der vorgeschlagene Termin für die Eröffnung der Interkulturellen Woche ist Sonntag, der 22. September 2013, nach evangelischer Ordnung der 17. Sonntag nach Trinitatis, nach katholischer Ordnung der 25. Sonntag im Jahreskreis.

Der Zufall will es, dass das Evangelium des evangelischen Sonntags eine Geschichte erzählt, die aufs engste mit dem Thema der Interkulturellen Woche zusammenhängt. Es ist die Geschichte von der Begegnung Jesu mit der kanaanäischen Frau.

Mt 15,21–28

Jesus trifft in der Gegend von Tyrus und Sidon eine kanaanäische Frau. Als Jude will er mit ihr, die nicht zum Haus Israel gehört, nichts zu tun haben. Als sie ihn anfleht, ihr dennoch zu helfen, wehrt er sie mit harten Worten ab: »Es ist nicht recht, dass man den Kindern ihr Brot nehme und werfe es vor die Hunde.« Dann aber, als die Frau sich durch seine Ablehnung nicht beeindrucken lässt, hilft er ihr.

Der Text formuliert unverblümt, wie man in der Antike oftmals über Ausländer dachte. Sie sind wie die Tiere, »bestialische« Wesen, kaum wert, »Menschen« genannt zu werden. Auch Jesus

scheint diese Meinung anfangs zu teilen, und er wirft der Frau seinen beleidigenden Satz hart an den Kopf. Dann aber besinnt er sich eines Besseren und lässt sich auf die fremde Frau ein.

Dieser Sinneswandel wird zum Impuls für eine grundsätzliche Neuausrichtung, weg von der Beschränkung auf das Haus Israel (Mt 10,5–6; 15,24), hin zu allen Menschen. Am Ende des Matthäusevangeliums entsteht daraus der Auftrag, der für das entstehende Christentum konstitutiv geworden ist: Die Lehre Jesu und die Taufe auf seinen Namen sollen den nicht-jüdischen Völkern nicht vorenthalten werden. »Griechen«, »Barbaren«, »Heiden«, vorgeblich bestialische Kanaanäer – sie alle können von nun an Jüngerinnen und Jünger Jesu werden (Mt 28,19–20; dazu W. Reinbold, Zeitschrift für Theologie und Kirche 109, 2012, 176–205).

Im Licht der Interkulturellen Woche gelesen, klingt Mt 15,21–28 wie ein Kommentar zu ihrem Motto. »Wer offen ist, kann mehr erleben«: Er wird mit Menschen zu tun haben, die er bisher gemieden hat, wird andere Geschichten hören, neue Perspektiven entdecken. Wer offen ist für die, die üblicherweise als »die Anderen« gelten, wird viel von ihnen lernen, auch über sich selbst. Nicht zuletzt wird er und sie besser verstehen, was es heißt, dass Gott den Menschen zu seinem Bilde

geschaffen hat (1. Mose 1,27): Gott schafft nicht Juden oder Griechen oder Deutsche, sondern den einen Menschen, zum Bilde Gottes, als Mann und Frau.

Auch zwei der nach evangelischer Ordnung vorgesehenen Episteln lassen sich vorzüglich mit dem Thema der Interkulturellen Woche verbinden.

Röm 10,9–13

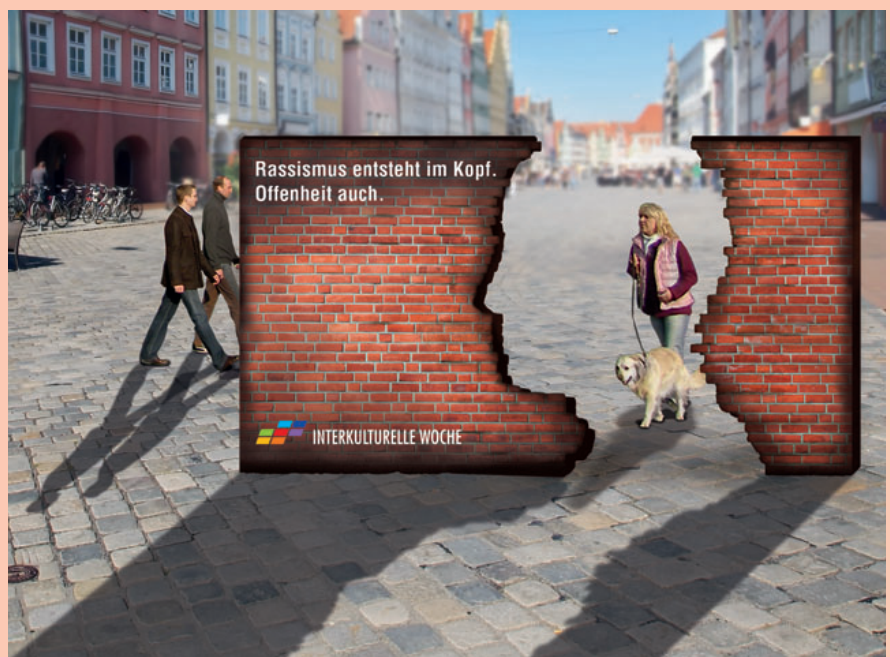
Vier mal hintereinander sagt Paulus wuchtig »jeder«, »alle« (griechisch *pas/pántes*). Jeder, der an Christus glaubt, wird nicht zugrunde gehen. Es ist kein Unterschied zwischen Juden und Griechen. Christus ist Herr über alle, reich für alle, die ihn anrufen. Jeder, der den Namen des Herrn anruft, wird gerettet.

Für diejenigen, die seinerzeit den Gegensatz zwischen »uns« und »den Anderen« aufrechterhalten wollten, waren die Worte des Apostels höchst anstößig. Das ist heute, wo der Gegensatz Jude/Griechen in der Kirche keine Rolle mehr spielt, nur über Umwege nachzuvollziehen. Bezieht man die Worte hingegen auf die Integrationsdebatte, ist das Anstößige sofort wieder da: Es ist hier kein Unterschied zwischen den eingeborenen und den eingebürgerten Deutschen, zwischen den Deutsch-Deutschen und den Türkisch-Deutschen, Russisch-Deutschen, Persisch-

PROJEKT-IDEE: INTERKULTURELLE WOCH – STELLWAND »MAUER«

■ Diese Idee zur baulichen Umsetzung des diesjährigen Plakatsmotivs der Interkulturellen Woche »Mauer« stammt von der Agentur Morgenstern & Kaes in Stuttgart. Gerne können Sie die Idee unter Verwendung des Logos der Interkulturellen Woche vor Ort umsetzen. Sie ist ebenfalls geeignet als Aktionsidee für Schulen, Ausbildungsbetriebe oder kirchliche Jugendgruppen bspw. innerhalb der Interkulturellen Woche. Bei einer Außenpräsentation ist bitte u.a. auf eine Kippicherung zu achten.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.interkulturellewoche.de



Deutschen (um mit neuen Begriffen zu sprechen, die analog dem amerikanischen Italo-American gebildet sind). Es ist eine Verfassung für alle, die gilt, das deutsche Grundgesetz. Wer sie für eine gute Grundlage hält, soll seine Talente hierzulande frei entfalten dürfen.

Eph 4,1–6

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat das Jahr 2013 zum »Jahr der Toleranz« erklärt, auf dem Weg hin zum Reformationsjubiläum 2017. Eph 4,2 formuliert einen der Grundsätze

der Toleranz: Ertragt einer den andern in Liebe!

Die Mahnung des Verfassers gilt zunächst einmal innerhalb der Kirche, dann aber auch für das Verhalten nach außen. Christinnen und Christen bilden keine geschlossene Gesellschaft, die sich in ihren Üblichkeiten verbarrikadiert. Sie bestehen nicht darauf, dass alle so sein müssen wie sie. Sie achten die Verschiedenheit (sofern sie ihrerseits für Toleranz eintritt). Christen und Christinnen setzen sich ein für ein respektvolles Miteinander, gegen Rassis-

mus, Antisemitismus und die Herabsetzung des Fremden.

■ Prof. Dr. Wolfgang Reinbold ist Beauftragter für Kirche und Islam im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

■ Kontakt:
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
reinbold@kirchliche-dienste.de
www.kirchliche-dienste.de/islam

LITURGISCHE BAUSTEINE

Die folgenden liturgischen Bausteine sind dem Materialheft »Ohne Ansehen der Person. Der Schutz vor Rassismus als menschenrechtliche Aufgabe«, herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2012, entnommen.

Eingangsgebet

Wo du bist, Gott,
zählen Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft nicht mehr.

Wo du wirkst, Gott,
leben Menschen und Kulturen in aller Verschiedenartigkeit
miteinander.

Wo du bleibst, Gott,
verlieren Angst, Vorurteile und Hochmut ihre Macht.

Darum lass uns, Gott,
immer wieder bei dir sein und mit dir leben.

Amen.

Vera Sabine Winkler (in: Heidi Rosenstock/Hanne Köhler, Du Gott, Freundin der Menschen. Neue Texte und Lieder für Andacht und Gottesdienst, Stuttgart (Kreuz Verlag) 1991, S. 106)

■ Das Heft kann kostenlos beim Kirchenamt der EKD bestellt werden. Kontakt: menschenrechte@ekd.de.

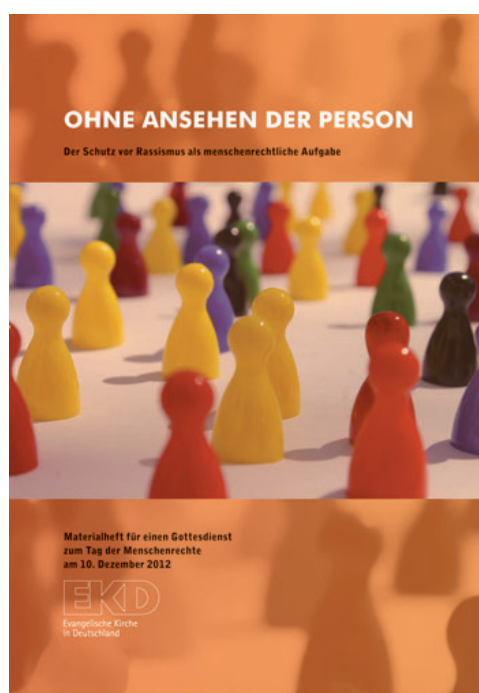
Im Internet steht es zum Download bereit unter:
http://www.ekd.de/download/tag_menschenrechte_2012.pdf

Schuldbekenntnis

Gott, du siehst mich und weißt wie es um mich steht.
Zu dir rufe ich: Vergib mir meine Schuld.

Ich bin ängstlich und fürchte mich.
Ich stelle viel zu wenig Fragen,
Und meine es zu oft zu wissen:
Wie die da so sind –
Was die da so denken

Ich verstricke mich in Angstbildern und frage nicht nach:
Die »Juden«
Die »Moslems«
Die »Islamisten«
Die »Ausländer«



Ich sehe nicht auf deine Gebote,
der du uns aufträgst,
jeden Menschen zu achten.

Ich verdrehe alles und fühle mich als Opfer,
stempelte »die da« zu Tätern, ohne Nachfrage, ohne Respekt.

Ich sehe, wie alles immer weiter eskaliert,
weil »die da« sich selbst als Opfer begreifen
und immer aggressiver reagieren
und meinen Vorurteilen Nahrung geben.

Du wolltest, dass ich Friedensstifter in deinem Namen sei.

Gott, vergib mir meine Schuld
und leite mich auf deinem Weg, wo Gerechtigkeit blüht,
Gastfreundschaft und Willkommenskultur herrschen
und ich mich mutiger fühle, weil ich Nachbarn begrüße
und nicht Feindschaft säe.

Amen.

Schuldbekenntnis II

Gott, wir sind kleinmütig und verzagt.
Wir schließen uns ab
als Gemeinde,
eine kleine verschworene Gemeinschaft
gegen die Welt da draußen.

Hilf uns, uns aufzumachen,
denn du hast uns befreit
und ernstgemacht mit der Freiheit,
dem aufrechten Gang, Wahrheit,
mit Hoffnung, Mut und Frieden.

Gott, wir sind kleinmütig und verzagt,
wir fürchten uns vor der Vielfalt um uns herum
und schließen uns ab.
Wir wollen nichts mehr wissen,
sondern meinen, alles schon zu kennen.

Hilf uns, uns aufzumachen,
uns zu öffnen für die Anliegen um uns herum.
Lass uns begreifen, dass eine christliche Gemeinde
immer eine der vielen Kulturen und Geschichten war,
von Menschen, die zusammenkamen aus allen Ecken
der Welt.

Gott, wir sind kleinmütig und verzagt,
wie die Jünger.
Bleibe bei uns und hilf uns auf.

Amen.

Gebet

Gott,
du warst Mose so fremd,
als du ihm begegnetest.
Er schlotterte vor Angst vor deiner Stimme.

Fürchte dich nicht!
War dein Satz, um Menschen in Kontakt mit dir
treten zu lassen.

Fürchte dich nicht! war der Engelssatz all deiner Boten
Fürchtet euch nicht, riefen die Engel den Hirten zu,
als dein Sohn geboren wurde.

Schenke uns auch heute diesen Satz,
wenn wir anderen Menschen begegnen
und nicht weiterwissen, weil sie uns fremd sind.
Denn in ihnen können wir dir begegnen.

Amen.

(Für)Bittgebet

Gott, wir bitten dich für alle,
die fremd sind in unserem Land, in unserer Gemeinde.
Gott, wir bitten dich für uns,
denn wir sind es, die sie fremd bleiben lassen.

Gott wir bitten dich für alle,
die sich rechtfertigen müssen für ihren Glauben
und für ihre Tradition.
Gott, wir bitten dich für uns,
denn wir sind es, die ihre Werte nicht für Wert erachten.

Gott, wir bitten dich für alle,
die sich nicht integrieren wollen.
Gott, wir bitten dich für uns,
denn es ist unsere Gemeinschaft, von der sie lieber
kein Teil sein wollen.

Gott, wir bitten dich für alle,
die in rassistischem Denken gefangen sind.
Gott wir bitten dich für uns,
weil wir meinen, wir wären es nicht.

Gott, wir bitten dich für alle,
die anders sind.
Gott, wir bitten dich für uns,
weil wir immer noch zwischen ihnen und uns
unterscheiden.

Segen

Es segne uns Gott,
der die Welt ins Leben rief,
der uns Leben einhaucht
und neue Kraft schenkt.

Es bewahre uns Gott,
dessen Liebe weder Grenzen noch
Mauern kennt;
dessen Gerechtigkeit kommen wird,
der die Mächtigen vom Thron stößt
und die Ausgegrenzten ins Recht setzt.

Es behüte uns Gott,
Vater, Sohn und heilige Geistkraft.

Amen.

Wir und die Anderen

Das fühlt sich gut an: Wir.
So ein gutes Wir-Gefühl.
Wir sind wer!
Und wer sind wir?

Wir sind anders als die da.
Wir sind anders und besser als ihr da.

Wir sind wer!
Und wer sind wir?

Und wieso sind wir anders?
Und wie anders sind wir?

Jesus ist gekommen, die Schranken
zwischen Menschen einzureißen.
Musste er deshalb am Kreuz sterben,
weil wir dies nicht aushalten?

Weil es immer einen geben muss,
der anders ist
und dafür büßen wird,
dass er anders ist?

Wir sind wer und wir sind anders!
Wer sind wir?

(Fanny Dethloff)

Mensch bedenke

Text: Thorsten Leißer
Musik: Meiningen 1693

1. Mensch be - den - ke, dass du
Hast das glei - che Recht zu

Mensch le - bist, so ganz wie
ben, ganz e -

al - le auf der Welt. Mensch be -
gal was für dich zählt.

den - ke: Men - schen - recht, das wird
dir als Mensch ge - recht.

2. Ganz egal, welche Hautfarbe
Oder Sprache es auch ist,
Wie du heißt und wie du aussiehst
Ob du Mann, Frau, anders bist.
Mensch bedenke: Menschenrecht –
Das wird dir als Mensch gerecht.

3. Manche sehen das ganz anders
Wollen dich diskriminieren,
Säen Hass und Menschenfeindschaft,
Woll'n dir deine Würde nehmen.
Mensch bedenke: Menschenrecht –
Das wird dir als Mensch gerecht.

4. Darum müssen wir zusammen
Gegen solchen Hass aufstehn
Und uns wehren, damit alle
Menschenfreundlichkeit verstehn.
Mensch bedenke: Menschenrecht –
Das wird dir als Mensch gerecht.

5. Unser Gott liebt bunte Vielfalt
Ja wir können mutig sein
Lasst die Dummheit aus den Köpfen
Und die Herzen offen sein.
Mensch bedenke: Menschenrecht –
Das wird dir als Mensch gerecht.

WOLF-DIETER JUST: SPIRITUALITÄT UND WELTVERANTWORTUNG



Es gibt viele Bücher über Flüchtlingsfragen, auch spannende und erzählende. Es gibt spannende theologische Bücher. Aber es gibt wenige, die die Themen zusammenbringen. Die davon erzählen, warum Glaube und Menschenrechte zusammengehören. Es gibt wenig Reden, Predigten und Aufsätze, die die europäische Grenzpolitik, die Toten an den EU-Außengrenzen und den eigenen Glauben zusammendenken und als Anfrage an unsere Lebenseinstellung, an unsere Spiritualität durchbuchstabieren. Und das Ganze auf eine lesbare, verstehbare Art.

Wolf-Dieter Just
Spiritualität und Weltverantwortung:
Biblische Reflexionen und Predigten zu
den Herausforderungen unserer Zeit.

Fromm Verlag Saarbrücken
ISBN: 978-3-8416-0370-8

GOTT STELLT KEINE DULDUNG AUS.

HINTERGRÜNDE ZUM KIRCHLICHEN EINSATZ FÜR EIN HUMANITÄRES BLEIBERECHT

OKR Thorsten Leißer

Familie B. lebt aus gepackten Koffern. Vor dreizehn Jahren sind sie aus dem Kosovo geflohen. Zwei der vier Kinder sind hier geboren. Deutschland ist ihre Heimat. Hier gehen sie zur Schule, hier leben ihre Freunde. Mittlerweile wurde der Asylantrag von Familie B. in letzter Instanz abgelehnt, aber in den Kosovo zurück können sie nicht. Also wird Familie B. von den deutschen Behörden geduldet – ohne Aussicht auf ein dauerhaftes Recht zu bleiben. Stattdessen leben sie in der ständigen Angst vor Abschiebung und davor, dass ihre Zeit in Deutschland vom einen auf den anderen Tag zu Ende sein könnte.

So wie Familie B. geht es weit über 100.000 Menschen in Deutschland, die zum Teil schon viele Jahre hier leben und nicht abgeschoben werden können, weil sie entweder keine Reisedokumente besitzen, ihre Herkunft ungeklärt ist oder im Herkunftsland – wie im Kosovo – katastrophale Zustände herrschen. Sie hangeln sich von Duldung zu Duldung, verbunden mit dem Gefühl, in diesem Land nicht erwünscht zu sein. Eingeschränkte Bewegungsfreiheit, ein zeitweiliges Arbeitsverbot und Lebensmittelscheine vom Amt sind Bedingungen, unter denen viele Geduldete täglich leben. Dass sich viele von ihnen trotzdem in Schulen, in Vereinen, in der Nachbarschaft, ja sogar in Kirchengemeinden integrieren, grenzt schon an ein Wunder. Letztlich aber sitzen sie fest im Transitbereich des Lebens, ohne Hoffnung auf eine Zukunft unter menschenwürdigen Bedingungen.

Nach Ansicht der christlichen Kirchen in Deutschland ist dieser Zustand unhaltbar. Seit Jahren treten sie daher für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung ein, die diesen Menschen eine echte Lebensperspektive eröffnet und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Dabei sind sie geleitet von der biblischen Erkenntnis, dass jeder Mensch von Gott mit einer unveräußerlichen Würde ausgestattet ist (Gen 1,26f). Diese Würde gilt in gleicher Weise für Flüchtlinge und Geduldete, für Fremde und fremd Gemachte, mit und ohne Handicap, für Kranke und Alte, Gebrechliche und Traumatisierte.

Ausgangspunkt des Schutzgebots gegenüber solchen Menschen bildet im Alten Testament die eigene Fremdheits- erfahrung des Volkes Israel. »Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.« (Ex 23,9). Nach biblischer Maßgabe stehen die Fremden unter dem unbedingten Schutz Gottes, der in letzter Konsequenz auf einen Umgang ohne Unterschiede zielt: »Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst ...« (Lev 19,33f)

Auch im Neuen Testament spielt die Zuwendung zum (unbekannten) Nächsten eine wichtige Rolle, wie im Gleichnis vom Barmherzigen Samariter

(Lk 10,30-36), ja sie wird sogar zum entscheidenden Merkmal der Christus- bewegung. In ihr sind die bisherigen sozialen und kulturellen Grenzen überwunden: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus« (Gal 3,28). Der auch in unseren Tagen allgegenwärtigen Unterscheidung von Fremden und Einheimischen, Geduldeten und Staatsbürgern wird schließlich ihre trennende Macht genommen, bis hin zu der Zuspitzung, dass wir »nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen« sind (Eph 2,19). Dieser Entwurf einer neuen Gesellschaft ist und bleibt zwar bezogen auf das Miteinander innerhalb der christlichen Gemeinschaft, macht jedoch in letzter Konsequenz nicht Halt vor dem gesellschaftlichen Umgang mit allen, die zu einem Gemeinwesen gehören. Das zeigt sich auch in der eschatologischen Weitung, wie sie in der Geschichte vom Weltgericht (Mt 25,31–36) erscheint: Hier wird die Behandlung von Fremden und anderen marginalisierten Personengruppen sogar zum entscheidenden Kriterium für das Heil (und damit für die Zukunft) der Menschheit. Bei Gott, so die Bot-



© Wolfgang Schreffler

schaft des Neuen Testaments, gibt es keine Geduldeten, sondern nur Mitmenschen mit einem Recht auf erfülltes Leben in Würde und Schutz. In ihnen begegnet uns Christus selbst, was zu einem Perspektivwechsel in der heutigen Debatte um das Bleiberecht führt. Mit anderen Worten: Auch in der Hinwendung zu den Geduldeten und Ausreisepflichtigen, also zu jenen, die vor einer mehr als ungewissen und bedrohlichen Zukunft stehen, leuchtet das menschliche Angesicht Gottes auf.

Die Unbedingtheit der biblischen Aussagen zum Schutz der Fremden führt zu einer unbedingten Forderung der Kirchen: Nicht nur diejenigen, die unserer

Gesellschaft nützen, sollen bleiben dürfen. Auch und gerade diejenigen, die zu schwach, zu krank und zu alt sind, brauchen eine Perspektive, die ihnen Schutz gibt. Den Kirchen geht es um eine humanitäre Regelung, in der auch das menschliche Angesicht dieser Gesellschaft zum Vorschein kommt. Das bedeutet eine Bleiberechtsregelung, die nicht zur Trennung von Familien führt, ohne feste Stichtage, aber mit realistischen Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts. Mit anderen Worten: Es geht um eine Regelung, die es Menschen wie Familie B. ermöglicht, ihr Leben in Sicherheit und Würde zu entfalten.

■ Oberkirchenrat Thorsten Leißer ist Referent für Menschenrechte und Migration im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und stellvertretendes Mitglied der niedersächsischen Härtefallkommission. Thorsten Leißer ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
OKR Thorsten Leißer
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de/international/menschenrechte.de

HÄUSLICHE GEWALT

Pfarrerinnen Dr. Ursula Schoen

Anna lebt seit vielen Jahren in Deutschland. Sie ist Kroatin. Ihr Aufenthaltsstatus erlaubt ihr nicht hier zu arbeiten. Aber wie viele andere Frauen in einer ähnlichen Lage arbeitet auch Anna, an vielen verschiedenen Orten. Von morgens bis abends putzt und bügelt sie in Privathaushalten. Nicht immer wird sie gut behandelt. Ihre rechtliche Lage macht sie abhängig vom Wohlwollen anderer. Sie ist klein, mager und doch voller Energie. »Ich habe zwar nicht viel, aber ich bin frei!«, sagt sie sich und anderen oft.

■ Die Freiheit ist ein winziger Bereich in ihrem Leben, den sie sich mühsam erkämpft hat. Sie kennt es schon lange gedemütigt und verletzt zu werden. In Kroatien hatte sie ihre Mutter gepflegt. Nach deren Tod ging sie nach Deutschland. Am Anfang suchte sie nach einem Lebenspartner. Sie fand Männer, die in einer ähnlichen Situation wie sie waren. Waren sie erst einmal bei ihr eingezogen, forderten sie nur noch: Geld verdienen, kochen und waschen. Meistens verspielten oder vertranken sie das Geld. Wenn sie ihnen die finanzielle Unterstützung verweigerte, bedrohten sie sie und wurden tätlich. Irgendwann tauchte ihr Bruder auf, auch er brauchte Geld. Anfangs unterstützte Anna ihn, schließlich hat er zwei kleine Kinder. Auch der Bruder bedroht Anna. Wenn sie sich ihm widersetzt, schlägt er zu. Anna hat oft Blutergüsse von diesen Schlägen.

Vieles, was Anna erlebt, bleibt im Dunkeln, denn mit wem sollte sie darüber reden? Ihr Leben hier steht auf einer dünnen Eisdecke. Sie hat Angst, ihren Bruder in die Schranken zu weisen, denn er hat ein Pfand in der Hand. Täglich kann er sie verraten wegen ihrer fehlenden Arbeitserlaubnis und ihrer ständigen Anwesenheit in Deutschland. Die meisten deutschen Frauen leben anders, sie sind hier zuhause. Sie wissen, was ihre Rechte sind, und wo sie sich Unterstützung holen können. Sie sind keine Schattengestalten wie Anna, sondern selbstbewusste Staatsbürgerinnen.

Irgendwann hat Anna sich entschieden: Einige ihrer Träume werden sich nie erfüllen. Einen Ehemann und eine eigene Familie wird sie nicht haben können. Aber sie hat einen Ort in ihrem Leben, an dem ihre Sehnsucht leben kann, an dem sie sie selbst ist. Dieser Ort ist ihr Glaube. Der Sonntag ist für sie deshalb der Höhepunkt der Woche. Jeden



Nicole Kohlhepp, © 2011 Gemeinnützige MEDIENHAUS GmbH, Frankfurt/M.

Sonntag zieht sie sich etwas Besonderes an und geht in die kroatische Messe. »Da ist es schön«, sagt sie mit fast zärtlicher Stimme, »vor allem, wenn wir singen!« Anschließend lädt sie ihre Freundin zu einem Capuccino ein. Einmal in der Woche ist sie nicht das Objekt der Verhältnisse, sondern das Subjekt. Sie wird von ihrem Gott gesehen – mit gutem Blick. Einmal in der Woche kämpft sie nicht, sondern schenkt: Einen Capuccino. Darum findet sie die Kraft zu sagen: »Ich bin frei!«

■ Diese Rundfunkandacht wurde als »Zuspruch« in hr2 im Juni 2012 gehalten. Pfarrerin Dr. Ursula Schoen ist Dekanin in Frankfurt-Mitte-Ost.

■ Kontakt: Dr. Ursula Schoen
us@ev-dekanat-ffm.de

ZIMT – EIN INTERKULTURELLES AROMA

Dr. Gyburg Beschnidt

 In meiner Heimatstadt Berlin sagt man schnell abwertend »Mach nicht so einen Zimt«, also »bitte nicht so viel Geschwätz«. Impliziert ist dabei, dass Zimt etwas sehr Wertvolles war und viele Kulturen schon im Altertum miteinander verbunden hat – auch wenn uns das heute bei dem gern verwendeten Gewürz meistens nicht bewusst ist. Vielleicht ist Zimt sogar das Aroma des Heiligen.

Zimt wurde nicht nur im alten Ägypten zum Einbalsamieren und im alten Rom für Räucherwerk verwendet, sondern auch in Israel für das Salböl im Stiftszelt. Es gibt ein altes Rezept in der hebräischen Bibel, dem »Alten Testament« der Christen, dafür:

Weiter erhielt Mose vom HERRN die Anweisung: »Besorge dir kostbare Duftstoffe, sechs Kilo Myrrhe, drei Kilo Zimt, drei Kilo Kalmus, sechs Kilo Kassia, gewogen nach dem Gewicht des Heiligtums, und dazu dreieinhalb Liter Olivenöl. Lass daraus das wohlriechende Salböl bereiten, das für die Weihe von Personen und Gegenständen gebraucht wird.

Salbe mit dem Öl das Heilige Zelt, die Lade mit dem Bundesgesetz, den Tisch für die geweihten Brote mit allen Geräten und den Leuchter mit allem Zubehör, weiter den Räucher- und den Brandopferaltar mit allen zugehörigen Geräten und das Wasserbecken samt Untersatz. Dadurch wird dies alles mir geweiht und in besonderem Maße heilig. Wer als Unbefugter eines dieser geweihten Dinge berührt, muss sterben.

Auch Aaron und seine Söhne sollst du mit dem Öl salben, wenn du sie in den Priesterdienst einsetzt. Den Israeliten aber musst du sagen: »Das Öl, das nach dieser Anweisung bereitet wird, ist dem HERRN allein vorbehalten. Dies gilt für alle Zukunft. Es darf nicht auf die Haut gewöhnlicher Menschen kommen und ihr dürft es überhaupt nicht für den Gebrauch außerhalb des Heiligtums

herstellen. Es ist heilig und ihr sollt es gebührend achten.«

Exodus/2.Mose 30,22-32

Das »Heilige« duftete also an erster Stelle nach Zimt! Bemerkenswert dabei ist, dass ein genaues Rezept weitergegeben wird, also nicht geheim gehalten wird, aber die Nutzung auf bestimmte Gegenstände und Personen eingeschränkt wird. Das Rezept durfte nur im Bezug zum Gottesdienst benutzt werden. In diesem Rezept, das zur Hälfte aus Zimt besteht, werden bereits die beiden Sorten Zimt unterschieden, die auch heute noch verwendet werden: Zimt aus Sri Lanka (Cinnamomum zeylanicum) und Kassia/chinesischer Zimt (Cinnamomum cassia). Beide Sorten wurden und werden nicht in Israel angebaut, sondern wurden bereits im Altertum über weite Handelswege genauso wie andere Arzneien und Gewürze importiert. Zusammen mit Weihrauch wurde Kassia auch als Rauchopfer bei den Gottesdiensten verbrannt. Zimt war ein Luxusgut, das auch von den Herrschern benutzt wurde:

Du liebst das Recht und verabscheust das Unrecht;
darum hat Gott dich zum Herrscher gesalbt,
dein Gott hat dir mehr Ehre und Freude gegeben als allen, die mit dir feiern.
Nach Myrrhe, Zimt und Aloë duften alle deine Gewänder.
Um dich zu erfreuen, erklingt Musik aus deinen mit Elfenbein verzierten Palästen.

Psalm 45, 8-9.

Auch in der Liebeslyrik ist die Verwendung von Zimt belegt:

Meine Braut ist ein Garten voll erlesener Pflanzen!
An Granatapfelbäumen reifen köstliche Früchte.
Herrlich duften die Rosen und die Blüten der Henna.
Narde, Safran und Kalmus, alle Weihrauchgewächse, Zimt und Aloë, Myrrhe,
alle Arten von Balsam sind im Garten zu finden.



ZIMT RAUS?

*Deutschland ohne Vielfalt ist wie
Zimsternen ohne Zimt.*

Wer offen ist, kann mehr erleben.  **INTERKULTURELLE WOCHE**

E-CARD MOTIV ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2013

Dieses Motiv finden Sie unter
<http://www.interkulturellewoche.de/e-cards>.

Sie können dieses und andere
Motive als E-Card versenden.

Eine Quelle entspringt dort mit kristallklarem Wasser, das vom Libanon herkommt. Aber noch sind mir Garten und Quelle verschlossen! *Hobeslied 4,12-15*

Zimt war so beliebt, dass er sogar als Name diente: Eine Tochter Hiobs hieß Kezia – »Zimtblüte« (*Hiob 42, 14*).

Heute erinnert der Geruch vom Zimt nicht mehr an das »Heilige« des Stiftzeltes, sondern an Weihnachtsgebäck, Glühwein und Rotkohl. Aber vielleicht ist es doch kein Zufall, dass wir das

christliche Fest, das am bekanntesten ist, mit dem alten Geruch des Heiligen verbinden?

Zimt wurde aus China und Sri Lanka in viele Kulturen exportiert und wird auch heute noch gern verwendet.

Woran erinnern Sie der Geruch und Geschmack von Zimt?

Was ist Ihr Lieblingsrezept mit Zimt?

Bei welcher Gelegenheit wird es besonders gern verwendet?

Zimt werden verschiedene Wirkungen zugeschrieben. Welche gute Wirkung hat Zimt in Ihrer Kultur?

■ Pastorin Dr. Gyburg Beschnidt ist Geschäftsführerin der Diakonischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Dr. Gyburg Beschnidt
Beschnidt@diakonie.de
www.daek.de

ÜBER DIE TELLERRÄNDER

INTERRELIGIÖSE FEIERN IM RAHMEN DER INTERKULTURELLEN WOCHEN

Die Interkulturelle Woche setzt seit fast 40 Jahren Akzente in der Einwanderungsgesellschaft. Sie hat Themen der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe auf die Tagesordnung gebracht, lange bevor sie in der Politik angekommen sind. Diese Initiative ist von Anfang an eine ökumenische Bewegung gewesen, initiiert und getragen von der katholischen Deutschen Bischofskonferenz,

der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie in Deutschland. Daher gehören ökumenische Gottesdienste zum Programm der Initiativen vor Ort selbstverständlich dazu.

Weniger selbstverständlich hingegen ist die gemeinsame Gestaltung von Feiern, bei der Menschen aus verschiedenen Religionen mitwirken. Und doch wird

in einer wachsenden Zahl von Kommunen der Wunsch gerade nach solchen Formaten immer stärker. Zwar ist die Interkulturelle Woche keine interreligiöse Veranstaltung, aber vielerorts wirken bereits zahlreiche Gruppierungen und Träger mit, die sich ausdrücklich dem Dialog der Religionen widmen. Je nach den lokalen Bedingungen ergeben sich Möglichkeiten, die Verbundenheit der Religionen in Fragen von Integration und Teilhabe auch in besonderen Feiern zum Ausdruck zu bringen und damit das Angebot der Interkulturellen Woche um spirituelle Aspekte zu erweitern.

Auch der Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche hat auf das wachsende Bedürfnis nach gemeinsamen religiösen Formen reagiert und im Rahmen der diesjährigen bundesweiten Vorbereitungstagung zu einem Friedensgebet der Religionen eingeladen. Dabei wurde darauf geachtet, dass die verschiedenen dort anwesenden Mitglieder der Religionsgemeinschaften und Konfessionen gleichermaßen die Möglichkeit zur Mitgestaltung bekamen und aus ihren jeweiligen Traditionen Texte und Symbole beitragen konnten. Im Folgenden wird das Friedensgebet dokumentiert, welches am 23. Februar 2013 in Berlin gefeiert wurde.



Pfarrerinnen Costabel, OKR Leißer, Erzpriester Dr. Basioudis, Herr Aweimer, Frau Eichert und Dr. Beschnidt (v.l.n.r.) beim Friedensgebet der Religionen im Rahmen der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2013 in Berlin-Spandau.

**FRIEDENSGEBET DER RELIGIONEN
IM RAHMEN DER BUNDESWEITEN
VORBEREITUNGSTAGUNG ZUR
INTERKULTURELLEN WOCHE 2013**

Musik

Begrüßung und Hinführung

Römisch-Katholische Lesung:
Ezechiel 36,23b-30

Musik

Griechisch-Orthodoxe Lesung:
Genesis 4

Musik

Muslimische Lesung:
Sure 5,27-32

Musik

Evangelisch-Freikirchliche Lesung:
Lukas 15

Musik

Evangelische Lesung:
Offenbarung 21,1-5

Abschluss:

Wir haben viel gemeinsam:
Wir leben im Vertrauen auf Gott,
Allah, Adonai, der Quelle von Leben
und Frieden. Der Macht, die Herzen
verändert. Muslime, Christen und
Juden erinnern sich – und bekräftigen,
dass sie dem Einen Gott vertrauen,
als Kinder Abrahams, Brüder und
Schwestern.

Menschen beginnen miteinander zu
sprechen; die sich fremd waren,
reichen sich die Hände in Freund-
schaft und suchen gemeinsam
nach dem Weg des Friedens.

Für all die unschuldigen Opfer von
Terror und Gewalt für ihre Familien,
ihre Freundinnen und Freunde wollen
wir immer wieder beten.

Dafür, dass ihr Lebensfunken nicht
verglüht, dass sie Solidarität erfahren
und spüren, dass sie nicht ewig
getrennt bleiben, dass es Liebe und
Leben geben wird und dass da
Menschen sind, überall auf der Welt
und jeden Glaubens, die mit ihnen
fühlen, mit ihnen weinen.

Vereint sind wir in der Bitte um
Verständnis, das den Streit einmal
beenden wird, um Gnade, die den
Hass einmal entkräften wird, und
um Vergebung, welche die Rache
einmal überwinden wird.

(Thorsten Leißer, nach einem Gebet
aus dem Marianum Fulda)

Musik

Als Musik wurden neutrale Melodien
und Töne gewählt, die bei der Konzen-
tration auf das Vorgetragene helfen
und zugleich die einzelnen Lesungen
gliedern sollen. Aus den verschiedenen
Traditionen können über die einzelnen
Lesungen hinaus Symbole vorgestellt
und abgelegt werden, die entweder ei-
nen Aspekt des jeweiligen Textes (z.B.
ein Glas Wasser bei Ez 36) herausstel-
len oder etwas über die Glaubenspraxis
aussagen (z.B. muslimische Gebetsket-
te).

»IM RINGEN UM DIE WAHRHEIT«

PREDIGT ZUM EKD-THEMENJAHR 2013 »REFORMATION UND TOLERANZ«

PREDIGTTTEXT GALATER 5, 1-6

Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann

 Vor zwei Jahren war ich in den
USA zum Schabbat in eine
jüdisch-orthodoxe Gemeinde
eingeladen. Im Gottesdienst wurde ein
kleiner Junge beschnitten. Männer und
Frauen waren durch eine Absperrung
getrennt, wir schauten also aus der
Ferne zu. Der kleine Junge wurde vom
Rabbiner auf den Schoß genommen.
Der für das Beschneiden ausgebildete
Mann der Gemeinde öffnete die Win-
del, entfernte die Vorhaut. Der Säug-
ling schrie, alle klatschten und freu-
ten sich. Ein mir sehr fremdes Ritual.
Als ich amerikanischen Freunden am
nächsten Abend davon erzählte, habe
ich gelernt, dass es in den USA üblich
war, jeden Jungen zu beschneiden, das
war schlicht Routine in den Kran-
kenhäusern. Jüdische und muslimische

Eltern mussten explizit darum bit-
ten, das nicht zu tun, um das Ritual
in der Synagoge oder in der Moschee
oder im Familienkreis durchzuführen,
heute werden die Eltern gefragt, ob
sie zustimmen. Der durchschnittliche
Amerikaner meines Alters aber ist be-
schnitten. Das war mir neu und über-
raschend, aber an den Apostel Paulus
habe ich dabei nicht gedacht, obwohl
ich über die Verse aus dem Galaterbrief
schon oft gepredigt habe.

Interessant, wie das Thema Beschnei-
dung durch ein einziges Gerichtsurteil
auf einmal ganz konkret relevant, ja
brisant geworden ist. Insofern zeigt
sich erneut: die Texte der Bibel sind
nie ausgelesen, sie erzeugen immer
wieder neue Relevanz und Aktualität.

Aber schauen wir erst einmal, in wel-
cher Situation Paulus schreibt. Oja, es
gab Streit in der frühen Kirche, der
Galaterbrief stammt aus dem Jahr 55,
wurde also nur rund 22 Jahre nach
dem Tod Jesu geschrieben. Keine lange
Zeit eigentlich, weniger als die Mauer-
öffnung jetzt zurückliegt. Aber wir wis-
sen ja sehr wohl, wie intensiv in so we-
nigen Jahren diskutiert werden kann,
allein schon die Erinnerung ist sehr ver-
schieden.

Von Anfang an also wurde um den
Glauben gerungen, gab es Differenzen
und Auseinandersetzung um den rich-
tigen Weg. Fast schon beruhigend, denke
ich, der Streit um die Wahrheit ist
offenbar Teil christlicher Gemeinschaft.
Es ging darum, ob jemand erst Jude

werden müsse, um Christ zu werden. Paulus war vehement dafür eingetreten, dass Menschen aus allen Völkern durch Jesus Christus den Weg zu Gott finden können. Sie müssen dafür keine Vorleistung bringen, auch nicht erst zum Judentum konvertieren und das als Männer durch Beschneidung dokumentieren. Auch die jüdischen Speisegebote müssen aus seiner Sicht nicht befolgt werden. Paulus ist überzeugt: es gibt keine gesetzlichen Vorleistungen für den Glauben. Einige aus der Jerusalemer Gemeinde, darunter Jakobus und Petrus, waren offenbar anderer Ansicht, obwohl man sich im sogenannten »Apostelkonvent« im Jahr 48 darauf geeinigt hatte, dass es keine Auflagen geben könne für Menschen, die zum Christentum konvertieren. In dieser Situation argumentiert Paulus vehement für die Freiheit.

Drei reformatorische Themen sind hier angesprochen:

FREIHEIT

Der Gedanke der Freiheit war und ist für die Kirche der Reformation von zentraler Bedeutung. In seiner Schrift »Von der Freiheit eines Christenmen-

schen« hat Martin Luther das bis heute auf bemerkenswerte und anregende Weise ausgeführt. Die Spannung zwischen seinem Satz »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan« und dem anderen »Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan« ist dabei wegweisend. Die Freiheit eines Christenmenschen ist einerseits ganz ohne Voraussetzung. Schlicht geschenkte Freiheit. Und doch ist sie nicht ohne Folgen. Diese Freiheit berührt zuallererst Glaubensfragen, jeder Zwang wird hier abgewehrt. Daraus entsteht die Freiheit des Gewissens, die sich dann als verantwortliche Freiheit im persönlichen und öffentlichen Leben umsetzt.

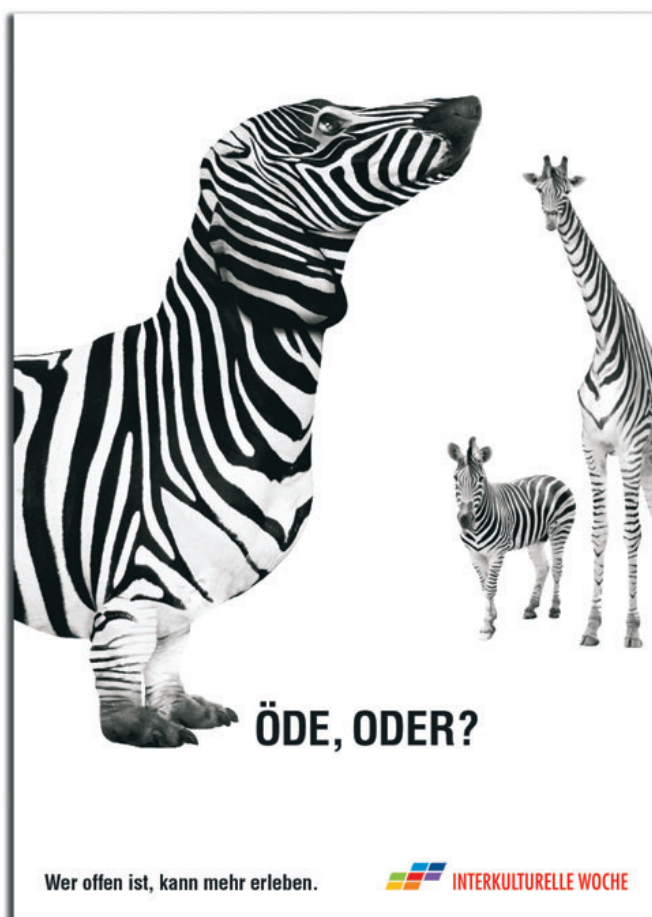
STREIT UM DIE WAHRHEIT

Beschneidung ja oder nein – es geht ja in der Tat um eine Frage, die in der aktuellen Diskussion nicht so leicht zu entscheiden ist! Hier ist das Kindeswohl, das wir zu achten haben! Da die Religionsfreiheit, die bitter erkämpft wurde. Hier die Aussagen von Kinderärzten, die Traumatisierungen dokumentieren. Da die Frage, ob Juden und Muslime ihre Rituale nach eigener Tra-

dition praktizieren können. Es ist heikel, zu argumentieren und sofort schlagen die Emotionen hoch. Wie urteilen?

Die Reformation legt die Entscheidung nicht in die Hand von Dogmen, Kirche, Bischöfen oder einer Glaubensinstanz. Nein: das einzelne Gewissen soll geschärft werden. Ich muss, ich soll selbst denken! Und dann die Entscheidungen verantworten, die ich fälle. Luther übersetzte die Bibel in die deutsche Sprache, damit Menschen selbst lesen können. Im Brief an den christlichen Adel deutscher Nation forderte er die Fürsten auf, Schulen für alle, Volksschulen zu gründen, damit jeder Junge und jedes Mädchen lesen lerne. Die Reformation war auch eine Bildungsinitiative. Und das gilt doch auch heute: Du bist gefragt! Lass dir nichts vorsetzen!

Unsere Kirchen werden daher manches Mal für allzu bunt und vielfältig, gar wankelmütig gehalten. Das ist ein großes Missverständnis! Vielfalt ist das größere Wagnis gegenüber Vereinheitlichung. Es ist der Mut zu erkennen, dass Glaube immer wieder neu gelebt werden muss. Denn das zeigt uns doch die Bibel selbst: diejenigen, die in ihr den Glauben bezeugen, haben durch-



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2013

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestellformular:

www.interkulturellewoche.de

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche

Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

aus unterschiedliche Positionen. Aber es ist der eine Glaube. Und: gar Gott selbst kann sich verändern, kann wie im Buch Jona den Vernichtungswillen gegenüber Ninive zurücknehmen. Kann Ohnmacht erfahren im Kreuzestod Jesu. Kann Menschen, die irren und zaghaft sind, wie Petrus und auch Paulus, seine Botschaft anvertrauen.

TOLERANZ

Tolerare heißt ertragen. Aber muss alles ertragen werden? Müssten wir nicht manches Mal »auf den Putz hauen«? Luther hätte es doch gewiss getan ... Nein, für eine Position der Toleranz können wir Martin Luther nicht heranziehen, die ersten Reformatoren insgesamt nicht. Luther wettete gegen die Papisten, die Juden, die Türken auf eine uns heute unerträgliche Weise. »Politically correct« war das keinesfalls.

Aber die Kirche der Reformation sollte sich ja ständig weiter reformieren. Und so haben wir begriffen, dass allzu heftiges Selbstbeharren nicht zum Frieden führt, dass Konfessionskriege gar die biblische Botschaft verdunkeln.

Toleranz heute aber ist die größte Herausforderung mit Blick auf den Dialog der Konfessionen, der Religionen und auch der Kulturen. Die Geschichte eines Baumes gibt da Hoffnung. Letzten Monat war ich auf dem Gelände der Gedenkstätte für die Opfer der Anschläge vom 11. September 2001 in New York. Wo einst die Türme der

Twin Towers standen, rauschen in die Grundrisse hinein jetzt über neun Meter Wasserfälle – ein auf gute Weise ruhiges Gedenken mitten in der tosenden Stadt. Dazu wurden hunderte Eichen gepflanzt. Zwischen ihnen steht eine einzelne chinesische Wildbirne, die als »Überlebensbaum« bezeichnet wird.

Ein Symbol der Hoffnung. An diesem Ort trauern Menschen aller Nationen, verschiedenster Herkunft, unterschiedlicher Religion. Es ist ein Ort, an dem wir studieren können: so einfach ist es nicht mit dem »DIE« und »WIR«. Toleranz meint zum einen nicht Gleichgültigkeit nach dem Motto, jeder Mensch möge nach der eigenen Façon selig werden. Das heißt: Toleranz bedeutet Interesse am anderen, am Gegenüber, etwa an der anderen Religion oder auch am Nicht-Glauben. Und: Toleranz heißt nicht Grenzenlosigkeit. Wahre Toleranz wird ihre Grenze an der Intoleranz finden. Das heißt, Toleranz bezeichnet keine statische Haltung, sondern sie meint ein dynamisches Geschehen auf Gegenseitigkeit.

Tolerare, Verschiedenheit ertragen, darum geht es schon Paulus. Die Kirche der Reformation ist da in die Irre gegangen, wo sie das aus den Augen verloren hat. Etwa in Luthers Judenschriften – es ist schwer, sie heute zu lesen. Da ist er einen fatalen Irrweg gegangen und hat die Kirche, die sich nach ihm benannt hat, auf einen entsetzlichen Pfad gelenkt. In der Zeit des National-

sozialismus hat sich das im Versagen mit Blick auf den Schutz der Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland auf entsetzliche Weise gerächt. So ist es gut, wenn wir heute ein Themenjahr »Reformation und Toleranz« eröffnen. Oja, das wird Streit und Auseinandersetzung geben. Zwischen Konfessionen und Gemeinden, mit Blick auf Theologie und Kirchengeschichte, gewiss auch mit Blick auf aktuelle Fragen wie die Beschneidungsdebatte. Aber das ist gut evangelisch, nein gut christlich, dieses Ringen um die Wahrheit. Der Brief des Apostels Paulus an die Galater macht deutlich: das war so. Von Anfang an. Wir stehen also in guter Tradition. Wagen wir die Debatte, ja den Streit um die Wahrheit! Amen.

Diese Predigt wurde im Rahmen eines Gottesdienstes anlässlich des Reformationstages 2012 und zur Eröffnung des EKD-Themenjahres 2013 »Reformation und Toleranz« in der Dreifaltigkeitskirche Worms gehalten. Wir dokumentieren den Text in gekürzter Fassung. Die Vollversion finden Sie unter www.interkulturellewoche.de

■ Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann ist Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationjubiläum 2017.

■ Kontakt:
Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann
botschafterin@ekd.de
www.ekd.de

VERGISS, DASS DEINE KINDER SCHWARZ SIND. VERGISS NIE, DASS DEINE KINDER SCHWARZ SIND.

Claudia Khalifa

Karen war im Supermarkt, ihre beiden Kinder hatte sie in den Einkaufswagen gesetzt. Plötzlich stürzte eine Frau auf die Kinder zu und rief: »Ach nein, wie süß! Solche hätte ich auch gerne!«, und zu Karen gewandt: »Und woher kommt der Papa?« Karen fühlte sich völlig überrumpelt und verwirrt. Eigentlich wollte sie nur schnell einkaufen und fühlte sich nicht wach genug, um die Situation angemessen zu erfassen und schlagfertig zu reagieren. Sie wollte die Frau nicht vor den Kopf stoßen, aber sie hatte auch nicht vor, brav zu antworten. Deshalb erwiderte sie auf die Frage nach der Herkunft des Vaters knapp: »aus Deutschland«, und hoffte, so bei der Frau eine Irritation auszulösen, die sie zum Schweigen und gründlich zum Nachdenken bringen würde. Weit gefehlt. Die Dame ließ nicht locker: »Nein, ich meine, wo er eigentlich herkommt.« Karen wusste nicht, wie sie der Situation ein Ende bereiten sollte, ohne unhöflich und laut zu werden. Sie ist irgendwann einfach weitergegangen und hat sich, ihrem Gefühl nach, mehr oder weniger aus der Situation herausgestohlen. Das Erlebnis ließ sie nicht los. Sie war nicht zufrieden mit ihrem eigenen Verhalten in dieser Situation. Zwar war sie sich sicher, dass das Verhalten der Frau ganz und gar nicht in Ordnung war, trotzdem stellte sie sich die bange Frage, ob sie nicht einfach überempfindlich sei und, wie Freunde ihr des Öfteren zu verstehen geben, die Flöhe husten höre. Ihr Gefühl sagte ihr zwar ganz deutlich, dass hier Rassismus im Spiel war, aber was genau an dieser Situation rassistisch war, konnte sie nicht recht benennen. Und überhaupt, wie hätte sie denn besser reagieren können? Schlagfertiger. So, dass es der Frau wie Schuppen von den Augen fällt? So, dass sie ihren Kindern vorlebt, sich zu wehren und sich nicht alles gefallen zu lassen. ...

Karens Beispiel ist kein Einzelfall. Fast alle Eltern Schwarzer Kinder können von Distanzlosigkeiten, Übergriffen und dem lähmenden Gefühl des Über-rumpeltwerdens ein Lied singen: Die »süßen Schokobabys«, die spätestens im Pubertätsalter doch nur noch als Sicherheitsrisiko gesehen werden ...

Im Alltag binationaler Paare und Familien mit Schwarzen Kindern geht es immer wieder um die Frage, ob eine Bemerkung oder ein bestimmtes Verhalten rassistisch war oder nicht. Und wenn ja, wie reagiere ich und wie beziehe ich Stellung und Sorge für mich und meine Kinder/Partner, ohne überzogen zu sein oder zu wirken. Wie schaffe ich es, für meine Kinder Vorbild zu sein und zu bleiben?

Erst im Nachhinein wurde Karen klar, dass sie sich mit ihren eigenen moralischen Ansprüchen zu stark unter Druck gesetzt hat. Die Suche nach der »richtigen« Interpretation und dem »richtigen« Verhalten hat ihr in der konkreten Situation keine Orientierung geboten. Zurück blieb ein ungutes Gefühl von Versagen und Handlungsunfähigkeit [...]. Viel später erst wurde ihr deutlich, was sie da eigentlich von sich selbst verlangt hatte: Immer die Form wahren und höflich bleiben, mit klarem Sachverstand Rassismus analysieren, der Frau rhetorisch geschickt ein Aha-Erlebnis bescheren und vor allem den Kindern ein Vorbild sein. In der Tat, ein bisschen viel auf einmal für eine übermüdete Mutter von zwei kleinen Kindern, die ihrem wohlverdienten Feierabend entgegenfiebert. Doch wie kann man trotzdem Stellung beziehen und jene, die »es ja nur gut meinen« mit ihrem übergriffigen, rassistischen Verhalten in ihre Schranken verweisen?

Klar, bestimmt und warum nicht auch freundlich, das innere Gefühl von



Grenzüberschreitung deutlich zu benennen – das hätte wahrscheinlich völlig ausgereicht, der Situation ein Ende zu bereiten, der Distanzlosigkeit zu begegnen, die eigene persönlichen Grenze zu schützen und die übergriffige Frau sich selbst zu überlassen. »Entschuldigung, ich möchte das nicht. Das geht mir zu weit. Wenn Sie bitte so freundlich wären«. Nicht die einzige, aber eine mögliche, verblüffend einfache Lösung, die Karen im Gespräch mit anderen schließlich für sich erschlossen hat.

Entlastung finden betroffene Frauen oder Männer aus binationalen Partnerschaften unter anderem in der Reflexion der Ereignisse mit selbst Betroffenen oder Vertrauten. Das Wissen und die Erfahrung von Beratungsgruppen und dem empathischen Gespräch mit Partnern, Freunden oder Bekannten öffnen den Raum für die Schieflage einer Situation und den alltäglichen diskriminierenden Ereignissen, die unter verschiedenen Deckmäntelchen als harmlos verkauft werden.

Auszug aus der Publikation »Sichtbar anders – aus dem Leben Afrodeutscher Kinder und Jugendlicher« des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

■ Bestellmöglichkeit und Kontakt:
www.verband-binationaler.de

SECHS THESEN ZUM ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS

Torsten Jäger

Aktuellen Studien zufolge ist ein Drittel der deutschen Bevölkerung regelrecht feindselig gegenüber Muslimen eingestellt. Dabei sind nicht nur Menschen muslimischen Glaubens, sondern alle, denen aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale, ihrer Herkunft oder Kultur ein islamischer Glaube unterstellt wird, vom verbreiteten antimuslimischen Rassismus betroffen. Um antimuslimischen Rassismus zu begegnen, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Debatte und einer breiten Aufklärung. Wir stellen Ihnen deshalb als Grundlage für Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche sechs Thesen zum antimuslimischen Rassismus vor.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IST GESELLSCHAFTSFÄHIG

Bei vielen anderen gruppenbezogenen Ressentiments sorgt eine weitgehend akzeptierte Tabuisierung dafür, dass rassistische Positionen im »geschützten Raum« und selten öffentlich formuliert werden. Im Hinblick auf antimuslimische Ressentiments greift dieser Mechanismus nicht. Sie werden offen, öffentlich und selbstbewusst formuliert. Ihre hohe Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft begünstigt die Anschlussfähigkeit und die Mobilisierungsversuche rechtsextremer und rechtspopulistischer Positionen, Parteien und Bewegungen. Repräsentanten z.B. der sogenannten PRO-Bewegungen und der NPD haben sich in der Vergangenheit immer wieder zu dieser Strategie bekannt.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IST MARKTTAUGLICH

Es gibt eine kritische Masse, ab der ein Mechanismus greift, der die vorhandenen Ressentiments gegen eine Personengruppe quasi perpetuiert. Wenn genügend Abnehmer vorhanden sind, entsteht ein Markt, auf dem die angeblichen Befunde nicht mehr hinterfragt, sondern nur noch quotenträchtig »erörtert« und die Ressentiments damit befördert werden. Diese kritische Masse ist bei antimuslimischen Ressentiments erreicht. Talkshows, in denen gefragt wird »Wie viel Islam verkräftet unsere Gesellschaft?« und Bestseller wie Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« bedienen diesen Markt, um Quote zu machen und Auflagen zu erzielen.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS MACHT DEFENSIV

Bei keiner anderen Erscheinungsform von Rassismus werden die Betroffenen und ihre Unterstützer so leicht in die Argumentationsdefensive gedrängt wie beim antimuslimischen Rassismus. Gewöhnlich brandmarken wir rassistische Äußerungen gegenüber anderen Personengruppen, ohne auf die darin enthaltenen Unterstellungen einzugehen. Bei Muslimen treten wir demgegenüber regelmäßig in ein »Suren-Pingpong« (Navid Kermani) oder in aufreibende Diskussionen ein, um zu erläutern, dass der Islam und die Muslime in Wahrheit nicht so schlimm sind, wie ihnen immer vorgehalten wird. Aus dieser Defensive müssen wir heraustreten und antimuslimischen Rassismus beim Namen nennen.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS SICHERT SOZIALE PRIVILEGIEN

Rassismus ist nicht nur Bauchgefühl oder Angstreaktion, sondern auch ein Mittel zum Zweck. Er legitimiert Diskriminierung und Ausgrenzung und ist eine Strategie zur Sicherung des sozialen Status und von Vorrechten. Es ist kein Zufall, dass antimuslimischer Rassismus parallel zur Sichtbarwerdung des Islams und der Muslime in allen Gesellschafts- und Sozialschichten Konjunktur entfaltet. Andersherum: Wo war der antimuslimische Rassismus als, salopp gesprochen, Muslime noch in Hinterhöfen gebetet und mit Kopftuch geputzt haben?

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS NÄHRT ANTIMUSLIMISCHE GEWALT

Die Vehemenz, mit der antimuslimische Einstellungen formuliert und verbreitet werden, wird durch die Anonymität der neuen (sozialen) Medien begünstigt. Die hieraus resultierende Brutalisierung der Debatte ist deshalb besonders problematisch, weil es einen Zusammenhang zwischen Wortgewalt und Tatgewalt gibt. Gewaltbereite Rassisten gerieren sich als »Handlungsavantgarde« einer schweigenden Mehrheit und rechtfertigen damit ihre menschenverachtenden Taten. Dieser Zusammenhang zwischen Einstellungsrassismus und gewaltförmigen Rassismus, für den die Morde von Anders Behring Breivik im Juli 2011 exemplarisch sind, wird in der Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus zu wenig gesehen und mitgedacht.

SKEPSIS IST NOCH KEIN RASSISMUS – BEGEGNUNG HILFT!

Es gibt bei Liberalen, Konservativen und in der politischen Linken eine verbreitete Skepsis gegenüber dem Islam und den Muslimen in Deutschland. Angst um die kulturelle Identität der Gesellschaft und Angst vor Terrorismus sowie die Sorge um die Bewahrung emanzipatorischer Errungenschaften und Freiheitsrechte tragen hierzu bei. Diesen Ängsten wird man nicht durch abstraktes Argumentieren, sondern durch die Organisation von Dialog und Begegnung und hierauf fußende Informationsvermittlung gerecht.

■ Torsten Jäger ist Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland.

■ Kontakt:
Torsten Jäger
info@interkultureller-rat.de
www.interkultureller-rat.de

INITIATIVE SCHWARZE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND MOBILISIERT GEGEN »RACIAL PROFILING«

Jamie Schearer und Tahir Della

Seit März 2012 läuft eine groß angelegte Kampagne gegen die Praxis des Racial Profiling, die von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) maßgeblich geführt wird. Ausschlag gab ein Fall, bei dem sich ein Betroffener gegen die rassistischen Kontrollmethoden der Polizei zur Wehr setzte.

Im Dezember 2010 war ein Schwarzer Deutscher auf der Bahnstrecke Koblenz/Frankfurt/M. von der Bundespolizei aufgefordert worden sich auszuweisen. Er hatte dies verweigert, weil er schon häufiger von der Bundespolizei gezielt kontrolliert worden war, während weiße Mitreisende sich nicht ausweisen mussten. Daraufhin wurde er zur Personalienfeststellung auf das nächstgelegene Polizeirevier gebracht. In Folge strengte der Betroffene eine Zivilklage gegen die Bundespolizei an. Mit der Klageabweisung schloss sich das Verwaltungsgericht Koblenz der polizeilichen Einschätzung an: Es sei legitim den Kläger allein aufgrund seiner äußeren Merkmale zu kontrollierten, weil »diese Merkmale ins Raster gefallen« waren. Durch Entscheidung des Gerichts wurde die Praxis des Racial Profiling zum einen erstmalig als Handlungspraxis eingestanden und zum anderen als angemessene Polizeiarbeit eingeschätzt. Dies widerspricht in gravierender Weise internationalen Menschenrechtsstandards, die diese Praxis als äußerst kritisch einstufen, da sie Rassismus manifestiert.

Racial Profiling wird seit Jahren von den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen kritisiert und stellt für Schwarze Menschen und People of Color¹ (PoC) kein neues Phänomen dar. Diese Art der Personenkontrollen wird regelmäßig von der Polizei in Zügen, an Bahnhöfen und Flughäfen sowie an anderen öffentlichen Plätzen durchgeführt. Schwarze Menschen und PoC werden somit immer wieder zu Verdächtigen erklärt, die als vermeintlich Illegalisierte in Deutschland leben. Damit wird die längst widerlegte These tradiert, dass Deutschland sich aus einer homogenen weißen Bevölkerung zusammensetzt. Diese Zuschreibungen

sind und waren nie zeitgemäß und gehen an der gesellschaftlichen Realität Deutschlands vorbei. Diesen Menschen wird durch die Stigmatisierung als »ausländisch« die Gleichheit vor dem Gesetz versagt und verdeutlicht, dass Deutschland sie bis heute immer noch nicht als gleichgestellte Mitglieder der Gesellschaft betrachtet.

Im Oktober 2012 entschied das Oberverwaltungsgericht Koblenz, dass Personenkontrollen, die ausschließlich aufgrund äußerer Merkmale wie der Hautfarbe durchgeführt werden, nicht mit dem Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3 vereinbar sind. Mit seiner Entscheidung sprach sich das Gericht gegen die Praxis des sogenannten Racial Profiling aus und hob die erstinstanzliche Entscheidung vom Februar 2012 auf. Dabei bezog es sich klar auf Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, der ein Diskriminierungsverbot beinhaltet. Darüber hinaus entschuldigte sich die Bundesregierung bei dem jungen Mann. Der Kläger, sein Anwalt und wir als Aktivist_innen verbuchen dies als einen ersten Etappensieg. Dennoch ist noch keine gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung erreicht, die uns zu vollwertigen Teilhaber_innen erklärt.

Mit der offiziellen Kampagne »Stop Racial Profiling« setzt sich die ISD nicht nur für den durch das Grundgesetz garantierten Gleichstellungsgrundsatz ein, sondern fordert auch den Aufbau von unabhängigen Meldestrukturen und die Abschaffung von verdachtsunabhängigen Kontrollen. Die Forderungen wurden in zwei Petitionen von mehr als 25.000 Petent_innen unterstützt. Die Thematik soll nun durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Podiumsdiskussionen und Aktionen weiter vorangetrieben und demnächst auch



auf parlamentarischer Ebene behandelt werden.

Für die ISD standen und stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- Verbot verdachtsunabhängiger Personenkontrollen, da sie zwangsläufig zu Racial Profiling führen
- Anti-Rassismus-Trainings für Polizist_innen in Ausbildung sowie Fortbildungen für Beamte_innen im Einsatz
- Unabhängige Meldestrukturen für Racial Profiling und Polizeigewalt

¹ People of Color (PoC) ist die selbst gewählte Bezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrungen.

■ Weitere Informationen zum Thema und der Initiative der ISD finden Sie unter: www.isdonline.de

SCHULE OHNE RASSISMUS – INTERRELIGIÖS UND INTERKULTURELL KOMPETENT

Werner Höbsch

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ist in den Schulgesetzen der Bundesländer verankert. Im Schulgesetz NRW beispielsweise werden als allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele genannt: »Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken« sowie eine Erziehung »im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Erduldung und zur Achtung vor der Überzeugung des Anderen« (§ 2 NRW-SchulG).

MENSCHENWÜRDIGKEIT IST KONKRET

Dieser Auftrag ist immer in konkreten Kontexten umzusetzen. Die unantastbare »Würde des Menschen« ist die Würde von Marie und Murat, von Aleksandra und Martin. Unbestreitbar gehört zu den Kontexten einer Schule und eines Kindergartens am Beginn des 21. Jahrhunderts die Pluralität der Kulturen und der Religionen. Kinder und Jugendliche, nicht nur in den Ballungsgebieten der Städte, erleben diese Vielfalt in ihrem schulischen und außerschulischen Alltag. Die Begegnung mit anderen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen findet folglich nicht mehr zuerst über Lehrbücher, Filme und Literatur statt, sondern in der täglichen Begegnung. Um mit dieser Situation angemessen umgehen zu können, ist interreligiöse und interkulturelle Kompetenz bei Pädagoginnen und Pädagogen gefordert, aber ebenso ein Lernziel für Schülerinnen und Schüler. Die Begegnung von Jugendlichen un-

terschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser Beheimatung bietet reiche Lernmöglichkeiten, die früheren Generationen verschlossen waren, kann aber auch zu Missverständnissen, Konflikten und Auseinandersetzungen führen.

In dieser Situation sind eine Haltungs-, eine Wissens- sowie eine Handlungskompetenz gefordert, um Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen zu Lernorten interkulturellen und interreligiösen Zusammenseins werden zu lassen. Wer interkulturelle und interreligiöse Kompetenz erwartet, muss darin ausbilden. Gute Ansätze für Fort- und Weiterbildungen sowie Modelle interkulturellen Lernens liegen vor, so beispielsweise von Joachim Willems: »Interreligiöse Kompetenz. Theoretische Grundlagen – Konzeptualisierungen – Unterrichtsmethoden«, Wiesbaden 2011.

Die oben genannten Bildungs- und Erziehungsziele dürfen nicht an einzelne



Fächer wie Politik, Geschichte oder Religion delegiert werden, vielmehr müssen diese Ziele das gesamte schulische Leben bestimmen.

SCHULE OHNE RASSISMUS

So wie Rassismus im gesellschaftlichen Alltag anzutreffen ist, tritt er auch im schulischen Kontext auf. Davor können die Augen nicht verschlossen werden. Diskriminierung und Rassismus an der Schule zu vermeiden oder zu unterbinden, ist eine wichtige, aber auch selbstverständliche Aufgabe. Darüber hinaus muss es ein wesentliches Lernziel für Pädagoginnen und Pädagogen wie auch für Schülerinnen und Schüler sein, die Vielfalt und Verschiedenheit wertzuschätzen und schon im Keim Rassismus und rassistischen Äußerungen entgegenzutreten.

Die Initiative »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« hat sich dieses Anliegen zum Ziel gesetzt. Eine Schule, die sich dieser Initiative anschließt, gibt folgende Selbstverpflichtung ab:

»1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe einer Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.

2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, werde



Weitere Informationen zu »Schule ohne Rassismus« erhalten Sie über: www.schule-ohne-rassismus.org

ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, uns zukünftig einander zu achten.

3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.«

Auf der Homepage der Initiative sind zahlreiche Projekte und Ideen dokumentiert, die ausgezeichnete Anregungen für den eigenen Kontext bieten.

DAS FELD NICHT DEN UNGLÜCKSPROPHETEN ÜBERLASSEN

Neben den Konflikten, die mit kultureller und religiöser Verschiedenheit begründet werden (hier wäre noch zu prüfen, ob die kulturellen und religiösen Differenzen wirklich die Ursache für Gewalt sind), liegen sehr positive Erfahrungen mit kultureller und religiösweltanschaulicher Vielfalt im schulischen Kontext vor. Dass es Rassismus und Diskriminierung an Schulen gibt, kann nicht abgestritten werden – sonst wäre die Initiative »Schule ohne Rassismus« ohne Grund, aber strikt zurückgewiesen werden muss die Verbreitung der Aussage, kulturelle Divergenzen führten automatisch zur Gewalt, zurückgewiesen werden muss die Stig-

matisierung von Personengruppen oder Stadtteilen als Brutstätten der Gewalt. Manche Talkrunden leben von der Polarisierung und der Diskriminierung von Gruppen; Schwarz-Weiß-Darstellungen im Interkulturellen und Interreligiösen verkaufen sich gut, aber es gilt, diesen Sarrazins nicht weiterhin das Feld zu überlassen und den Unglücksprophezeiungen positive Erfahrungen entgegenzusetzen.

■ Werner Höbsch ist Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
werner.hoebisch@erzbistum-koeln.de

WETTBEWERB »DIE GELBE HAND«

AKTIV GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS IN DER ARBEITSWELT

»Ihr alle seid aufgerufen, Euch zu beteiligen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen.« Mit diesen Worten lädt der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Rechtsextremismus e.V. seit 2005 zur Teilnahme am Wettbewerb »Die Gelbe Hand« ein.

■ Das Ziel des Wettbewerbs ist es, Auszubildende sowie Berufsschülerinnen und -schüler zu motivieren, sich mit Rassismus, Rechtsextre-

mismus und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt auseinanderzusetzen und stärker als Thema im Betrieb bzw. in der Berufsschule aufzugreifen.

Die Schirmherrschaft über den Wettbewerb übernehmen die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften sowie Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bzw. Ministerinnen und Minister der Bundesländer.

TEILNEHMERKREIS

- Berufsschülerinnen und -schüler,
- Auszubildende und junge Erwachsene, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden,
- Jugendausbildungsvertreterinnen und -vertreter,
- junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der außerschulischen arbeitsbezogenen Bildungsarbeit,
- junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

FORM DES WETTBEWERBSBEITRAGS

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in der Wahl der Darstellungsform frei. Zentraler Aspekt ist es, dass sie einen kreativen Zugang zum Thema finden und dadurch couragiertes Handeln erfahrbar machen. Es bieten sich eine Fülle von Möglichkeiten an, z.B. Reportagen, Interviews, Filme, Fotostories, Computerspiele, Animationen,

GELBE HAND-SKULPTUR IN LEVERKUSEN ENTHÜLLT

Rund 30 Auszubildende von Bayer, Lanxess und Currenta haben im Rahmen des Wettbewerbs »Die Gelbe Hand« ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gesetzt. Dafür haben die Azubis der Metallberufe eine etwa 1,80 Meter große Metall-Skulptur angefertigt.



Foto: presse.currenta.de

Die feierliche Enthüllung fand am 14. März 2013 in der Metall-Lehrwerkstatt des Currenta-Bildungscampus im Beisein von Giovanni Police, Vorsitzender des Vereins »Mach meinen Kumpel nicht an!« statt.

Das Motto des Wettbewerbs wurde von den Auszubildenden geschickt in das Kunstwerk integriert und damit die Botschaft klar formuliert: »Seid aufmerksam und geratet nicht in den Strudel von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.«

Logos für eine Kampagne, Lieder, Plakate, Postkarten, Bilder, Collagen, Projektstage, Ausstellungen.

WÜRDIGUNG DES ENGAGEMENTS

Das Engagement wird durch die Preise (1. Preis: 1000 €, 2. Preis: 500 €, 3. Preis: 300 €, Sonderpreise: jeweils 500 €) und die Teilnahme an einer feierlichen Preisverleihung mit Schirmfrauen und Schirmherren sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften und Politik gewürdigt. Des Weiteren werden die Wettbewerbsbeiträge einer breiten Öffentlichkeit zur Nachahmung zur Verfügung gestellt: www.gelbehand.de/praxisbeispiele



BEWERBEN!

Mehr Informationen zum Wettbewerb, u.a. Fristen für die Einsendung der Beiträge und Preise unter: www.gelbehand.de/wettbewerb

ZUM VEREIN

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. steht den Gewerkschaften nahe und wird von ihnen unterstützt. Seit seiner Gründung 1986 engagiert er sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und

Rechtsextremismus. Damit ist der Verein eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Das Logo des Vereins »Die Gelbe Hand« ist das gewerkschaftliche Symbol gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Der Verein wird oft als »Kumpelverein« oder »Gelbe Hand« bezeichnet.

■ Kontakt:

Mach meinen Kumpel nicht an!
– für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

AKTIV GEGEN RECHTS: AKTIONSTAG FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

Alexander Kirchner

Die aktuelle Krise Europas birgt viele Gefahren. Nicht die geringsten unter ihnen sind das Wiederaufleben gegenseitiger Vorurteile und damit verbunden das Wiedererstarken des rechten politischen Randes. Die Wahlerfolge rechter Parteien in Griechenland, Frankreich und Ungarn zeigen es.

■ Und in Deutschland selbst? Die NPD hat bisher, zum Glück, nicht von der Krise profitieren können. Doch die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle hat ein Ausmaß an rechtsextremer Gesinnung gezeigt, die wir in Deutschland längst überwunden glaubten. Aber nicht nur das: Sie hat auch gezeigt, mit welchen Vorurteilen Sicherheitsbehörden dem Thema Rechtsextremismus begegnen. »Morde an Immigranten? Das kann nur die Türkenmafia gewesen sein. ...«

Insofern sind die Taten des NSU auch eine Herausforderung an uns alle. Mit ihnen stellt sich insgesamt die Frage: Wie immun ist unsere Gesellschaft eigentlich gegen rassistische und antisemitische Einstellungen heute? Aber auch: Wie kann eine gewerkschaftspolitische Strategie dazu beitragen, Lösungen gegen Rechtsextremismus zu finden?



Foto: EVG

Die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband riefen im Februar 2012 gemeinsam zu einer bundesweiten Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt auf. Hier zu sehen: Jugendliche der EVG am Berliner Hauptbahnhof.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hat im Jahr 2012 erstmals einen bundesweiten Aktionstag Integration und Migration durchgeführt. Unser Ziel: Einen Tag lang sollte das Thema für unsere ganze Organisation im Mittelpunkt stehen. Dabei ging es um Fragen der Migration und Integration, Fragen nach gerechter Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Dabei haben wir die konkrete Ausgestaltung bewusst unseren Gliederungen vor Ort überlassen.

Die ersten Rückmeldungen aus der Organisation auf diesen Aktionstag waren ganz ehrlich gemeint und lauteten: »Wir haben hier keine Mitglieder mit Migrationshintergrund. Von wem soll dieser Aktionstag besucht werden?« Es war die klassische Vorstellung »Was haben Mitglieder ohne Migrationshintergrund mit dem Thema zu tun?« Eher zögerlich bekamen wir Rückmeldungen über geplante Aktionen. Was unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort dann aber am Aktionstag selbst auf die Beine stellten, war beachtlich. In mehrfacher Hinsicht: von beachtlicher Kreativität und von beachtlicher Vielfalt.

In Essen z.B. organisierte die EVG Geschäftsstelle unter dem Motto »Du bist anders, na und!« eine Aktion auf dem Gelände der »Ditib Fatih Moschee«. Der Landesbezirk Thüringen lud zu einem Gesprächsforum unter dem Motto »Fremd ist der Fremde nur in der Fremde«, in denen das tägliche Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft im betrieblichen Alltag im Mittelpunkt stand. In der EVG Geschäftsstelle Hamburg wurde hingegen eine Ausstellung »Grenzenlose Liebe – binationale Paare in Hamburg« eröffnet. 19 Bilder mit unterschiedlichen binationalen Paaren aus der Hansestadt wurden in der Geschäftsstelle gezeigt.

Dieser Aktionstag war für uns ein Auftakt zu einer intensiveren Beschäftigung

mit der Thematik. Fast 16 Millionen Migranten bzw. Deutsche ausländischer Herkunft leben heute in Deutschland, viele von ihnen in zweiter oder dritter Generation. Längst hat sich Deutschland, ohne sich formell dazu zu bekennen, zu einem Einwanderungsland entwickelt. In Betrieben und im Wohnquartier ist das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft alltägliche Praxis – aber durch sprachliche Barrieren, Vorurteile und mangelndes Wissen übereinander ist dieses Miteinander nicht frei von Spannungen.

Und auch heute werden wieder für eine Reihe von Branchen gezielt Arbeitskräfte im Ausland gesucht, die Bundesagentur für Arbeit schlägt eine gesteuerte Zuwanderung vor. Dafür, so die

BA, sei eine »Willkommenskultur« erforderlich – was nichts anderes ist als eine poetisch angehauchte Umschreibung für ein Integrationskonzept. Wir müssen uns darüber verständigen, was wir von den Immigranten erwarten dürfen – und was die Gesellschaft leisten muss, damit Integration gelingen kann. Die EVG ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Aus: »Forum Migration, August 2012«, DGB Bildungswerk Bund (Hrsg.)

■ Alexander Kirchner ist Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) sowie Schirmherr »Die Gelbe Hand« 2012/2013.

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!

DAS BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Nach Übergriffen durch Rechtsextreme ist die öffentliche Empörung über alle Parteigrenzen hinweg regelmäßig groß. Vielfach werden auch zentral eingeleitete Gegenmaßnahmen gefordert, um Aktivitäten von Rechtsextremisten entgegenzuwirken. Besonders wichtig für die erfolgreiche und nachhaltige Arbeit gegen Rechtsextremismus ist aber das Engagement regionaler und lokaler zivilgesellschaftlicher Initiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus, die häufig mit hohem Einsatz und viel ehrenamtlichem Engagement gegründet werden und sehr aktiv und wirksam daran arbeiten, vor Ort öffentlich sichtbar Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) setzt sich für eine starke, demokratische und tolerante Zivilgesellschaft ein. Um das zu erreichen, sammelt, koordiniert und vernetzt das BfDT zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen. Nicht nur Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, werden unterstützt, sondern auch andere Themenfelder wie beispielsweise Toleranz, Gewaltprävention und Integration spielen beim BfDT eine große Rolle. Dabei arbeitet es stets dezentral und mit großen und kleinen Kooperationspartnern zusammen. Auch Öffentlichkeitsarbeit für die wichtige Arbeit der Initiativen war und ist eine Hauptaufgabe des BfDT, das am Tag des Grundgesetzes, dem 23. Mai, im Jahre 2000 von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründet wurde. Das bundes-

weite Bündnis zeichnet jedes Jahr rund 80 Projekte und Initiativen im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« aus, die beispielhaft für viele andere gelungene Projekte stehen und als Vorbild für weitere Projekte dienen können. Diese Best-Practice-Beispiele werden mit einer Gewinnsumme von bis zu 5.000 € prämiert. Ziel ist dabei, den oft kleinen Vereinen und Initiativen die Möglichkeit zu bieten, weitere Projekte auf die Beine stellen zu können. Gleichzeitig wird eine öffentlichkeitswirksame Plattform für diese Vereine und Initiativen geschaffen.

Ebenso wichtig ist die Durchführung von Veranstaltungen, die im Laufe der Zeit eine immer größere Öffentlichkeit erreichen. Ein Beispiel dafür ist das gemeinsam mit der Stadt Wunsiedel und dem bayrischen Bündnis für Demokratie und Toleranz organisierte Wunsied-



ler Forum, das 2012 schon zum fünften Mal stattfand. Dieses Forum bietet jedes Jahr engagierten und interessierten Menschen aus ganz Bayern die Möglichkeit, sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Ideen für die Stärkung einer toleranten Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Um Rechtsextremismus, Rassismus und menschenfeindlichen Einstellungen entgegenzuwirken ist die Stärkung unserer Demokratie sehr wichtig. Deswegen organisiert das BfDT jedes Jahr einen Jugendkongress, bei dem rund 400 Jugendliche in Workshops und Außenforen alles rund um das Thema Demokratie erfahren können. Am Tag des Grundgesetzes werden auch Menschen, die sich besonders für Demokratie und Toleranz eingesetzt haben, als Botschafter geehrt. 2012 waren dies u.a. Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung zur Betreuung der Hinterbliebenen der Opfer des NSU, und Esther Bejarano, die als Mitbegründerin und Vorsitzende des deutschen Auschwitz-Komitees viel für die Sensibilisierung

der Öffentlichkeit getan hat, sowie Eddy Münch, der ehrenamtlich Beauftragter für gesellschaftliche Entwicklung im Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Fußballverbandes (SHFV) ist und das Projekt »Schleswig-Holstein kickt fair« entwickelte, das gegen Antidiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und für Integration eintritt.

Die Veranstaltungen und Projekte, die das BfDT bundesweit durchführt oder unterstützt, dienen der Stärkung von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement. Im Weiteren werden sechs Initiativen vorgestellt, die sich beispielhaft und erfolgreich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungen engagieren.

■ **Kontakt:**
Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
buendnis@bpb.bund.de
www.buendnis-toleranz.de

»BAD NENNDORF HAT MASSSTÄBE GESETZT«

Bad Nenndorf ist bunt – Bündnis gegen Rechtsextremismus e.V.



■ Seit 2006 finden vor dem Wincklerbad in Bad Nenndorf, einem Spezialgefängnis des britischen Geheimdienstes von 1945 bis 1947, jedes Jahr im August sogenannte »Trauermärsche« von Neo-Nazis statt. Gegen diese rechtsextremen Aufmärsche gründete sich im gleichen Jahr das Bündnis Bad Nenndorf ist bunt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es dem Bündnis gelungen, einen breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand zu organisieren, der jährlich Protestveranstaltungen gegen die »Trauermärsche« durchführt sowie eine breite Bildungs- und Kulturarbeit betreibt.

Neben einem traditionellen Protestzug mit abschließender Kundgebung und prominenten Rednern hat das Nenndorfer Bündnis zahlreiche andere phantasievolle Aktionsformen und -mittel entwickelt, die den Nazis die Freude am »Trauern« vergällen und die Zahl der »Trauergäste« schon um die Hälfte haben zurückgehen lassen. Seit 2010 quälen sie sich durch eine Partymeile von feiernden und tanzenden Antifaschisten, werden mit Schlumpfliedern und Reggae-Musik begrüßt und am Wincklerbad prangt ein Riesentransparent, auf welchem sich 140 »Gesichter für Bad Nenndorf« zeigen. Zudem wurde die Nazi-Route mehrere Male blockiert, was zu erheblichen Verzögerungen und weiterem Frust führte. 2012 schufen hunderte von NenndorferInnen mit einer urban-knitting-Aktion eine Karnevalsatmosphäre, in welcher der martialische Aufmarsch mit Landsknechtstrommeln lächerlich wirkte: Baumstämme, Straßenschilder und Gartenzäune waren von oben bis unten bestrickt.

Natürlich gibt es ernsthafte Anstrengungen, die Nazi-Trauermärsche mit juristischen und politischen Mitteln zum Ende zu bringen. Über die historischen Hintergründe des britischen Verhörlagers ist inzwischen eine Dokumentation erschienen, welche über die von den Besatzungsbehörden zu verantwortenden Missstände aufklärt, aber die Nazi-Behauptung in die Schranken weist, Hitlerdeutschland sei unschuldiges Opfer der alliierten Kriegsgegner gewesen. Der NDR resümierte die Aktivitäten von Bad Nenndorf ist bunt: »Bad Nenndorf hat Maßstäbe gesetzt«.

■ www.bad-nenndorf-ist-bunt.com

BÜNDNIS REMAGEN FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE



■ Ähnlich wie das Wunsiedler Forum will das Bündnis Remagen den Rechtsextremen keinen Raum lassen, um ihre Heimatstadt zur Plattform für rechte Parolen zu machen. Jeweils am Tag vor Totensonntag marschieren die Rechtsextremen zum Gedenken an die Toten des Kriegsgefangenenlagers Goldene Meile auf. Dort wurden zwischen April und Juli 1945 mehr als 300.000 deutsche Soldaten inhaftiert. Die Rechtsextremisten nutzen diesen Tag, um die Täter-Opfer-Rolle umzukehren und für ihre Propagandazwecke zu nutzen. Und genau das will das 2010 gegründete Bündnis Remagen nicht akzeptieren.

Um das Ziel des Aufmarsches, die Friedenskapelle (Mahnmal am Ort der ehemaligen Rheinwiesenerlager) vor Missbrauch zu schützen, wurde die Kapelle von den engagierten Initiatoren/-innen des Aktionsbündnisses erstmals im November 2010 in weiße Plastikplanen gehüllt. Der Zutritt war hierdurch nicht mehr möglich, der Blick auf den sonst offenen Innenraum war versperrt. 2011 wurde die Aktion wiederholt.

Im November 2012 gab es am Tag des geplanten Neonaziaufmarsches erstmals eine Veranstaltung mit Unterstützung des Bürgermeisters und des Stadtrates, die bisher nicht aktiv zu Gegenprotesten aufgerufen hatten. Die Verhüllung wurde von einem »Tag der Demokratie« mit einem inhaltlichen Rahmenprogramm begleitet.

■ www.buendnis-remagen.de

EINE BÜHNE FÜR MENSCHENRECHTE



■ Menschenrecht ist ein so wichtiges Wort, das doch viel zu selten ausgesprochen zu werden scheint. Die »Bühne für Menschenrechte e.V.« gibt den Menschen eine Stimme und erzählt anhand dokumentarischer Theaterstücke die Geschichten von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die erste Produktion des Vereins, »Die Asyl-Monologe«, handelt von Menschen, die Grenzen überwunden, Verbündete gefunden und niemals ein »Nein« als Antwort akzeptiert haben. Die Theaterproduktion will Verständnis für die Situation von Asylsuchenden erzeugen, indem z. B. die Fluchtursachen geschildert werden. Außerdem soll auf diese Weise Rechtsextremismus und rassistischen Tendenzen entgegengewirkt werden. Das Stück wurde bereits in zahlreichen Städten aufgeführt. Die Veranstaltungen werden von in der Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen, z.B. kirchlichen oder studentischen Initiativen, Gemeinderäten oder developmentspolitischen Einrichtungen organisiert. Im Anschluss an die Aufführungen finden Gespräche statt, um bei den Zuschauern das entstandene Interesse zu nutzen und sie zu einem aktiven Engagement zu motivieren. Der Aufbau eines Netzwerks durch die »Bühne für Menschenrechte e.V.« soll die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen in Deutschland stärken und zivilgesellschaftliches Engagement fördern.

■ www.buehne-fuer-menschenrechte.de

MITMACH-WERKSTATT GEGEN RASSISMUS



■ Das Projekt »Mitmach-Werkstatt« gegen Rassismus« aus Paderborn wurde von zwei Museumspädagogen initiiert. Vom 11. März bis zum 1. Mai 2011 wurde eine Sonderausstellung zum Thema Rassismus in der NS-Gedenkstätte Wewelsburg gezeigt. Angeregt durch die alljährlichen »Internationale Wochen gegen Rassismus« wurde diese partizipative Ausstellung mit 13 interaktiven Stationen entwickelt, in der aktive Museumsbesucher/-innen im Mittelpunkt standen und sich beteiligen konnten. So wurden die Besucher/-innen konkret in die Ausstellung eingebunden, indem sie die Ausstellung mitgestalten konnten. Dadurch wurde ein Austausch zwischen den Besucher/-innen untereinander und den Mitarbeiter/-innen der Gedenkstätte ermöglicht. Das Ziel der interaktiven Stationen war es, die Sensibilisierung für das Thema Rassismus bei den Besucher/-innen zu fördern und deren eigenes Handeln in einem Erfahrungsraum zu ermöglichen.

Die »Mitmach-Werkstatt« wurde parallel zur Dauerausstellung »Ideologie und Terror der SS« inszeniert und konnte dadurch ca. 1.000 Besucher/-innen zum Mitmachen gewinnen. Die entwickelten Stationen der »Mitmach-Werkstatt« sind »mobil« strukturiert und auch über den Ausstellungszeitraum hinaus verwendbar und lassen sich individuell für weitere Ausstellungen zusammenstellen.

■ www.wewelsburg.de/de/aktuelles/meldungen/eroeffnung-mitmachwerkstatt-maerz2011.php

WIR GEMEINSAM IN ZWICKAU – VIELFALT IN EINKLANG



■ Um Rassismus zu bekämpfen, müssen Vorurteile abgebaut werden und dies geschieht am besten durch das gegenseitige Kennenlernen. Deswegen organisiert der Verein »Wir – Gemeinsam in Zwickau« e.V. Projekte wie »Vielfalt in Einklang«, das sich seit August 2010 aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und Diskriminierung jeder Art engagiert. Mit Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Theaterprojekten, Podiumsdiskussionen und starkem ehrenamtlichen Engagement werden Menschen angesprochen, die sozial benachteiligt sind.

Es geht dem Verein vor allem darum, einen Treffpunkt für Zwickauer und neu Zugewanderte zu schaffen, um die Integration zu vereinfachen. Dazu werden von den insgesamt 20 ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen verschiedene Veranstaltungen organisiert sowie Workshops zur Erweiterung der Medien- und Sozialkompetenzen angeboten. Zu den vielfältigen Angeboten und Aktivitäten zählen unter anderem die Karawane der Kulturen im Rahmen der bundesweit stattfindenden Interkulturellen Woche, Informationsstände beim Zwickauer Stadtfest, die Wanderausstellung »Frauenpower für Frieden und Menschlichkeit« und ein Theaterprojekt zum Thema Migration. Durch das Theaterprojekt hatten Kinder die Möglichkeit, auf kreative Weise ihren eigenen Ansatzpunkt zu finden, sich mit Vorurteilen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Die Aufführung wurde anlässlich der Tage der Demokratie und Toleranz in der Zwickauer Region in der Aula der Grundschule am Scheffelberg aufgeführt (ca. 250 Zuschauer/-innen). Bisher haben mehr als 600 Zuschauer/-innen die Aufführungen verfolgt.

■ www.integra-zwickau.de



Rechtsextremismus ist ein deutschlandweites Problem, doch ist dessen strukturelle Verankerung von Region zu Region unterschiedlich. In Vorpommern gibt es starke Neo-Nazi-Strukturen, gleichzeitig gibt es seit vielen Jahren zivilgesellschaftliches und öffentliches Engagement dagegen. Denn selbstverständlich nennen viele tolerante, demokratische und weltoffene Bürgerinnen und Bürger Vorpommern ihr zu Hause. Um dies deutlich zu machen, demokratische Kultur zu stärken und um sich gemeinsam für ein zukunftsfähiges Vorpommern einzusetzen, haben sich Einzelpersonen, Vereine, Kunst- & Kultur-Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und alle demokratischen Parteien in einem Demokratiebündnis zusammengeschlossen.

Von Lesungen über Filmvorführungen und Podiumsdiskussionen, Erinnerungsveranstaltungen im öffentlichen Raum, bis hin zu Gegendemonstrationen organisieren die Mitglieder von »Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!« Veranstaltungen – denn ihren offenen gesellschaftlichen Raum wollen sich die Bürgerinnen und Bürger von Vorpommern nicht nehmen lassen.

■ www.vorpommern-weltoffen-demokratisch-bunt.eu

NICHTS GOLDENES AN DIESER MORGENRÖTE – TO DIKO MAS OXI

Wir dokumentieren das Manifest »Nichts Goldenes an dieser Morgenröte – to diko mas OXI«, das im November 2012 von in Deutschland lebenden Griechinnen und Griechen veröffentlicht wurde. Zu den Erstunterzeichnern gehören der Journalist Mark Terkessidis, Kostas Papanastasiou, der TV-Wirt aus der »Lindenstraße«, sowie die Schauspielerin Maria Ketikidou und der Schauspieler Adam Bousdoukos.

Manche bezeichnen uns als Diaspora-Griechen, andere als Dritte Generation der Gastarbeiter, für manche sind wir Fremde. Einige sind hier auf die Welt gekommen, andere haben ihre Koffer gerade erst ausgepackt und andere wiederum träumen davon zurückzukehren. Wir fahren regelmäßig nach Griechenland, wir haben dort Familie, Freunde, Beziehungen und Jobs. Unsere Biografien, die Musik, das Theater, die Literatur, die Erinnerungen und die gemeinsame Gefühlswelt verbinden uns.

Wir sind erschüttert von den täglich an Brutalität zunehmenden und rassistischen Übergriffen der neonazistischen Chrysi Avgi, der sogenannten Goldenen Morgenröte. In unserem Alltag waren wir es gewohnt über Rassismus und Gewalttaten zu reden, die wir als Migranten in Deutschland erleben, und uns dazu zu verhalten. Wir werden nie die Bilder von den Angriffen der Neonazis auf Migranten und Flüchtlinge 1992 in Rostock vergessen, bei denen Schaulustige Beifall klatschten und die Polizei tatenlos zuschaute, während all

das live im Fernsehen übertragen wurde. Wenn die Gesellschaft die Augen vor solchen Phänomenen verschließt, wundert es dann, dass Neonazi-Organisationen wie der NSU sich ermutigt fühlen, Migranten umzubringen? Und wie kürzlich herauskam mit der Verwicklung des Verfassungsschutzes?

Es trifft uns und macht uns gleichzeitig wütend, dass ähnliche Ereignisse in Griechenland alltäglich geworden sind. Inzwischen können dort die Neonazis der Chrysi Avgi, sogar unter den Augen der Polizei, ungehindert zuschlagen. Wir können es nicht fassen, dass in einem Land, in dem der Faschismus Hunderttausende Opfer und tiefe Wunden hinterlassen hat, kriminelle Neonazis zu Abgeordneten gewählt wurden, ihrer Partei im Fernsehen eine Bühne geboten wird, ihnen mit Feigheit begegnet wird und sie offensichtlich mehr als unterschätzt werden. Noch erschreckender erscheint uns die Tat-



Foto: Reuters/Grigoris Siamidis

sache, dass Neonazis unter dem Vorwand »rein patriotischer« Absichten die griechische Gesellschaft täuschen und nun die Legitimation haben, diese mit Gewalt zu terrorisieren.

Wie sehr haben die Wirtschaftskrise, die Auflösung gesellschaftlicher Strukturen, die Geringschätzung der Institutionen, die Migrationspolitik in Griechenland und Europa zum Aufstieg der Chrysi Avgi beigetragen? Sicher ist, dass in dieser Krise, die für Griechenland so schmerzvoll ist, sowohl die Politik Deutschlands als auch die Umsetzung von ausweglosen Sparmaßnahmen eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Angst, die Depression und die wirt-

schaftlichen Probleme vieler Menschen sind inzwischen existentiell geworden und bedrohen tagtäglich die Menschenwürde. Die Krise der Wirtschaft verschärft die Krise der Demokratie.

Glücklicherweise gibt es Menschen, die den Mut haben, sich zu wehren und gewalttätige Angriffe gegen ihre Mitbürger abzuwenden. Es ist wichtig, dass solche Taten Nachahmer finden. Keine Gesellschaft kann frei sein, wenn sie zulässt, dass Menschen in Gefahr sind, weil sie sich aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Gedanken, ihres Geschlechts, unterscheiden. Heute die »Anderen«, morgen wir, du, ich. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Nichts ist golden an dieser Morgenröte.

Deshalb sagen wir NEIN zur Chrysi Avgi und zu jeder Chrysi Avgi.

■ Weitere Informationen sowie die Möglichkeit das Schreiben mit zu unterzeichnen erhalten Sie unter: www.todikomasoxi.org

ZUR SITUATION DER ZUGEWANDERTEN AUS DEN NEU-EU-STAATEN BULGARIEN UND RUMÄNIEN NACH DUISBURG

Uli Kloeters

Bürgerinnen und Bürger aus Bulgarien und Rumänien genießen in Deutschland Freizügigkeitsrechte. Dies bedeutet, dass sie sich frei in den EU-Staaten bewegen und ansiedeln können. Die Zuwanderung bulgarischer und rumänischer Familien nach Duisburg nimmt, ähnlich wie in anderen Großstädten, seit dem EU-Beitritt beider Staaten kontinuierlich zu.

■ Unmittelbar vor dem Beitritt am 29. Dezember 2006 lebten 263 bulgarische und 193 rumänische Staatsangehörige in Duisburg.

Am 1. Januar 2013 waren 4.108 bulgarische und 2.068 rumänische Staatsangehörige in Duisburg gemeldet. Ein Viertel der bulgarischen Staatsangehörigen sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, bei den rumänischen Staatsangehörigen stellen diese mehr als ein Drittel. Schwerpunkt des Zuzugs bulgarischer Staatsangehöriger ist der Duisburger Stadtteil Hochfeld mit derzeit 2.141 Personen.

Die Menschen leben überwiegend in prekären Verhältnissen. Die Aufnahme einer sogenannten abhängigen Arbeit ist ihnen gemäß den Beschränkungen des Arbeitsmarktes bis zum 01. Januar 2014 faktisch nicht gestattet. Daher machen sich viele Betroffene selbständig. Männer melden größtenteils handwerkliche Gewerbe an, arbeiten jedoch für nur einen Arbeitgeber und sind dadurch de facto scheinselbständig. Andere arbeiten als Tagelöhner oder Straßenmusiker. Frauen arbeiten als Putz-, Küchen- oder Pflegehilfen, auch sie sind selbständig. In den Rotlichtmilieus Duisburgs und Oberhausens sind seit Ende 2009 fast ausschließlich Frauen aus den neuen EU-Staaten tätig.

Die Wohnverhältnisse sind oftmals problematisch. Zu überhöhten Mietpreisen werden ihnen engste Wohnungen mit fehlenden Heizmöglichkeiten und veralteten sanitären Einrichtungen, häufig mit Schimmel- und Schädlingsbefall durch private Eigentümer vermietet.

Ein weiterer problematischer Bereich liegt in der medizinischen Versorgung. Wenige verfügen über eine Krankenversicherung aus dem Heimatland. Diese greift ausschließlich im Fall akuter Erkrankungen. Die meisten haben keinen Krankenversicherungsschutz, insbesondere Kinder sind betroffen. Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen entfallen ebenso wie die Versorgung chronisch Kranker.

Auch die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Kleidung ist nicht in allen Familien gewährleistet. Sie sind auf Spenden angewiesen.

Im Bereich der schulischen und sprachlichen Bildung wurden und werden zahlreiche Bemühungen unternommen. Die Situation hat sich gebessert, trotzdem fehlen weiter Schulplätze für Seiteneinsteiger. Für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und Erwachsene bleibt der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen schwierig.

Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürger begegnen vielfältigen rassistischen Zuschreibungen, sei es auf der Straße oder in den Medien, die ihr Leben weiter beeinträchtigen.

Trotz der massiven Probleme sagen die Betroffenen, dass sie gekommen seien, um sich ein besseres Leben aufzubauen und ihren Kindern eine Perspektive geben zu können.

Die Internationale Initiative Hochfeld e.V. ist ein sozialräumlich orientiertes Stadtteilprojekt in Trägerschaft der Gral-Akademie e.V. und des Diakonischen Werkes Duisburg. Die Initiative arbeitet seit nunmehr 40 Jahren im Stadtteil. Neben Frauenintegrationskursen, Sprachfördergruppen für Grundschülerinnen und -schüler und einer aus Landesmitteln geförderten Integrationsagentur halten wir verschiedene Angebote für Familien, Frauen und Kinder bereit, in denen wir Duisburgerinnen und Duisburgern aus den neuen EU-Staaten begegnen. Im Weiteren ko-

ordinieren wir den Arbeitskreis Neu-EU-Bürger, in dem ca. 30 Institutionen, Organisationen und Vereine zusammenarbeiten, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Gemeinsam haben wir eine Bedarfsanalyse erstellt, in der die Situation von Neu-EU-Bürgern beschrieben, die vorhandenen Angebote dargestellt und die grundlegenden Bedarfe zusammengestellt wurden.

Hier ein Auszug der dringlichsten Bedarfe:

- Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung
- Medizinische Basisversorgung und Zugang zu Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen
- Zugang zu den Angeboten der Wohnungslosenhilfe und zu Frauenhäusern
- Niedrigschwellige, muttersprachliche Beratungsangebote zu Mietfragen, dem Arbeitsrecht und zur Existenzgründung
- Sicherung von Sprachförderangeboten für Kinder
- Sicherung eines ausreichenden Angebotes mit Schulplätzen

■ Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für Jugendliche und Erwachsene

■ Einrichtung von Dolmetscherdiensten oder Sprachmittlerpools in Ämtern und Behörden

Die Integration der neu Zugewanderten wird auch in Zukunft eine große Herausforderung darstellen.

■ Kontakt:

Internationale Initiative Hochfeld e.V.
iihochfeld@arcor.de

FÜNF FRAGEN ZU RASSISMUS



■ Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) bietet mit Handreichungen, die u.a. auf die Themen »Rassismus«, »Antisemitismus« und »Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen«, »Sinti und Roma«, »Muslimen« und »Obdachlosen« eingehen, eine Informationsreihe im Flyer-Format an. Damit soll die Auseinandersetzung mit rechts-extremen Einstellungen in Kirchen und Gesellschaft vor dem Hintergrund eines menschenfreundlichen biblischen Menschenbildes gefördert werden.

Der zweite BAG K+R-Informationsflyer führt in das Thema Rassismus ein und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf.

Weitere Informationen zu den Handreichungen und zur BAG K+R finden Sie auf der Webseite www.bagkr.de

■ Kontakt:

BAG K+R, c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Auguststraße 80, 10 117 Berlin
post@bagkr.de

LESESTART – DREI MEILENSTEINE FÜR DAS LESEN

BUNDESWEITE LESEFÖRDERINITIATIVE SETZT AUF ZUSAMMENARBEIT MIT KOMMUNEN

Khalid Asalati

Wer nicht richtig lesen kann, hat schlechte Chancen in unserer Gesellschaft. Lesen ist eine Schlüsselkompetenz fürs Lernen und eine wichtige Voraussetzung, um sich beruflich und persönlich zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dennoch können hierzulande 7,5 Millionen Erwachsene nicht richtig lesen (LEO Studie 2011).

Die im November 2011 gestartete bundesweite Initiative »Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen« will das ändern und zwar so früh wie möglich. Dazu werden im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten und von der Stiftung Lesen durchgeführten Initiative zwischen 2011 und 2018 insgesamt 4,5 Millionen kostenfreie Lesestart-Sets an Eltern mit ein-, drei- und sechsjährigen Kindern überreicht. Jedes Lesestart-Set enthält ein altersgerechtes Buch sowie einen ins Türkische, Polnische und Russische übersetzten Vorleserattegeber. Die Sets motivieren Eltern zum Vorlesen und führen Kinder, unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft so frühzeitig an Sprache, Bücher und ans Lesen heran.

Damit die Initiative vor allem die Kinder erreichen kann, denen bislang wenig vorgelesen wird, braucht es die Unterstützung der sozialen Akteure vor Ort. Sie können helfen, »Lesestart« bei den Eltern, Familien und Einrichtungen vor Ort bekanntzumachen.

LESESTART-SETS FÜR KINDER IM ALTER VON EINEM, DREI UND SECHS JAHREN

Die ersten Lesestart-Sets gibt es seit November 2011 für Familien mit einem einjährigem Kind in der Kinderarztpraxis im Rahmen der U6. Das zweite Set wird Familien und ihren dann dreijährigen Kindern ab Herbst 2013 in der Bibliothek vor Ort überreicht. Das dritte Lesestart-Set erhalten alle Schulanfänger erstmals mit Beginn des Schuljahres 2016/2017.

Im November 2013 startet die zweite Phase der Initiative in den Bibliotheken. Viele der bundesweit insgesamt

rund 10.000 Büchereien und Fachstellen werden die »Lesestart«-Initiative auch mit Veranstaltungsreihen und Lesestart-Aktionen zum Thema Sprach- und Leseförderung begleiten. Die Leseförderinitiative ist für viele Bibliotheken eine gute Gelegenheit, gerade Familien, die bislang keine Bibliotheken besucht haben, mit ihrem Medienbestand, ihrem mehrsprachigen Bücherangebot sowie zusätzlichen Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. Vorlesestunden oder auch Infoveranstaltungen zum Thema Sprach- und Leseförderung zu gewinnen und Kinder von klein auf für ihre Angebote nachhaltig zu begeistern.

»LESESTART« BRAUCHT ENGAGIERTE KOMMUNEN

Damit »Lesestart« die Eltern und Familien erreichen kann, braucht es ein starkes Partnernetzwerk. Besonders wichtig für die Umsetzung der Initiative sind die kommunalen und sozialen Einrichtungen vor Ort. Für 2013 ist die Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuss geplant, der die alljährlich stattfindende Interkulturelle Woche mit bundesweit ca. 4.500 Veranstaltungen in 500 Städten und Gemeinden vorbereitet. Bereits jetzt sind Bibliotheken wichtige Orte innerhalb der Interkulturellen Woche. Durch »Lesestart« kann das bestehende Angebot ergänzt werden. Aber auch Kommunen, in denen die Bibliotheken bislang nicht in die Interkulturelle Woche eingebunden sind, sind eingeladen, bei ihren Planungen für die Interkulturelle Woche auf die Bibliotheken zuzugehen und für »Lesestart« zu werben.

Vor dem Hintergrund des Starts der zweiten »Lesestart«-Phase im November 2013, können Kommunen und Bibliotheken gemeinsam Aktivitäten



© Ulrike Annick Weber

und Aktionen zur Förderung des Vorlesens und Bekanntmachung von »Lesestart« planen. Das können Familienfeste sein, Vorleseaktionen für Kinder oder auch Angebote zur frühkindlichen Sprach- und Leseförderung für Eltern und andere Interessenten.

JETZT ANMELDEN AUF WWW.LESESTART.DE

Kommunale und soziale Einrichtungen können sich jederzeit auf www.lesestart.de als Multiplikator für »Lesestart« anmelden und kostenfreies Begleitmaterial bestellen.

Als registrierter Partner können sich die Einrichtungen ferner auf der offiziellen »Lesestart«-Website präsentieren und mit anderen »Lesestart«-Akteuren in Kontakt treten. Dazu bietet die auf www.lesestart.de eingestellte interaktive Deutschlandkarte einen stets aktuellen Überblick über alle teilnehmenden Lesestart-Partner. Die Website bietet zudem als Service für Eltern und Familien eine Datenbank, in die »Lesestart«-Partner ihre (Vor-)Leseveranstaltungen einstellen können.

■ Kontakt: Stiftung Lesen
Khalid Asalati
Khalid.Asalati@stiftunglesen.de
www.stiftunglesen.de

Aktionen und Materialien

AUSSTELLUNG: »HOMESTORY DEUTSCHLAND«



»Homestory Deutschland« ist ein kollektives Selbstporträt. Es greift afrikanische, afrikanisch-amerikanische und Schwarze deutsche Erinnerungstraditionen auf, in denen der oralen und schriftlichen Weitergabe von gelebter Erfahrung eine maßgebliche Rolle zukommt.

Anhand von 27 visuell aufbereiteten Biographien von Schwarzen Männern und Frauen soll deren Schaffen in diversen gesellschaftlichen Bereichen exemplarisch dargestellt werden. Dadurch wird es möglich, individuelle Verhandlungen und Entscheidungsfähigkeiten nachzuvollziehen und den ihnen innewohnenden aktiven und bewussten Gestaltungswillen hervortreten zu lassen, der die stete und oftmals mühsame Auseinandersetzung mit der weißen Mehrheitsgesellschaft eindrucksvoll bezeugt.

Während sechs bebilderte, stichpunktartige Zeitleisten die Existenz einer Schwarzen Präsenz von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart faktisch be-

legen und damit den historischen Rahmen verdeutlichen, sind die einzelnen Biografien bewusst nicht chronologisch im Sinne ereignisgeschichtlicher Epochen geordnet, sondern nach thematischen Anhaltspunkten, die das Leben und Denken einer in Deutschland ansässigen Schwarzen Diaspora sichtbar machen.

Vergangene und gegenwärtige Lebensgeschichten kreieren so ihre eigene Raum/Zeit, überlagern sich, hallen ineinander wider und verknüpfen sich ständig neu. Das dadurch entstehende, Generationen verbindende, kommunikative Spannungsverhältnis erschwert es, sich den porträtierten Personen aus sicherer Distanz zu nähern.

Die Ausstellung kann gebucht werden. Für weitere Informationen zu den Buchungskonditionen wenden Sie sich bitte an: info@homestory-deutschland.de

■ Weitere Informationen zur Ausstellung finden Sie unter: www.homestory-deutschland.de

AUSSTELLUNG: ANGSTRÄUME – OPFER RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT IN THÜRINGEN



Die als Wanderausstellung konzipierte Dokumentation basiert auf 15 Fällen rechter Gewalt in Thüringen. Das Anliegen der Ausstellung ist es, für die Alltäglichkeit rechter Gewalt zu sensibilisieren. Einige Formen von Gewalt werden dauerhaft, andere subtiler oder bedrohlicher ausgeübt. Das trägt dazu bei, dass viele Fälle keine Öffentlichkeit erfahren. Rechte Gewalt ist häufig alltäglicher und weiter verbreitet, als die öffentliche Darstellung vermuten lässt.

Für die Betroffenen bedeuten Angriffe – in welcher Form auch immer – tiefe Einschnitte in ihr vertrautes Leben. Es entstehen subjektiv wahrgenommene »Angsträume«, die sowohl individuell erlebt werden, sich teilweise aber auch für ganze Gruppen zu einem permanenten Szenario der Bedrohung herausbilden. Besonders schwierig wird es, wenn Menschen aus Motiven der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Kneipe, im Supermarkt oder in den eigenen vier Wänden angegriffen werden und die persönliche Lebenswelt so zu einem »Angstraum« wird.

Die Ausstellung besteht aus 18 Schautafeln, die mit oder ohne neun Stellwände aufgebaut werden können, sowie einer Audiostation. Die Stellwände sind je einen Meter breit und zwei Meter hoch.

Vor Ort wird für die Dauer der Ausstellung ein_e Ansprechpartner_in benötigt, der/die für Auskünfte und Rückfragen zur Verfügung steht.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden.

■ Kontakt:
Jürgen Wollmann
Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Bund evangelischer Jugend in Mitteldeutschland (bejm)
Tel.: 03 62 02 / 7 71 35 10
juergen.wollmann@bejm-online.de
www.ezra.de

FILM: BLUT MUSS FLIEßEN

Als der Journalist Thomas Kuban zum ersten Mal ein Neonazi-Konzert mit versteckter Kamera drehte, ermöglichte er Einblicke in eine Jugendszene, in die sich kaum ein Außenstehender hineinwagt. Sechs Jahre später hat er rund 50 Undercover-Drehs hinter sich, auch in Ländern jenseits deutscher Grenzen.

Mit Rechtsrock junge Menschen zu ködern und zu radikalisieren – dieses Vorgehen scheint gut zu funktionieren: Laut einer Studie ist der Rechtsextremismus hierzulande zur größten Jugendbewegung geworden. Um die Musikveranstaltungen hat sich ein blühender Markt entwickelt: CDs der einschlägigen Bands und Merchandising-Artikel werden in Eigenregie produziert und in Szeneläden oder über das Internet verkauft. Auf diese Weise wird zugleich Geld für die Expansion der Bewegung generiert.

Der Autor Peter Ohlendorf hat Thomas Kuban auf seiner Reise durch Deutschland und Europa mit der Kamera begleitet, auch an Orte, an denen er zuvor versteckt gedreht hat. Im Fokus stehen dabei politische Entscheidungsträger, Behörden und Bürger.

Wir empfehlen, diesen Film im Rahmen einer Veranstaltung vorzuführen, die im Anschluss an den Film die Gelegenheit zu einer moderierten Diskussion gibt.

■ Weitere Informationen:
www.filmfaktum.de
Kontakt: info@filmfaktum.de



FILM: REVISION

Am 29. Juni 1992 entdeckt ein Bauer zwei Körper in einem Getreidefeld in Mecklenburg-Vorpommern. Ermittlungen ergeben, dass es sich bei den Toten um rumänische Staatsbürger handelt. Sie werden bei dem Versuch, die EU-Außengrenze zu überschreiten, von Jägern erschossen. Diese geben an, die Menschen mit Wildschweinen verwechselt zu haben. Vier Jahre später beginnt der Prozess. Welcher der Jäger den tödlichen Schuss abgegeben hat, lässt sich nie beweisen. Das Urteil: Freispruch. dpa meldet: »Aus Rumänien ist niemand zur Urteilsverkündung angereist.«



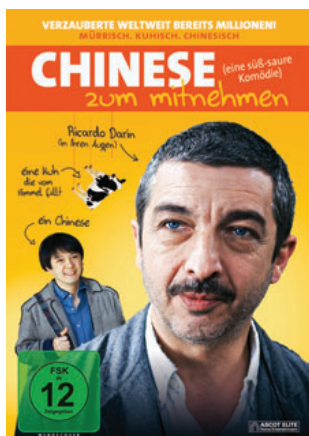
In den Akten stehen die Namen und Adressen von Grigore Velcu und Eudache Calderar. Ihre Familien wussten nicht, dass jemals ein Prozess stattgefunden hat.

Mit REVISION wird ein juristisch abgeschlossener Kriminalfall einer filmischen Revision unterzogen, die Orte, Personen und Erinnerungen miteinander verknüpft und ein fragiles Geflecht aus Versionen und Perspektiven einer »europäischen Geschichte« ergibt. Mit zunehmend beklemmender Dichte webt Philip Scheffner ein Netz aus Landschaft und Erinnerung, Zeugenaussagen, Akten und Ermittlungen.

Wir empfehlen, diesen Film im Rahmen einer Veranstaltung vorzuführen, die im Anschluss an den Film die Gelegenheit zu einer moderierten Diskussion gibt.

■ Weitere Informationen: www.realfictionfilme.de
Kontakt: info@realfictionfilme.de

FILM: CHINESE ZUM MITNEHMEN



Roberto führt ein Eisenwarengeschäft in Buenos Aires und ist ähnlich verböhrt wie die Schrauben, die er verkauft. Ein notorischer Einzelgänger, der kuriose Geschichten sammelt, die er aus Zeitungen ausschneidet. Eines Tages wird er, ohne es zu merken, selbst Teil einer solchen Geschichte, als plötzlich der junge Chinese Jun in sein langweiliges Leben platzt und es komplett umkrempelt. Denn Jun spricht kein Wort Spanisch, ist gleich nach seiner Ankunft in Argentinien ausgeraubt worden und somit unbedingt auf die Hilfe anderer angewiesen. Widerwillig nimmt Roberto den Chinesen unter seine Fittiche, um dessen Onkel zu suchen. Und findet dabei einen Ausweg aus seinem eigenen, tristen Dasein.

Was für eine Geschichte erzählt dieser Film? Zusammengefasst könnte man sagen: Es ist die Geschichte eines Argentiniers und eines Chinesen, die durch eine vom Himmel gefallene Kuh vereint werden. Man könnte auch sagen, es geht um zwei Männer, deren Tragödien sich in Buenos Aires kreuzen. Aus dieser Begegnung ergibt sich der Weg für ihr weiteres Leben. CHINESE ZUM MITNEHMEN ist eine universelle Geschichte, weil sie von Dingen erzählt, die uns bedrücken und unsere Seele berühren – etwas, das weder Nationalität noch Zeit kennt.

Der Film ist im Handel als DVD und Blu-ray erhältlich.

■ Weitere Informationen: www.ascot-elite.de
Kontakt: info@ascot-elite.de

■ Wenn Sie planen, einen der hier vorgestellten Filme im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich vorzuführen, nehmen Sie bitte vorab Kontakt mit der jeweiligen Verleihfirma auf. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende der Filmgespräche.



■ Weitere Informationen:
www.karibufilm.de
Kontakt:
office@karibufilm.de

FILM: IMPLOSION

Der 17-jährige Thomas fährt mit seinem Vater Niels, einem Staatsanwalt, in den Urlaub nach Spanien. Dort trifft Thomas durch einen arrangierten Zufall Angélica – seine Spanischlehrerin am heimischen Gymnasium. So erfährt Thomas von der Beziehung des Vaters zu seiner Lehrerin. Während Niels und Angélica versuchen, ihr neues Glück zu genießen, geht Thomas eigene Wege. Dabei begegnet er Djamile, die gerade mit einem havarierten Flüchtlingsboot aus Afrika an der Küste Spaniens gestrandet ist. Thomas nimmt die völlig erschöpfte Kongolesin kurz entschlossen auf

seinem Motorrad mit und versteckt sie in seinem Hotelzimmer. Nicht lange bleibt Niels und Angélica die Anwesenheit der Migrantin verborgen. Während Niels illegales Handeln eindeutig ablehnt, findet Thomas in Angélica überraschend eine Verbündete. Der Junge versucht, Kontakt zu anderen Afrikanern herzustellen, und erfährt, dass Djamile mit der Schleusermafia einen Vertrag zur Prostitution eingehen musste, um die Reise nach Europa finanzieren zu können. Am Ende der Ferien besteht Thomas darauf, Djamile mit nach Deutschland zu nehmen. Der Druck wird größer, als seine Freundin von Angehörigen der afrikanischen Mafia entdeckt und ultimativ aufgefordert wird, ihrerseits den Vertrag zu erfüllen. Thomas stiehlt Niels Mietwagen, verkauft ihn an die Schleusermafia und kauft so Djamile frei. Niels, dem Tun seines Sohnes immer hilfloser gegenüberstehend, schlägt seinen Sohn krankenhaushausreif. Djamile setzt er in einer anderen Stadt einfach aus. Die Teenager scheinen nun endgültig voneinander getrennt. Doch Angélica bringt Thomas wieder auf Djamiles Spur.

FILM: NEUKÖLLN UNLIMITED

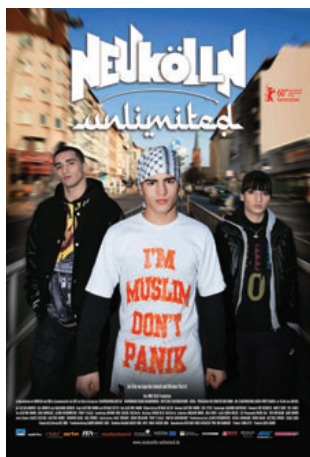
Neukölln – eine Stadt in der Stadt mit 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern aus mehr als 160 Nationen. Der Berliner Bezirk ist berühmt für seine multikulturelle Gemeinschaft – und dafür ebenso berüchtigt, spätestens seit »Knallhart« und »Rütli«.

Das Neukölln der Medien, das bedeutet Unsicherheit, Jugendgangs, Drogenhandel. Doch ist das das wirklich so? Die Familie Akkouch ist eine »typische« Neuköllner Familie: sie ist jung, kreativ und findet in jeder Krise einen Ausweg. Der älteste Sohn Hassan ist deutscher Meister im Breakdance, die Tochter Lial arbeitet als Promoterin eines Boxstalls, und der Jüngste, der den schönen Namen Maradona trägt, will unbedingt Deutschlands Supertalent werden – und könnte dies auch schaffen. Doch ein Problem scheint unlösbar: Die Akkouchs kommen aus dem Libanon, sind dort vor dem Bürgerkrieg geflüchtet und werden in Deutschland lediglich geduldet. Die Abschiebung kann ganz plötzlich erfolgen.

»Neukölln Unlimited« zeigt ein Jahr im Leben der Akkouchs. Die Kamera begleitet sie in ihrem Alltag, beim alltäglichen Kampf um behördliche Anerkennung und zeigt ihren unbedingten Willen, in dem Land leben zu können, das sie lieben. »Neukölln Unlimited« ist ein leidenschaftliches, aufbauendes und ermutigendes Signal aus einer Gegend, die für viele als die deutsche Bronx gilt. »Neukölln Unlimited« – ein Film, der Spaß am Leben macht!

Zu dem Film gibt es Unterrichtsmaterial. Er ist auch als DVD erhältlich.

■ Weitere Informationen: www.gmfilms.de
Kontakt: gmfilms@gmfilms.de



THEATERSTÜCK: 2 X HEIMAT

von Beate Albrecht

Ein Stück Kulturvielfalt
vom Fremdsein und
nach Hause kommen

Nadja aus Russland und Doris aus Süddeutschland haben dasselbe Ziel: Das ausgelobte Preisgeld von 2.000 Euro auf dem »Neustädter Kochwettbewerb« zu gewinnen. Ansonsten eint sie auf den ersten Blick rein gar nichts. Im Gegenteil:

Sie hegen und pflegen die bekannten Vorurteile gegenüber Fremden. Das würde auch gar nicht auffallen, müssten sie nicht den letzten freien Tisch miteinander teilen. Nun geht es hoch her, es wird um jeden Zentimeter und mit fast allen Mitteln gekämpft.

Als sie jedoch einen beginnenden Streit zwischen zwei Gruppen von Jugendlichen entschärfen müssen, erfahren sie zum ersten Mal ihre gemeinsame Stärke und den gemeinsamen Wunsch nach Hause zu kommen. Doch der Weg dahin scheint – trotz beginnender Freundschaft – nicht einfach.

Nadja und Doris sind Prototypen unserer multikulturellen Gesellschaft und zeigen, dass vor allem der Dialog notwendig ist, um einander zu verstehen.

Das Stück dauert 60 Minuten. Es ist bundesweit buchbar sowohl als Abendvorstellung als auch als Schulveranstaltung. Es ist für Jugendliche ab 15 Jahren geeignet.

■ Weitere Informationen und Kontakt:
www.theater-spiel.de
Tel.: 02302 / 88 84 46
info@theater-spiel.de

BUCHTIPP: ICH TARZAN – DU NICKLESS!



Damit Jean-Charles Deutsch lernt, verbringt seine Familie die Ferien auf einem deutschen Campingplatz.

Er soll mal so richtig in der Sprache baden, sagt sein Vater, doch Jean-Charles träumt eher vom Baden im Meer. Als er einen Jungen in seinem Alter kennenlernt und sich mit ihm unterhalten soll, erfindet er aus Spaß eine Fantasiesprache und gibt diese seinen Eltern gegenüber als Holländisch aus. Und so ersinnt er ein Wort nach dem anderen: »Sprott« heißt Blume, »Schrappatt«

Zelt und sich selbst nennt er »Ichtazan«. Die Eltern sind stolz auf ihren begabten Sohn und grüßen die vermeintlich niederländischen Nachbarn nun auch in deren Sprache (»Holla-i!«). Jean-Charles und sein neuer Freund finden mit Hilfe der neuen Sprache sogar ihre verschwundenen Schwestern wieder – ja, Fremdsprachen sind sehr nützlich!

Marie-Aude Murail erzählt die wunderbar verrückte Geschichte einer Ferienfreundschaft, die zu lesen großen Spaß macht!

Das Buch ist für Vorleseveranstaltungen innerhalb der Interkulturellen Woche bestens geeignet.

■ Ich Tarzan – du Nickless!

Moritz-Verlag, Frankfurt / M.

Aus dem Französischen von Paula Peretti

ISBN 978-3-89565-227-1

BUCHTIPP: NEUE NAZIS. JENSEITS DER NPD: POPULISTEN, AUTONOME NATIONALISTEN UND DER TERROR VON RECHTS



Trotz des Auffliegens der »NSU«-Terrorzelle wird die Gefahr weiter unterschätzt: Die extreme Rechte in Deutschland hat sich in den letzten Jahren zugleich radikalisiert und verbürgerlicht. Mit den »Autonomen Nationalisten« (AN) ist eine junge und äußerst gewaltbereite Neonazi-Strömung entstanden. Sie kopiert den popkulturellen Stil der Linksautonomen und bietet Action, wirkt anziehend auf Jugendliche. Dazu trägt auch die rechte Musikszene bei. Anhänger der AN sind mehrfach mit Vorbereitungen zu

Terroranschlägen aufgefliegen. Am gemäßigten Rand der Szene erstarkten die Rechtspopulisten. Gruppen wie »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« versuchen mit islamophoben Inhalten an nationalkonservative und bürgerliche Positionen anzuknüpfen – und »die Partei zum Sarrazin-Buch« zu werden. Zwischen diesen Polen wird die früher dominierende NPD womöglich zerrieben.

Das Buch ist locker und reportartig geschrieben und bietet einen kompakten Einstieg in die aktuellen und jüngeren Entwicklungen in der bundesdeutschen rechten Szene. Praxisorientiert bietet es u.a. Tipps zum Umgang mit Neonazis, rechten Drohungen und der NPD.

■ Toralf Staud, Johannes Radke

Neue Nazis

Kiepenheuer & Witsch, Köln

ISBN: 978-3-462-0455-3

POSITIONSPAPIER: LEITLINIEN ARBEITSMIGRATION UND ENTWICKLUNG



In Deutschland und anderen europäischen Ländern werden Konzeptionen und Instrumente für die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten erwogen. In der Diskussion werden auch entwicklungspolitische Begründungen angeführt. Die Diakonie veröffentlicht hierzu gemeinsam mit Brot für die Welt ihre Leitlinien.

Die Leitlinien fordern dazu auf, die Rechte der Migrantinnen und Migranten in den Blickpunkt zu nehmen und die Belange der Herkunftsländer dabei einzubeziehen. In den Leitlinien geht es um Migration aus Drittstaaten, nicht aus EU-Ländern.

Die Leitlinien gehen beispielsweise auf Fragen ein, welcher Bedarf an Einwanderung besteht, welche Regelungen zum Schutz der Migranten erforderlich sind und welche Faktoren sowohl für den Arbeitsmarkt in Deutschland als auch in Bezug auf die Folgewirkungen von Migration in den Herkunftsländern zu berücksichtigen sind.

Die Leitlinien enthalten Aussagen darüber, welche menschenrechtlichen Maßstäbe an die Aufnahme und die Aufenthaltsbedingungen zu legen sind und ob Arbeitskräftezuwanderung überhaupt nach utilitaristischen Kriterien reglementiert werden darf.

■ Bestellanschrift:

Zentraler Vertrieb des Diakonischen

Werkes der EKD

Karlsruher Str. 11

70771 Leinfelden-Echterdingen

Tel.: 0711 / 902 16 - 50

E-Mail: vertrieb@diakonie.de

Artikelnummer: 613 003 032.

Die Preise sind gestaffelt und können unter:

www.diakonie.de/03-2012-leitlinien-arbeitsmigration-und-entwicklung-10132.html

eingesehen werden.

Von dort aus gelangen Sie auch auf die elektronische Fassung des Textes.

**BUCHTIPP: »SIE KÖNNEN ABER GUT DEUTSCH!« WARUM ICH NICHT MEHR DANKBAR SEIN WILL,
DASS ICH HIER LEBEN DARF, UND TOLERANZ NICHT WEITERHILFT**



■ Lena Gorelik
Sie können aber gut Deutsch!
Pantheon Verlag, München
ISBN: 978-3-570-55131-8

»Irgendwann hatte ich einfach keine Lust mehr.« Mit diesen Worten beginnt Lena Gorelik's Buch »Sie können aber gut Deutsch!«. Gorelik hatte keine Lust mehr, zum hundertsten Mal zu erklären, warum sie akzentfrei Deutsch spricht; keine Lust mehr, zu erklären, ob sie sich richtig deutsch oder vollkommen integriert fühlt.

Viele Deutsche mit sogenanntem Migrationshintergrund finden sich früher oder später in dieser Situation wieder. Bei Lena Gorelik, die als Kind russischer Migranten in Deutschland aufwuchs, war die Schmerzgrenze erreicht, als eine Journalistin sie nach einer Lesung ins Kreuzverhör nahmen: Fühlen Sie sich eher deutsch oder russisch? Können Sie sagen, zu wie viel Prozent diese Mischung deutsch und zu wie viel Prozent sie russisch ist? Wie oft fahren Sie so nach Hause? »Welches Zuhause?«, fragte Lena Gorelik zurück. »Mein Zuhause ist München.« Und sie stand auf und ging. Lena Gorelik möchte nicht dafür dankbar sein müssen, dass sie hier lebt. Auch darum geht es in ihrem Buch.

Ihr Buch ist ein Statement gegen die nicht enden wollende Integrationsdebatte in Deutschland und gegen die Rhetorik eines Thilo Sarrazin; ein Plädoyer für all diejenigen, die wirklich etwas tun, nicht nur etwas tun wollen.

Zeit für soziales Engagement sei heutzutage nämlich selten, aber die Zeit, auf Menschen zuzugehen, sie wahrzunehmen, sich für sie zu interessieren, die habe man immer, schreibt Gorelik. Und diese Zeit sollte man sich nehmen, findet sie. Ihr Buch will keine Lektüre über Integration sein, sondern ein Buch über Menschen. Nämlich diejenigen Menschen, die in Deutschland leben, die so perfekt Deutsch sprechen, die Deutschland beeinflussen, bereichern und auch verwirren.

Lena Gorelik kann für Lesungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
Pantheon Verlag
Sara Seppelfeld
Tel.: 089 / 41 36 37 07
sara.seppelfeld@randomhouse.de

WAS · WANN · WO? Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungen möglichst frühzeitig per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren sowie Materialien und gute Beispiele vorstellen.

Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu.

Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website www.interkulturellewoche.de abonnieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2014 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen zu.

■ Bundesweite Auftaktveranstaltung 2013

In Kiel wird am Samstag, den 21. September 2013 um 18 Uhr in St. Nikolai der ökumenische Auftaktgottesdienst stattfinden.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen des Auftaktes in Kiel sind in Planung.

■ Terminhinweis

14. und 15. Februar 2014: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2014 in Erfurt.

Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.



Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2013 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen.

Auf dieser Website finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

HERAUSGEBER

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Vorstand

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau EKHN, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Archimandrit Dr. Athenagoras Ziliaskopoulos, Griechisch-Orthodoxe Metropole, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder

Msgr. José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln
Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Pastorin Dr. Gyburg Beschmidt, Diakonische Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen, Berlin
Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin
Pfarrerinnen Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Karamba Diaby, Referent im Bereich der Integrationsbeauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt
Katrin Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Werner Höbsch, Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
OKR Thorsten Leiber, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dr. Ulrich Raiser, Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft, Berlin

Volker Roßbocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Bruni Scheibe, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Bielefeld
Stefan Schohe, Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Antonella Serio, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Canan Topçu, Journalistin, Hanau
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: Agentur Morgenstern & Kaes, Stuttgart

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung ihrer Verfasser/-innen wieder.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2013 wird der 22. September – 28. September 2013 empfohlen.

Freitag, der 27. September 2013 ist der Tag des Flüchtlings.